

EINHEIT & KAMPF

Organ der internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen



Foto-Cover: „London stands with Palestine #3 - High Street Kensington“ von „Alisdare Hickson“, auf flickr.com - CC BY-SA 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>)

INHALTSANGABE

BURKINA FASO Putschismus und Revolution REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI VOLTAS (PCRV)	6
DEUTSCHLAND Der Kampf gegen den deutschen Imperialismus heute ORGANISATION FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS (ARBEIT ZUKUNFT)	11
ECUADOR Neues politisches Szenario nach dem Referendum vom April 2024 MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI ECUADORS (PCMLE)	19
FRANKREICH Aufstieg der Reaktion, Faschisierung und Kampf für den revolutionären Bruch mit dem kapitalistisch-imperialistischen System KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI FRANKREICHS (PCOF)	25
ITALIEN Gegen Multipolarismus, für proletarischen Internationalismus KOMMUNISTISCHE PLATTFORM - FÜR DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI DES PROLETARIATS ITALIENS	30
PAKISTAN Wird Pakistan wirtschaftliche und politische Stabilität erreichen? PAKISTANISCHE ARBEITSFRONT (PAKISTAN MAZDOOR MAHAZ)	38
SPANIEN Der Marxismus und die Sozialchauvinisten - Über BRICS und „multipolaren“ Imperialismus KOMMUNISTISCHE PARTEI SPANIENS - MARXISTEN-LENINISTEN (PCE-ML)	40
TÜRKEI Der militärisch-industrielle Komplex in der Türkei PARTEI DER ARBEIT (EMEP) - TÜRKEI	54

EINHEIT & KAMPF

Organ der internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen

Herausgeber

Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

Verlag „Arbeit Zukunft“, **Postfach** 401051, 70410 Stuttgart **Web** www.arbeit-zukunft.de

Mail info@arbeit-zukunft.de **Tel.** 07159 - 4200174 **Fax** 07159 - 4200175

V.i.S.d.P.: D. Möller, c/o Verlag AZ, Postf. 401051, 70410 Stuttgart

Preis Deutschland 4,00 € - Österreich 4,50 € - Schweiz 5,00 CHF

Vorwort

Gegen den imperialistischen Krieg und die Rechtsentwicklung!

Diese Ausgabe der internationalen marxistisch-leninistischen Zeitschrift „Einheit & Kampf“ widmet sich entsprechend der weltweiten Klassenkampfsituation zwei Schwerpunkten: Rechtsentwicklung, Faschisierung, Abbau demokratische Rechte und Aufrüstung und imperialistischem Krieg um die Neuaufteilung der Welt.

Der Beitrag aus der Türkei zeigt konkret auf, wie die Wirtschaft immer mehr auf Rüstung getrimmt wird, was dann wieder auf Politik und Gesellschaft zurückwirkt. In den Beiträgen aus Ecuador, Burkina Faso und Pakistan wird beleuchtet, wie der zunehmende Kampf zwischen den Blöcken USA, NATO, EU gegen China, Russland nicht etwa, wie auch in Deutschland einige „linke“ Kräfte behaupten, zu Fortschritt und Befreiung führt, sondern den herrschenden Klassen die Möglichkeit gibt, unter Demagogie von „Freiheit“, „Frieden“ und „Gerechtigkeit“ die Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Völker auszubauen.

Der Beitrag aus Frankreich gibt einen Einblick, wie diese internationale Tendenz des Kapitalismus zu Reaktion und Krieg Antrieb für eine weitere Faschisierung der Gesellschaft ist. Im Beitrag aus Deutschland wird die Zwickmühle, in der sich der deutsche Imperialismus befindet, einerseits im Bündnis mit den USA zu stehen und sich unterordnen zu müssen, andererseits eine eigenständige Rolle zu spielen, analysiert. Es wird herausgearbeitet, wie der deutsche Imperialismus versucht, dies zu seinem Vorteil zu nutzen und zunehmend auf eine Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft setzt.

Sowohl im Beitrag aus Spanien wie aus Italien werden gründlich angeblich „fortschrittliche“ Theorien von einer multipolaren Weltordnung untersucht und schlagkräftig widerlegt.

„Einheit & Kampf“ leistet damit einen wertvollen Beitrag zum Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus und für eine korrekte Analyse der Entwicklung des Imperialismus.

Verbunden ist diese Ausgabe mit dem 30-jährigen Bestehen der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO). Sie widerspiegelt, wie die IKMLPO mit ihrer Arbeit den Parteien und Organisationen sowie der Arbeiterklasse eine revolutionäre Orientierung, eine klare Analyse des imperialistischen Systems und des notwendigen Klassenkampfes gibt.

Über unsere begrenzten Möglichkeiten bei der Herausgabe der deutschen Version von „Einheit & Kampf“ finden sich viele weitere grundlegende und internationale Beiträge unter <https://theorieundpraxis.org/> in deutscher Sprache und unter <https://cipoml.net/> in englischer, französischer und türkischer Sprache.

**Organisation für den Aufbau einer
Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands**

BURKINA FASO

Putschismus und Revolution

Die Krise des neokolonialen Systems in Afrika hat in den letzten Jahren zu einem Wiederaufleben von Militärputschen geführt, die es dem militärischen Flügel der reaktionären Bourgeoisie ermöglichen, die politische Macht zu übernehmen, um den Interessen der mit den imperialistischen Mächten verbündeten Clans zu dienen. Seit 2012 fanden 14 Staatsstreichs auf dem afrikanischen Kontinent statt, vier davon in Westafrika.

Mali (2012, 2020 und 2021); Ägypten (2013); Zentralafrika (2013); Burkina Faso (2015, Januar 2022, September 2022); Tschad (2021); Guinea-Bissau (2012); Sudan (2019, 2021); Simbabwe (2017); Guinea-Conakry (2021).

Diese Militärputsche finden vor dem Hintergrund des Bankrots und der vielfältigen Krise des neokolonialen Systems in Afrika statt. Gleichzeitig verbreiten die Putschisten mit Hilfe von Opportunisten und Revisionisten pseudorevolutionäre und Verwirrung stiftende Vorstellungen, um ihre Machtergreifung zu rechtfertigen.

Es ist daher notwendig, revisionistische und Konfusion stiftende Auffassungen zu widerlegen, die darauf abzielen, Militärputsche als „Sieg der demokratischen und revolutionären Kräfte“, „Vollendung ihrer Volkskämpfe“ etc. darzustellen. Es handelt sich um eine Theorisierung des Putschismus, der als ein Mittel zur Verwirklichung der Revolution und des wissenschaftlichen Sozialismus dargestellt wird. In Wirklichkeit ist dieses Phänomen nicht neu, denn in einigen afrikanischen Ländern haben andere Putschisten versucht, diese faulen Theorien in die Realität umzusetzen. Dies gilt für Didier Ratsiraka in Madagaskar, Denis Sassou Nguesso in Kongo-Brazzaville, Mathieu Kerekou in Benin und Mengisthu Haile Mariam in Äthiopien, wo diese reaktionären Offiziere mit Hilfe von Revisionisten einen faschistoiden Staatskapitalismus errichteten und dabei eine pseudorevolutionäre Sprache verwendeten. Diese revisionistischen Theorien und Auffassungen stehen in krassem Widerspruch zur wissenschaftlichen Lehre des Marxismus-Leninismus und zielen darauf ab, diese zu bekämpfen, die Arbeiterklasse und das Volk ideologisch

zu entwaffnen, um den Kapitalismus und Neokolonialismus besser verteidigen zu können. Es ist daher die Pflicht unserer Partei (Revolutionäre Kommunistische Partei Voltas), sie zu widerlegen, um die Arbeiterklasse und das Volk über den Weg zur Revolution und zum wissenschaftlichen Sozialismus aufzuklären. Dazu ist es wichtig, die Erfahrungen mit Militärputschen in Afrika und in Obervolta, sprich Burkina Faso im Licht des Marxismus-Leninismus zu betrachten.

1) Die historische Erfahrung von Militärputschen in Afrika und in Obervolta, das heißt Burkina Faso

Nach der formalen Unabhängigkeit und im Laufe der 1960er und 1970er Jahre tauchte in den Neokolonien Afrikas ein neues Phänomen auf, der Militärputsch. Die Militärputsche brachten die neokolonialen Armeen und para-militärischen Kräfte auf die politische Bühne Afrikas, die eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung und Stärkung des neokolonialen Systems und bei der Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes spielen sollten. So wird die Armee (die von den imperialistischen Mächten, insbesondere Frankreich, geschaffen, ausgebildet und finanziert wurde), die als Kraft zur „Verteidigung der Nation und ihrer Souveränität“ dargestellt wird, aus den Kasernen geholt. Dies geschieht, damit sie ihre Rolle als Kernstück des politischen Schachbretts und der Strategie des internationalen Imperialismus, insbesondere Frankreichs, in den Neokolonien Afrikas spielen kann, vor allem in der aktuellen Periode der Krise des revisionistischen kapitalistischen Weltsystems. Diese Militarisierung der politischen Regime in Afrika bestätigt Lenins Ansicht: „Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der größten, kardinalsten, wichtigsten Tatsachen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft.“ (Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, LW Bd.23, S.72-83).

Doch was sind die Ursachen und Ziele von Militärputschen in Afrika?

Im Allgemeinen sind Militärputsche neokolonialen Ursprungs und zielen auf die Stärkung des Kapitalismus ab, auch wenn sie sich in ihren Motiven und taktischen Zielen von Fall zu Fall unterscheiden. Aufgrund der historischen Erfahrung lassen sich Militärputsche in Afrika wie folgt klassifizieren:

- a) Wenn der Imperialismus, vor allem der französische, und die reaktionären Kräfte das Aufkommen und die Entwicklung der revolutionären Volksbewegung bemerken, zetteln

sie Militärputsche an, um zu verhindern, dass diese Bewegungen die neokolonialen Mächte besiegen: Der Militärputsch ist in diesem Fall ein Mittel in den Händen der Imperialisten und ihrer lokalen Verbündeten, um der demokratischen und revolutionären Bewegung den Weg zu versperren.

In der Tat war die Volksbewegung am 3. Januar 1966 in Obervolta angesichts der Übergriffe der reaktionären Herrschaft von Maurice Yaméogo der Höhepunkt eines Prozesses der Unzufriedenheit und Empörung der arbeitenden Massen gegen die unsoziale und volksfeindliche Politik der 1.Republik. Es entstand eine revolutionäre Situation, in der die voltaische Bourgeoisie und der französische Imperialismus in panischer Angst zu einem Militärputsch greifen mussten, der General Sangoulé Lamizana auf die politische Bühne brachte, um die Volksaufstände zu beenden und die Interessen der reaktionären bürgerlichen Klassen und ihrer imperialistischen Verbündeten weiter zu verteidigen.

Der Staatsstreich des Militärischen Komitees für Wiederaufrichtung und Nationalen Fortschritt (CMRPN) am 25. November 1980, der die Regierung der Dritten Republik stürzte, hatte auch die Liquidierung der revolutionären demokratischen Bewegung und insbesondere der Voltaischen Revolutionären Kommunistischen Partei (PCRV) zum Ziel, deren wachsender Einfluss und Kampfgeist die herrschenden Klassen ernsthaft beunruhigten. Die gesamte antisoziale und faschistische Politik des CMRPN zeugt davon: Verbot des Streikrechts, willkürliche Hausdurchsuchungen und Deportationen, Jagd auf alle, die verdächtigt werden, der PCRV anzugehören, usw.

- b) Die Erfahrung mit Militärputschen in Afrika zeigt auch, dass sie für die imperialistischen Mächte ein Mittel sind, um ihren Einflussbereich und ihre Herrschaft im Rahmen ihrer Rivalitäten um die globale Hegemonie auszuweiten. Nachdem die imperialistischen Hauptmächte die Welt unter sich aufgeteilt haben, führt ihr derzeitiger Kampf um die Neuauftteilung der Welt (angesichts des Gesetzes der ungleichen Entwicklung des Kapitalismus und der Tatsache, dass der Imperialismus unweigerlich zur Hegemonie strebt) dazu, dass ein rivalisierender Imperialismus sich auf einen Teil der lokalen Bourgeoisie stützt (meist den Teil, der nicht an der Macht ist), um zu ver-

suchen, den bisher dominierenden Imperialismus mit Gewalt zu verdrängen. Dies geschah in Abhängigkeit von den strategischen Interessen des betreffenden Landes oder Gebiets. So nutzte der sowjetische Sozialimperialismus die revolutionäre Situation in Äthiopien 1974 und half Menghistu Haile Mariam, durch einen Militärputsch die Macht zu ergreifen, um den US-Imperialismus, der den Negus Haile Selassie unterstützt hatte, zu verdrängen. Dieser Putsch ermöglichte es dem Sozialimperialismus, Äthiopien zu besetzen und sich am Horn von Afrika fest zu etablieren.

Im Kontext der sich verschärfenden Krise des imperialistischen Weltsystems sieht sich der schwächelnde französische Imperialismus in seinen ehemaligen Kolonien in Afrika, die bislang als sein Hinterhof galten, den Rivalitäten der anderen imperialistischen Mächte (Russland, China, USA, Türkei, Brasilien, Indien) gegenüber. Er wird zunehmend vom russischen Imperialismus bedroht, der die aus Militärputschen hervorgegangenen Regime in Mali, Burkina Faso und Niger nutzt, um sich zu etablieren.

Diese Rivalität bestätigt nur Lenins Ansichten, der bereits betonte: „Jetzt durchdringt die Militarisierung das ganze öffentliche Leben. Die Militarisierung wird alles. Der Imperialismus ist erbitterter Kampf der Großmächte um Teilung und Neuteilung der Welt – er muß daher zur weitern Militarisierung in allen, auch in kleinen, auch in neutralen Ländern führen.“ (Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, LW Bd.23, S.72-83).

- c) Die imperialistischen Mächte und ihre lokalen Verbündeten zetteln auch Staatsstreichs an, um Machthaber zu stürzen, die in ihren Augen fortschrittlich erscheinen und ihnen keine freie Hand für ihre Politik der Ausbeutung, Plünderung und Unterdrückung lassen. Das ist die Bedeutung des Staatsstreichs von Sergeant Joseph Mobutu, der die Regierung von Patrice Lumumba in Kongo-Leopoldville stürzte. Dasselbe galt für den Staatsstreich, der 1966 Kwame Nkrumah in Ghana stürzte. Beide Staatsstreichs waren das Werk der CIA.
- d) Schließlich geschieht es, um Monarchien loszuwerden, die von der Volksbewegung bedroht sind und die nicht in der Lage waren, Refor-

men durchzuführen.

Die imperialistischen Mächte unterstützten Militärputsche zur Errichtung einer bürgerlich-demokratischen Republik, während sie die revolutionäre Bewegung niederschlugen. Dies aus dem einfachen Grund, weil, wie Lenin sagt, „Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem... von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß *kein* Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik, diese Macht erschüttern kann.“ (Staat und Revolution, LW Bd. 25, S.405). In einem solchen Kontext konnten Nasser und die „Freien Offiziere“ am 25. Juli 1952 König Faruk in Ägypten stürzen; Gaddafi konnte 1970 in Libyen König Idriss stürzen und Menghistu Haile Mariam und Co. konnten in Äthiopien an die Macht kommen, ohne zunächst den Zorn der imperialistischen Mächte auf sich zu ziehen.

Welche Lehren können im Lichte dieser historischen Erfahrung aus Militärputschen gezogen werden? Wie sollte die grundsätzliche Haltung der Partei des Proletariats, der wahren Revolutionäre und Patrioten gegenüber solchen Putschen aussehen? Was ist der Unterschied zwischen einem Militärputsch und einer sozialen Revolution?

2) Militärputsche sind nicht in der Lage, die grundlegenden Probleme der Arbeiterklasse und des Volkes zu lösen.

Die Lehren, die aus den Militärputschen in Afrika und insbesondere in Obervolta, das heißt Burkina Faso gezogen werden können, sind vielfältig und von großer Bedeutung für die Mobilisierung, Organisierung und Führung der Volksmassen durch die Partei des Proletariats auf dem Weg zur Revolution und zum Sozialismus. Im Rahmen des vorliegenden Artikels werden wir die folgenden wichtigsten Erkenntnisse festhalten:

- e) Die Militärputsche und die Stärkung der Rolle der neokolonialen Armee im politischen Leben Afrikas sind auch Ausdruck der wirtschaftlichen und politischen Schwäche der

lokalen Bourgeoisien und ihrer reaktionären politischen Parteien. In der Tat sind alle afrikanischen Länder neokoloniale Gesellschaften, die den Weg der kapitalistischen Entwicklung gehen. An der Macht sind antinationale Bourgeoisien, die mit den imperialistischen Mächten verbündet sind. Diese Bourgeoisien betreiben einen neokolonialen Staatsapparat, der es ihnen ermöglicht, eine volksfeindliche Politik zu betreiben, die ihre reaktionären Klasseninteressen und die ihrer imperialistischen Herren verteidigt, eine Politik der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes. Das Kernstück dieses Staatsapparats ist die neokoloniale Armee, deren Hauptziel es ist, den Widerstand der Arbeiterklasse und des Volkes zu unterdrücken und jede revolutionäre Volksbewegung, die das bestehende kapitalistische Gesellschaftssystem in Frage stellt, zu ersticken und blutig zu unterdrücken. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass die herrschenden Bourgeoisien angesichts ihrer Schwäche oft von der Entwicklung sozialer Kämpfe überrollt wurden, was die imperialistischen Mächte aus drei wesentlichen Gründen beunruhigt:

- die Erweckung des politischen Bewusstseins der Volksmassen und die Entstehung revolutionärer Kampforganisationen, insbesondere marxistisch-leninistischer Parteien;
- die Verschärfung der interimperialistischen Widersprüche, die sich in den lokalen Bourgeoisien widerspiegeln und ein Faktor der politischen Instabilität sind;
- der Kontext der Krise des imperialistischen und revisionistischen kapitalistischen Weltsystems, die sich mit Macht in den Neokolonien niederschlägt; dies schuf die objektiven Grundlagen für die Unzufriedenheit der Volksmassen, für die Entwicklung ihrer Kämpfe und für soziale Explosionen. Die lokale Bourgeoisie und ihre imperialistischen Verbündeten arbeiten auf tausendfache Weise daran, die Krise auf den Rücken der Arbeiterklasse und des Volkes abzuwälzen.

Damit sind die Voraussetzungen für eine Stärkung der Rolle des militärischen Flügels der politisch-bürokratischen Bourgeoisie gegeben, denn angesichts der Unfähigkeit der politisch-bürokratischen Bourgeoisie, die Krise einzudämmen und soziale Explosionen zu verhindern, präsentiert sich die Oberschicht der Armee (der militärische Flügel der politisch-bürokratischen Bour-

geoisie) als die Fraktion, die in der Lage ist, eine „starke Macht“ zu errichten und sich nach dem Vorbild der Militärjunkten in Südamerika in Richtung Faschisierung zu bewegen.

Letztendlich zeugen Militärputsche und ihre Häufigkeit in den afrikanischen Neokolonien von der Fragilität der herrschenden Mächte. Sie spiegeln vor allem die Tatsache wider, dass in der gegenwärtigen Situation der wirtschaftlichen, politischen, ideologischen, sozialen und militärischen Krise des Kapitalismus und des Revisionismus die Bourgeoisie als dekadente Klasse sich dafür entschieden hat, in Richtung Faschisierung der neokolonialen Mächte zu marschieren.

Die imperialistischen Mächte fördern zwar die Errichtung von Militärregimes, greifen aber auch auf militärische Interventionen und die Einrichtung von Stützpunkten und Truppen zurück, um ihre geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen, insbesondere die Ausbeutung der riesigen Bodenschätze, die in den afrikanischen Ländern reichlich vorhanden sind.

Dies ist umso wichtiger, als die neokoloniale Armee, die eine Rolle bei der Verwaltung der neokolonialen Macht spielt, bei der Ausübung der politischen Macht von großen Widersprüchen zerragt wird, die zu chronischer politischer Instabilität führen. Dies ist in Burkina Faso der Fall, wo die korrupte neokoloniale Armee aus zahlreichen Putschisten-Clans besteht, die sich im Kampf um die Macht abwechselnd gegenseitig stürzen. Daher die Militärputsche vom Januar und September 2022 des «Mouvement Patriotique pour la Sauvegarde et la Restauration» (MPSR), die von Putschistenclans in der Armee angezettelt wurden.

All diese Erfahrungen offenbaren die tiefgründige Natur von Militärputschen und ihre Ziele. Sie wurden nicht inszeniert, um einen grundlegenden Wandel zugunsten der Massen herbeizuführen: Sie haben die neokoloniale kapitalistische Gesellschaftsordnung nie in Frage gestellt, sondern im Gegenteil darauf abgezielt, sie zu stärken, während sie gleichzeitig für die Liquidierung der revolutionären Bewegung kämpften. Dies gilt selbst dann, wenn die Putschisten anfangs oft eine demagogische Sprache verwendeten, um die Arbeiterklasse und das Volk zu täuschen. Die Militärregime in der Sahelzone der Sahara in Westafrika (Mali, Burkina Faso, Niger) überbieten sich beispielsweise mit Reden über „nationale Souveränität“, „Panafrikanismus“ und „Unabhängigkeit“, während sie gleichzeitig ihre Vasallenschaft mit dem IWF und der Weltbank fortsetzen und dem russischen Imperialismus immer mehr Geld zukommen lassen.

Insgesamt berühren diese Staatsstreichs nicht die Grundlagen der Herrschaft der herrschenden Bourgeoisieklasse. Sie führen nicht zu qualitativen Veränderungen des (neokolonial-kapitalistischen) wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Regimes. Sie stürzen nur bestimmte Personen an der Macht und ersetzen sie durch andere, die ebenfalls die gleiche herrschende Klasse repräsentieren, aber die besonderen Interessen dieser Klasse stärker zum Ausdruck bringen. Aus diesem Grund unterscheiden sich Putsche grundlegend von der Revolution und können die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht beenden, wie Opportunisten, Revisionisten und Verwirrungsspezialisten aller Art behaupten. Die Revolution ist das Werk der Massen unter der Führung des Proletariats und seiner Partei (der Kommunistischen Partei), die mit revolutionärer Gewalt das kapitalistische System zerstört und den neokolonialen bürgerlichen Staatsapparat zerschlägt, um ihn durch ein System der Diktatur des Proletariats zu ersetzen. Ohne den Kapitalismus zu zerstören, kann der wissenschaftliche Sozialismus nicht verwirklicht werden, kann die Diktatur der Bourgeoisie nicht durch die Diktatur des Proletariats ersetzt werden. „Die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne gewaltsame Revolution unmöglich.“ (Lenin, Staat und Revolution, LW Bd.25, S.413).

Die wahre Partei des Proletariats muss daher eine feste, prinzipielle Haltung gegenüber Militärputschen einnehmen, die reaktionärer Natur sind und das kapitalistische Gesellschaftssystem nicht in Frage stellen: Dies ist unerlässlich, um sich eine revolutionäre Strategie für die Machtergreifung und die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu verschaffen. Aber die Partei des Proletariats muss auch eine offene Taktik unter Berücksichtigung der historischen Bedingungen, unter denen sie durchgeführt werden, gegenüber den verschiedenen Staatsstichen entwickeln können, gegenüber den Situationen, die sie schaffen, und der möglichen Veränderungen, die sie in der Form des bürgerlichen Staates, d.h. in der Form der Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes, bewirken können: Dies ist unerlässlich, um die Putschisten zu entlarven, um der Arbeiterklasse und

dem Volk den bürgerlichen Klassencharakter der neuen Macht bewusst zu machen und die Notwendigkeit, sie durch den revolutionären Kampf unter der hegemonialen Führung der Partei des Proletariats durch geeignete Kampf- und Organisationsformen zu zerstören.

Das heißt, die revolutionäre Partei des Proletariats darf niemals Illusionen hegen, weder bei sich selbst noch bei der Arbeiterklasse und dem Volk, sonst verlässt sie die marxistisch-leninistischen Positionen und versinkt in Revisionismus und Klassenkollaboration. Sie muss unter allen Umständen ihre eigene Fahne hochhalten, an ihrer eigenen revolutionären Strategie und Taktik zur Machtergreifung festhalten, um ihr eigenes revolutionäres Programm zu verwirklichen. Sie muss ihre revolutionäre Arbeit in der bürgerlichen Armee zu deren Zersetzung, wie Lenin es nennt, mit der Vorbereitung des bewaffneten Volksaufstandes zur Zerstörung des Kapitalismus und Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates verbinden, um die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Die Häufigkeit von Militärputschen spiegelt in gewissem Maße die Verzögerung der subjektiven Bedingungen gegenüber den objektiven Bedingungen der Revolution in Afrika und insbesondere in Burkina Faso wider. Die momentane Schwäche der marxistisch-leninistischen Parteien, wo es sie gibt, und in den meisten Fällen ihre Nichtexistenz, machen es dem Proletariat und dem Volk unmöglich, ihre Kämpfe in revolutionären Situationen siegreich zu führen. So hat der Volksaufstand vom 30. und 31. Oktober 2014 in Burkina Faso Grenzen und Unzulänglichkeiten aufgezeigt, insbesondere das Fehlen einer Führung der ML-Partei. Unsere Partei (die PCRV) hat daraus wertvolle Lehren für die interne Stärkung der Partei auf allen Ebenen und den Kampf für den Aufbau der Einheit des Volkes für den revolutionären Wandel durch den bewaffneten Generalauftand gezogen. Der einzige Weg für die Arbeiterklasse und das Volk, ihre Rettung zu erreichen, besteht darin, sich zu organisieren und die Revolution unter der Führung der PCRV, der Partei der revolutionären Aktion, durchzuführen.

REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI VOLTA (PCRV) - BURKINA FASO

DEUTSCHLAND

Der Kampf gegen den deutschen Imperialismus heute

In den letzten Jahren hat Deutschland im Rahmen der Verschärfung der zwischenimperialistischen Widersprüche seine Beteiligung an Konflikten weltweit verstärkt: Besonders wichtig ist hierbei der Krieg in der Ukraine, in dem Deutschland militärisch, nach den USA, die meiste Unterstützung sendet. Und auch auf ökonomischem und politischen Weg versucht Deutschland, seinen Einfluss auszubauen. Im Rahmen dieser Entwicklung wird es immer wichtiger, dass die fortschrittlichen, antiimperialistischen Kräfte eine klare Haltung gegen den deutschen Imperialismus einnehmen – dies setzt aber Klarheit in der Analyse des imperialistischen Weltsystems und vor allem die richtigen politischen Konsequenzen voraus. Im Folgenden soll die Situation des deutschen Imperialismus und seine Rolle in aktuellen Konflikten sowie der Stand des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg in Deutschland und unsere Haltung darin umrissen werden.

Entwicklung des deutschen Imperialismus

Zunächst ein paar Beobachtungen zur Geschichte des deutschen Imperialismus. Die Entwicklung des deutschen Imperialismus nach dem Zweiten Weltkrieg und besonders der letzten Jahrzehnte steht auf einigen, für die deutsche Wirtschaft besonders wichtigen Säulen. Der „Exportweltmeister“ Deutschland profitiert insbesondere von billiger Arbeitskraft, deren Ausbeutung um die Jahrtausendwende durch die Arbeitsmarktreform „Agenda 2010“ noch einmal erleichtert wurde. Diese Reform schuf in Deutschland den größten Niedriglohnsektor Europas, in dem sowohl heimische als auch insbesondere ausländische Arbeitskräfte ausgebeutet werden, insbesondere aus dem EU-Ausland. Die EU ist eine weitere wichtige Stütze des deutschen Imperialismus, dessen Monopole nicht nur durch die billige Arbeitskraft profitieren, sondern auch durch die Unterdrückung und Ausplünderung wirtschaftlich schwächerer Länder und den Binnenmarkt, über den mehr als die Hälfte der deutschen Exporte abgesetzt werden.

Ein weiterer wichtiger Pfeiler der deutschen Wirtschaft und insbesondere der Industrie war billige Energie, besonders Gas, größtenteils bezogen aus Russland. Unter all diesen Voraussetzungen konnte die Wirtschaft über viele Jahrzehnte relativ friedlich und stetig wachsen.

Vor dem Hintergrund dieser Geschichte müssen wir auch die Phase bewerten, in der der deutsche Imperialismus sich heute befindet. Die Weltlage stellt den deutschen Imperialismus in den letzten Jahren vor verschiedene Herausforderungen. Die Krise hat die deutsche Wirtschaft besonders hart getroffen, deren Wachstum von den fortgeschrittenen, imperialistischen Ländern zunächst mit am meisten eingebrochen ist. Die Rezession hält bis heute an, Forschungsinstitute prognostizierten im Frühjahr ein Wachstum von nur 0,1% für das Jahr 2024. Der Krieg in der Ukraine und die Sanktionen gegen Russland, mit denen auch Gaslieferungen weggefallen sind, von denen die deutsche Industrie stark profitiert hat, haben ebenfalls dazu beigetragen, die Wirtschaft zu schwächen. Und die sich verschärfenden zwischenimperialistischen Widersprüche, in denen sich zunehmend zwei Blöcke bilden, fordern auch Deutschland dazu heraus, seine Rolle klarer zu bestimmen.

Deutschland ist durch all diese Entwicklungen gegenüber Konkurrenten schwächer geworden. Es benötigt auch „Partner“ wie die USA, da es allein nicht stark genug ist. Daher kämpft es gegen und teilweise in Kooperation mit Konkurrenten wie Frankreich um eine Führungsrolle in Europa. Gerade dieser Kampf um eigene Stärke macht Deutschland gefährlich. Bedroht wird der Weg des deutschen Imperialismus zu mehr eigener Stärke auch durch die zunehmende Konfrontation zwischen den USA und China. China ist ein zentraler Handelspartner für das deutsche Kapital. Ein zugesetzter Konflikt würde das deutsche Kapital weiter schwächen. Es versucht daher, hier eigene Wege entsprechend seinen ökonomischen Interessen zu gehen. Darin zeigt sich die widersprüchliche Lage des deutschen Imperialismus, der seine eigene Stärke politisch, ökonomisch und militärisch beständig ausbauen will, dabei auf „Partner“ angewiesen ist, zugleich aber mit diesen in einem erbitterten Konkurrenzkampf steht. Nur eine der beiden Seiten – die Abhängigkeit oder die Eigenständigkeit – zu betonen, führt zu falschen Schlussfolgerungen. So wird in Teilen der Friedensbewegung und von sozialdemokratischen Kräften immer wieder die Abhängigkeit von den USA betont, die mit dem Ukraine-Krieg und der Absage an North-Stream-2 immer deutlicher geworden sei. Diesen Faktoren überzubetonen, würde jedoch ein falsches Bild erzeugen, denn der deutsche Imperialismus versucht eigenständig von Tag zu Tag, die Situation zu nutzen, um das Beste für sich daraus zu

machen – und er muss sich beeilen, um in der internationalen Entwicklung nicht unterzugehen.

Die Rolle der Regierung

Die Bundesregierung, seit 2021 bestehend aus Sozialdemokratie, Grünen und Liberalen, hat den deutschen Monopolen in den letzten Jahren große Dienste dabei erwiesen. Beispielsweise 2022 berief die Regierung die Konzertierte Aktion ein, ein Format, in dem Regierung, Gewerkschaftsführungen und Arbeitgeber zusammenkommen, um Lösungen für wirtschaftliche Herausforderungen zu finden. Diese Konstellation wird seit Jahrzehnten immer wieder einberufen, sie ist ein maßgebliches Instrument der Klassenkollaboration in Deutschland. In ihrer letzten Auflage hat sie zu einer Abmachung geführt, mit der die Belastung der Unternehmen durch Arbeitskämpfe verringert wurde, indem statt langfristigen Lohnerhöhungen in vielen Tarifrunden Einmalzahlungen ausgehandelt wurden, die in Teilen staatlich getragen wurden. Zu dieser maßgeblichen Unterstützung kommen staatliche Subventionen für Unternehmen, die in den letzten Jahren neue Höhen erreicht haben. Mit der Begründung von Pandemie und Krise wurden Milliardenpakete für Unternehmen freigegeben, die die verlorenen Profite ausgleichen. Die Subventionen sollen jedoch nicht nur Unternehmen vor der Pleite retten, sondern sie unterstützen auch dabei, die deutsche Wirtschaft „zukunftsfähig“ zu machen. So investiert Deutschland Milliarden, um beispielsweise die Chipproduktion hochzufahren. Allein 10 Milliarden Euro werden ausgegeben, damit Intel in Deutschland einen Produktionsstandort aufbaut, 5 Milliarden Euro für einen Standort von TMSC. Als „Erdöl des 21. Jahrhunderts“ bezeichnete Bundeskanzler Olaf Scholz die Halbleiter in einer Rede. Auch für die Stahlindustrie werden 7 Milliarden Euro bereitgestellt, um auf „grünen“ Stahl umzustellen und global konkurrenzfähig zu bleiben. Diese Subventionen werden teils nicht aus dem regulären Haushalt bezahlt, weil hier die sogenannte „Schuldenbremse“ greift, ein Gesetz, das verhindern soll, dass der Staat sich weiter verschuldet und mit dem immer wieder Kürzungen in sozialen Bereichen begründet werden. Um diese Regelung zu umgehen, werden die Subventionen als Sondervermögen bereitgestellt – auch diese müssen jedoch früher oder später abbezahlt werden. Die Kehrseite dieser Subventionen sind schon jetzt große Kürzungen im sozialen Bereich, wobei lediglich das Ausmaß dieser Kürzungen noch Verhandlungsgegenstand in der Politik ist. Um die Akzeptanz für diese Einsparungen zu erhöhen, werden diese immer wieder mit dem Krieg und den Herausforderungen an die Nation begründet. Ein gutes Beispiel für die Logik war die von der Politik herausgegebene Lösung des „Frie-

rens für den Frieden“, als nach dem Kriegsausbruch die Energiepreise in die Höhe schnellten. Die hohen Preise (die höchsten in ganz Europa) wanderten jedoch direkt in die Taschen von Energiekonzernen wie RWE und E.On, die die höchsten Profite ihrer Geschichte machten. Auch 2023 machte der Energiekonzern RWE einen bereinigten Gewinn von 4,5 Milliarden Euro, 39% mehr als im Vorjahr, E.On verbuchte mit 3,2 Milliarden Euro ein Wachstum von 12% und selbst Uniper, ein Konzern der 2022 mit 20 Milliarden Euro staatlich vor der Pleite gerettet wurde, fuhr 4,4 Milliarden Euro Gewinn ein.

Die herrschende Klasse stellt die Weichen für die Zukunft und lässt kein Mittel ungenutzt, um die Stellung und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Monopole auf dem Weltmarkt zu erhalten und verbessern. Auch der Einfluss über die eigenen Grenzen hinaus wird zu diesem Zweck ausgebaut, wobei Deutschland aufgrund seiner Vormachtstellung in der EU es schafft, diese explizit für seine Ambitionen zu nutzen. Nicht nur werden auch die Subventionen teils durch EU-Projekte gewährleistet, so zum Beispiel in der Chipproduktion mit dem milliardenschweren Projekt „Chips für Europa“. Auch über die EU-Grenzen hinaus wird diese genutzt, um deutschen Einfluss in der Welt auszubauen. Ein Beispiel ist hier das Projekt Global Gateway, das neben der Neuen Seidenstraße und Build Back Better World als eines der derzeit großen imperialistischen Strategievorhaben gewertet werden muss. Von den aktuell angedachten 300 Milliarden Euro für Global Gateway wurden 150 Milliarden Euro für Infrastrukturprojekte in Afrika eingeplant. In diesem Rahmen soll zum Beispiel der sogenannte Lobito-Korridor vom Kongo über Sambia nach Angola einen besseren Zugriff auf Rohstoffe gewährleisten. Mit dem Projekt Global Gateway sichert Deutschland auch seinen Zugriff auf Wasserstoff aus Namibia – Vorräte, um die Zukunft der deutschen Industrie zu sichern, die zu Lasten der abhängigen Länder gehen. Auf dem G20-Gipfel 2023 wurde unter dem Namen IMEC auch ein neuer Korridor von Indien über den Nahen Osten bis Europa geplant, ebenfalls ein Gegenprojekt zur Neuen Seidenstraße. Die EU ist und bleibt zentral dabei, deutsche imperialistische Ansprüche in der Welt umzusetzen.

Seinen höchsten Ausdruck findet dieser Ausbau der deutschen Einflussnahme in den militärischen Entwicklungen. Einen Tag nach dem Kriegsausbruch in der Ukraine holte der Bundeskanzler ein 100-Milliarden-Sondervermögen aus der Tasche, mit dem die deutschen Streitkräfte ausgebaut werden sollen. Bis 2026 stocken diese 100 Milliarden Euro den Verteidigungshaushalt auf, womit auch das 2%-Ziel der NATO erstmals eingehalten wird. Diese Entwicklung bezeichnet die größ-

te Aufrüstung seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Krieg wurde vom Kanzler als „Zeitenwende“ bezeichnet, der auch die deutsche Kriegsfähigkeit herausfordere. Deutsche Politiker, wie der Vorsitzende der regierenden Sozialdemokraten, Lars Klingbeil, formulieren dies folgendermaßen: „Nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung hat Deutschland heute eine neue Rolle im internationalen Koordinatensystem. [...] Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben“. Auch in den jüngsten Zusitzungen im Roten Meer beteiligt sich Deutschland durch die Entsendung einer Fregatte, die als gefährlichste Mission der Marine seit Jahrzehnten bezeichnet wird. Bis zu zehn Prozent des deutschen Außenhandels laufen über das Rote Meer. All diese Entwicklungen sind klare Anzeichen dafür, dass der deutsche Imperialismus zwar geschwächt ist und Partner benötigt, aber entschlossen kämpft, um sich in der Verschärfung der zwischenimperialistischen Widersprüche zu behaupten. Besonders wichtig für den deutschen Imperialismus ist heute der Krieg in der Ukraine, der sich näher zu betrachten lohnt.

Die deutsche Beteiligung am Krieg in der Ukraine

Auch wenn zu Beginn des Krieges in der Ukraine eine Diskussion in der deutschen Politik losbrach, wie genau man sich dazu zu verhalten habe, ist es nicht so, als hätte die deutsche Einmischung in die Ukraine erst am 24. Februar 2022 begonnen. In dem jahrelangen Ringen westlicher und russischer Kräfte nach Einfluss in der Ukraine nimmt Deutschland eine besondere Rolle ein. Schon während des Maidans mischte die Merkel-Regierung mit, für alle Welt sichtbar, als der amtierende Außenminister Westerwelle auf dem Maidan mitdemonstrierte. Deutschland war maßgeblich an der Ausformulierung des EU-Assoziierungsabkommens beteiligt, mit dem die Ukraine auch militärisch an die EU und die NATO angebunden wurde, und nach dem Angriffs Russlands auf die Ukraine war nach einigen Aushandlungen innerhalb der herrschenden Klasse schnell klar, dass die Ukraine in diesem Konflikt militärisch sowie finanziell maßgeblich unterstützt werden würde.

Die Regierung fuhr alle Geschütze auf, um die weit verbreitete pazifistische Einstellung in der breiten Bevölkerung zu bekämpfen. Die Forderungen nach Verhandlungen und Waffenstillstand wurden als Unterstützung für Putin bezeichnet und die Frage von Waffenlieferungen so lange medial bearbeitet, bis die Zustimmung zu diesen in Umfragen irgendwann über der Hälfte der Bevölkerung lag. Ein besonders abstruses Beispiel war die Bezeichnung von Friedensdemonstranten als „gefallene Engel aus der Hölle“ durch Bundeskanzler Scholz. Mit dieser großen Propagandakampagne, deren

vorherrschendes Narrativ: „Die Ukraine kämpft auch für unsere Freiheit und Demokratie!“ war, schaffte es die Regierung, große Teile der Bevölkerung hinter ihrer Kriegspolitik zu vereinigen. Auch linksliberale Kreise gingen in den ersten Wochen auf die Straße, bei Solidaritätsaktionen wurden immer schwerere Waffen gefordert. Nach mehreren Jahren Krieg sieht man heute, wo hin diese Unterstützung geführt hat: die Ukraine ist in einer schlechteren Verhandlungssituation als noch zu Beginn des Krieges, als die Westmächte dazu ermunterten, weiterzukämpfen, obwohl Verhandlungsoptionen offenlagen. Gleichzeitig werden in Wiederaufbaukonferenzen in Berlin bereits die deutschen Investitionen in die kriegszerstörte Ukraine verhandelt.

Auf den Krieg in der Ukraine wurde unter mehr oder weniger fortschrittlichen Kräften ambivalent reagiert: Die linksliberalen, regierungsnahen Organisationen verhielten sich im besten Fall indifferent und wurden im schlimmsten Fall direkt durch „Solidaritätsdemonstrationen“ für die deutsche Kriegspolitik eingespannt. Die deutsche Friedensbewegung hingegen formulierte schnell einen Standpunkt gegen die Kriegsbeteiligung, der jedoch in der Gesamtbevölkerung zunächst relativ isoliert bleibt, unter anderem auch aufgrund der Tatsache, dass er es nicht schafft, die richtigen Gründe für die Kriegsgegnerschaft anzuführen. Wir stellen ähnliche Haltungen in verschiedenen Ländern fest, weswegen es sich lohnt, ein wenig darauf einzugehen und unsere konkrete Politik dem gegenüber darzulegen. In unserer Resolution „Alle Monopole und Imperialisten sind Feinde der Völker“ schrieben wir im November 2023:

[Unsere Konferenz] sieht es als ihre Aufgabe, die unwissenschaftlichen Positionen zu neutralisieren, die entweder den imperialistischen Charakter Chinas und Russlands leugnen oder sie zwar als imperialistisch anerkennen, sie aber als pro-humanitäre, völkerfreundliche, friedliche Mächte definieren und nur die USA und ihre Verbündeten und die NATO als „Feinde“ betrachten. Diejenigen, die die Errichtung einer „multipolaren“ Welt anstreben und behaupten, dass die USA und die NATO die einzigen Feinde der Völker sind, als ob die heutige Welt „unipolar“ wäre und die Imperialisten nicht für eine Neuauflistung der Welt kämpfen würden, verbreiten die Illusion, dass man den US-Imperialismus bekämpfen kann, indem man sich auf den russischen und chinesischen Imperialismus stützt. Man kann jedoch nicht gegen einen Imperialisten kämpfen, indem man sich auf einen anderen stützt!¹

Diese Haltung ist auch in der deutschen Friedensbewe-

gung zu sehen, die von bürgerlich-pazifistischen und revisionistischen Kräften dominiert wird. Die Verklärung von Russland und China geht so weit, dass bei der Rosa-Luxemburg-Konferenz 2024, dem größten Treffen linker, opportunistischer, aber auch revolutionärer Parteien und Organisationen, das von den Revisionisten organisiert wird, auch die Botschafter Russlands und Chinas geladen waren und Platz im Programm fanden. Und so wurde der Krieg Russlands gegen die Ukraine in der Friedensbewegung nicht verurteilt, sein Klassencharakter wurde nicht herausgestellt, sondern verschleiert, indem die russische Rechtfertigung der „Sicherheitsinteressen“ und des „antifaschistischen Kampfes“ in der Ukraine von großen Teilen übernommen wurden.

Wir haben seit Beginn des Krieges in der Friedensbewegung und darüber hinaus für die proletarische Position gekämpft, die auch eine Voraussetzung dafür ist, dass die Friedensbewegung und die Arbeiterbewegung zusammengehen und stärker werden können. Die derzeitige Weltlage und die Diskussionen in den Ländern veranlassen dazu, die tiefgreifenden Schlussfolgerungen noch einmal nachzuvollziehen, die die Kommunistische Weltbewegung aus dem Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium gezogen hat, das bis heute andauert. Im Kampf gegen die sozialchauvinistische und in das Lager des Imperialismus übergetretenen Führer der Zweiten Internationale arbeitete Lenin seine Analyse des Imperialismus heraus, die in aller Deutlichkeit zeigte, dass der Kapitalismus früher oder später notwendig zum Imperialismus führt, dass dieser sich aus den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus heraus ergibt und sie nicht aufhebt, sondern im Weltmaßstab fortsetzt und die Völker der Welt vollständig in dieses imperialistische Weltsystem hineinzieht. Diese grundsätzliche Entwicklung musste dazu führen, dass der Klassenkampf sich fortan im Weltmaßstab vollzog, dass aus dem Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital im Weltmaßstab der Widerspruch zwischen den imperialistischen Nationen sowie der Widerspruch zwischen imperialistischen und unterdrückten Nationen entstanden. Es war die Dritte Internationale, die herausarbeitete, was das für die Strategie und Taktik der Kommunisten im Kampf für die Revolution bedeutet musste und diese Entwicklung auch in ihrer Bedeutung für die Theorie zu ihrem vollen Rechte kommen ließ. Lenin formulierte die Haltung der Marxisten in zwischenimperialistischen Kriegen in „Sozialismus und Krieg“ im Jahr 1915 folgendermaßen:

„Es ist nicht Sache der Sozialisten, dem jüngeren und kräftigeren Räuber (Deutschland) zu helfen, die älteren, satt-

1 <https://www.arbeit-zukunft.de/2023/12/08/alle-monopole-und-die-imperialisten-sind-feinde-der-voelker/>

gefressenen Räuber² auszoplündern.³

Dieses Prinzip lässt sich auf aktuelle zwischenimperialistische Konflikte wie den, der in der Ukraine ausgetragen wird, übertragen. Es ist auch heute nicht unsere Aufgabe, die Sicherheitsinteressen Russlands zu verteidigen oder in Verhandlungen und Kompromissen, die die Imperialisten untereinander ausgehandelt haben und die sie wieder gebrochen haben, Stellung für die eine oder andere Seite zu beziehen. Doch es wäre falsch, aus dieser Haltung zu schließen, dass der marxistische Standpunkt diesen Konflikten gegenüber indifferent ist. Lenin schreibt weiter:

„Die Sozialisten haben den Kampf zwischen den Räubern auszunutzen, um sie allesamt zu beseitigen.“

Und:

„Die revolutionäre Klasse kann in einem reaktionären Krieg nicht anders als die Niederlage der eigenen Regierung wünschen, sie kann den Zusammenhang zwischen militärischen Mißerfolgen der Regierung und der Erleichterung ihrer Niederringung nicht übersehen. [...] Gerade ein solches Auftreten würde dagegen den geheimen Wünschen jedes klassenbewußten Arbeiters entsprechen und in der Linie unseres Handelns liegen, das auf Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg abzielt.“⁴

Die Politik der Niederlage der eigenen Regierung und der Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg der Bolschewiki ist besonders deutlicher Ausdruck dafür, wie exakt die Marxisten den inneren Zusammenhang von imperialistischem Krieg und dem Kampf um die Revolution zu verstehen haben. Der marxistisch-leninistische Standpunkt greift den inneren Zusammenhang des Klassenwiderspruchs und der zwischenimperialistischen Widersprüche in seinem vollen Ausmaß auf, indem er nicht nur betont, dass das Ende des imperialistischen Krieg erst mit dem Ende des Kapitalismus möglich wird, sondern den Kampf gegen den imperialistischen Krieg auf allen Seiten notwendig mit dem Kampf um die Revolution verbindet. Der marxistische Standpunkt macht die Haltung der Kommunisten zu jedem Krieg abhängig von der Stärkung des Klassenkampfes.

Natürlich müssen wir anerkennen, dass die Lösung der Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg auf die derzeitigen Verhältnisse in Deutschland nicht anwendbar ist. Wo der Klassenkampf von

Seiten des Proletariats verhältnismäßig schwach ist, wo die Identifikation mit den eigenen Imperialisten selbst in der Arbeiterklasse stark ist und das Klassenbewusstsein schwach, da ist es auch schwierig, an dieses anzuknüpfen und daraus seine Haltung zum Krieg abzuleiten. Auch in Russland sowie in der Ukraine gibt es keine große Arbeiterbewegung, die die Interessen der Klasse zum Ausdruck bringt und sich (im Falle von Russland) gegen den imperialistischen Krieg von eigenem Boden aus oder (im Falle der Ukraine) gegen die Unterwerfung unter jeglichen Imperialismus sowie die eigene Kompradorenbourgeoisie stellt. Diese Bewegungen sind schwach, was es umso leichter für die Herrschenden macht, ihr Interesse als das Interesse der „Völker“ auszugeben. Aber nur weil die Arbeiterbewegung schwach ist und die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie auf allen Seiten nicht in naher Zukunft zu liegen scheint, bleibt die marxistische Analyse nicht nur richtig, sondern sie gibt uns sogar sehr konkrete Leitlinien für die richtige Praxis.

Sie mahnt uns, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg niemals unabhängig vom Klassenkampf zu bewerten, uns niemals dazu verleiten zu lassen, auf der Seite des einen oder des anderen Imperialisten nach Recht oder Unrecht zu suchen, sondern aus dem Klassenstandpunkt die richtige Politik abzuleiten. Im Falle von Deutschland bedeutet das ganz konkret, an jeder Stelle die Interessen des deutschen Imperialismus aufzudecken, der sich an dem Krieg in der Ukraine labt und davon neue Energie zehrt. Und es gibt genug Anknüpfungspunkte, um den Klassencharakter dieses Krieges auf allen Seiten aufzuzeigen und davon ausgehend die richtige Politik zu entwickeln. Denn die Kriegspolitik richtet sich schon heute direkt gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, wenn sie aufgefordert wird, für den Frieden zu frieren oder ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für Rüstung ausgegeben wird, während in den Sozialleistungen gekürzt wird. Diejenigen, die diese arbeiterfeindliche Politik durchsetzen sind dieselben, die nach mehr Waffen für die Ukraine schreien. Und dieser innere Zusammenhang ist für viele Menschen nicht abstrakt oder weit weg, sondern sehr konkret und greifbar. Das ist die Wunde, in die wir das Salz streuen müssen, indem wir unsere Forderungen in Bezug auf diesen Krieg immer und an jeder Stelle mit den Angriffen auf die Arbeiterklasse verbinden.

Deutschland und der Krieg gegen das palästinensische Volk

Zwar ist der Krieg im Nahen Osten in seiner Bedeu-

2 <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1915/krieg/index.htm>

3 <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1915/krieg/index.htm>

4 <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1915/krieg/index.htm>

tung für den deutschen Imperialismus nicht zu vergleichen mit dem Krieg in der Ukraine. Doch der Krieg gegen das palästinensische Volk und vor allem seine öffentliche Diskussion weisen in Deutschland noch einmal nationale Spezifika auf, die es sich zu betrachten lohnt und die dazu führen, dass die israelisch-deutschen Beziehungen immer überdeckt von moralischen Begründungen sind. So ist die Solidarität mit Israel in Deutschland sogenannte „Staatsräson“ und wird aus der historischen Schuld gegenüber dem jüdischen Volk abgeleitet. Der deutsche Imperialismus hat hier eine besonders perfide Art, die eigenen Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs zur Legitimierung seiner heutigen Verbrechen heranzuziehen. Deutschland hat seine Waffenlieferungen an Israel seit dem 7. Oktober mehr als verzehnfacht und die israelische Regierung in ihrem brutalen Krieg gegen das palästinensische Volk in jeder Hinsicht unterstützt. Das alles ging einher mit einer Welle von Demonstrationen im Inland, die Mitgefühl mit den Opfern des 7. Oktobers zum Ausdruck brachten und zugleich die israelische Vergeltung guthießen. Der Slogan dieser Kampagnen war „Nie wieder ist jetzt!“ (in Bezug auf die Verbrechen des Faschismus, was implizit auch den 7. Oktober in diese Tradition antisemitischen Terrors stellt, da die Demonstrationen eine Reaktion auf diesen Tag waren). Staatlich organisierte Demos wurden unterstützt von zivilen und wirtschaftlichen Institutionen und Unternehmen. Die komplette Entkontextualisierung des Holocausts erlaubt absurde Zustände, wie beispielsweise dass Unternehmen wie Bayer (direkter Nachfolgekonzern der IG Farben, die ein eigenes Arbeitslager in Auschwitz errichten ließen) heute Unterzeichner und Unterstützer der „Nie wieder ist jetzt“-Kampagne sind und sich darüber profilieren, während fortschrittliche, antiimperialistische Kräfte in Deutschland seit dem Kriegsbeginn einer riesigen Hetzkampagne ausgesetzt sind und Demonstrationen der palästinensischen Community zu Debatten über „importierten Antisemitismus“ führen.

Diese schizophrene öffentliche Debatte wird jedoch nicht nur durch die staatliche Politik und große Medienhäuser befeuert, sondern hat ihre ganze eigene Spiegelung in der „linken“ Bewegung. Seit den 1990ern gibt es eine große Strömung innerhalb antifaschistischer Bewegungen, die exakt dieselbe Schlussfolgerung aus der deutschen Geschichte ziehen und die bedingungslose Solidarität mit Israel als Aufgabe jedes deutschen Bürgers betrachten. Diese Strömung der „Anti-Deutschen“, auf die wir nicht länger eingehen wollen, verliert zwar innerhalb der Linken in den letzten Jahren an Boden, aber ihr Einfluss ist nach wie vor groß und es gibt in fortschrittlichen Bündnissen und gewerkschaftlichen Kreisen eine breite Unterstützung Israels, die auch von

Kriminalisierung und Ausschluss antiimperialistischer Gruppen begleitet ist. So sind es „Linke“, die bei pro-palästinensischen Demos Gegendemonstrationen veranstalten oder fordern, dass pro-palästinensische Gruppen aus Bündnissen ausgeschlossen werden und ihnen Räume verweigert werden. Diese weltweit einmalige Situation führt dazu, dass in breiten Teilen der „Linken“ in Deutschland Solidarität mit Palästina keineswegs selbstverständlich ist.

Die marxistische Haltung gegenüber dem palästinensischen Befreiungskampf und seiner brutalen Unterdrückung haben wir an vielen Stellen formuliert, unter anderem in unserer Resolution „Solidarität mit dem palästinensischen Volk“ aus dem November 2023:

„Jede „Lösung“, die die Besetzung des palästinensischen Territoriums nicht beendet und die nationalen Rechte der Palästinenser, insbesondere das Recht auf Selbstbestimmung bis zur Bildung eines unabhängigen Staates, nicht anerkennt, dient nur dazu, die Fortsetzung des Völkermords am palästinensischen Volk zu rechtfertigen.“⁵

Hier ist die marxistische Lösung des Rechtes auf nationale Selbstbestimmung in seinem vollen Umfang übertragbar, unter anderem weil die Unterdrückung des palästinensischen Volkes ihrem Charakter nach am ehesten mit einer kolonialen Unterdrückungssituation vergleichbar ist, in der das Recht auf eine eigene Staatlichkeit noch nicht verwirklicht ist. Die nationale Frage ist in Palästina eine zentrale Frage, und solange die nationale Selbstbestimmung nicht verwirklicht ist, muss es eine zentrale Forderung der Kommunisten sein, die Voraussetzungen dafür herzustellen. Dies steht keineswegs im Widerspruch dazu, den Klassenkampf in jedem Land zu Gunsten des Proletariats zu stärken, sondern leitet sich im Gegenteil explizit daraus ab. Lenin schreibt 1916 in seinen Thesen „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“:

„Die Sozialisten haben nicht nur die bedingungslose und sofortige Befreiung der Kolonien zu fordern - diese Forderung bedeutet aber politisch nichts anderes als die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen - sondern sie müssen revolutionäre Elemente in den bürgerlich demokratischen nationalen Befreiungsbewegungen in diesen Ländern auf das entschiedenste unterstützen und ihrem Auflehnen, ihren Aufständen ihrem revolutionären Krieg gegen die sie unterjochenden imperialistischen Staaten beistehen.“⁶

⁵ <https://www.arbeit-zukunft.de/2023/12/08/solidaritaet-mit-dem-palaestinensischen-volk-2/>

⁶ <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1916/01/nationen.html>

Das bedeutet auch, dass in unseren Forderungen klar gemacht werden muss, dass die Freiheit des palästinensischen Volkes an diesem Punkt Voraussetzung ist für den gesellschaftlichen Fortschritt, dass es keinen Frieden in der Region geben kann ohne diese Voraussetzung, was auch bedeutet, die nationale Befreiungsbewegung zu unterstützen, jedoch innerhalb dieser Befreiungsbewegungen immer die proletarischen, fortschrittlichen Elemente zu betonen. In der Kriegssituation, die seit Oktober herrscht, ist in Deutschland die Forderung nach einem Ende der militärischen und politischen Unterstützung Israels und das Einsetzen für einen Waffenstillstand (was in diesem Fall ein Ende des israelischen Krieges gegen Gaza bedeutet) zu fordern.

Diese Forderungen zu vertreten ist in Deutschland nicht selbstverständlich. Zwar sehen wir, dass die riesige Solidaritätskampagne mit dem israelischen Krieg, die in deutschen Medien gefahren wird, keineswegs dazu führt, dass auch die breite Masse der Arbeiterklasse den israelischen Krieg wirklich unterstützt. Vor allem die vielen migrantischen Arbeiter, die oftmals einen besonderen Bezug zu der Region haben, aber auch weite Teile der Arbeiterklasse darüber hinaus unterstützen den Krieg nicht, sind aber auch nicht gewillt, gegen ihn auf die Straße zu gehen. Das führt unter anderem dazu, dass die pro-palästinensische Bewegung isoliert und stark religiös und nationalistisch dominiert bleibt. Umso wichtiger ist es, in diesen Bewegungen Forderungen in den Vordergrund zu stellen, die sich direkt an den deutschen Staat richten, die seine Unterstützung Israels als heuchlerisch enttarnen und dem intuitiven Solidaritätsgefühl von Teilen der Arbeiterklasse eine politische Begründung geben.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Deutschland ist nach wie vor ein starkes imperialistisches Land, das sich an verschiedenen Fronten zu behaupten sucht. Die zentrale Front, gegen die die Angriffe des deutschen Imperialismus heute gerichtet sind, ist jedoch die innere Front. Auch hier erfüllt die derzeitige Regierung einen spezifischen Zweck. Es ist ein bewährtes Mittel der deutschen herrschenden Klasse, immer dann zu in fortschrittliche Hüllen gekleideten Regierungen zu greifen, wenn die Angriffe auf die Arbeiterklasse besonders hart sind. So waren es Sozialdemokratie und Grüne, die die „Agenda 2010“ 2001 umsetzen. Und auch heute schafft es die „Fortschrittskoalition“, wie sie sich selbst nennen, mit ihrer Propaganda nach wie vor große Teile der Bevölkerung in ihren Windschatten zu bringen. Dies gelingt unter anderem durch die Sozialdemokratie, die ihren Einfluss in den Gewerkschaften explizit dafür nutzt, die Konzernpoli-

tik in die Arbeiterschaft zu tragen. Beispielsweise haben in den letzten Monaten Proteste stattgefunden, in denen die Arbeiter in wichtigen Industriebetrieben von der Gewerkschaft aufgerufen wurden, für einen staatlich subventionierten Strompreis für die Industrie zu demonstrieren. Das erklärte Ziel dieses Strompreises: Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und Sicherung des Wohlstands unseres Landes, so Wirtschaftsminister Robert Habeck. Während das Wirtschaftsministerium eine Deckelung des Industriestrompreises auf 6ct pro Kilowattstunde vorschlägt, was einem Entlastungsvolumen von voraussichtlich bis zu 30 Milliarden Euro entspricht, legt die größte Einzelgewerkschaft der Welt, die IG Metall, noch einen drauf und fordert einen Preisdeckel bei 5ct die Kilowattstunde. Doch damit nicht genug. So forderte Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall, Mitte Januar 2024, für den „ökologischen Umbau“ der deutschen Industrie ein Sondervermögen in Höhe von 600 Milliarden Euro einzurichten. Diese Summe entspricht über eineinhalb kompletten Bundeshaushalten. Die Arbeiteraristokratie erweist sich gerade in diesen Zeiten als bewährtes Mittel des deutschen Kapitals, eine Tradition, die bis 1914 zurückgeht, als sich die Sozialdemokratie und mit ihr die Gewerkschaften das erste Mal für den sogenannten Burgfrieden einspannen ließen. Obwohl die Streikbewegung die stärkste seit Jahren und die Unzufriedenheit mit der Regierung in Umfragen sehr hoch ist, sitzt diese zurzeit mit ihrer Politik noch verhältnismäßig fest im Sattel. Ein Anwachsen des Klassenbewusstseins, das nicht nur Grundlage für ökonomische, sondern auch politische Kämpfe ist, ist zwar zu beobachten, jedoch ist die Identifikation mit dem Standort Deutschland und dem deutschen Staat nach wie vor hoch. Auch die militärischen Ambitionen werden sehr erfolgreich mit dem Narrativ der Verteidigung der Demokratie und des Friedens gerechtfertigt, wie man auch an den jüngsten Umfragen sieht, nach denen beispielsweise über die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland für die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist.

Als Konsequenz aus all diesen Versuchen, die Bevölkerung in die Reserve des Imperialismus zu bringen, sehen wir in den letzten Monaten eine bestimmende politische Tendenz: Das Ansteigen des Nationalismus. Denn sei es die Identifikation mit dem Wirtschaftsstandort Deutschland, die in die Arbeiterklasse getragen wird, oder auch die Erzählung vom „äußeren Feind“, der die Aufrüstung notwendig machen würde, die herrschende Politik versucht mit allen Mitteln, den nationalen Zusammenhalt herzustellen und das angebliche nationale Interesse an die Stelle jedes auch noch so schwachen Klassenbewusstseins zu setzen. Der ansteigende Nationalismus wird durch die Politik der regierenden Parteien

bestärkt, doch er führt in seiner Konsequenz auch dazu, dass konservative und rechte Parteien an Aufschwung gewinnen. In derzeitigen Umfragen sind die CDU und die AfD, die auch faschistische Elemente beinhaltet, die stärksten Parteien. Es ist also nicht auszuschließen, dass das Pendel der bürgerlichen Politik umschlägt und das Kapital in Zukunft statt auf linksliberale eher auf rechts-konservative Parteien setzt. Doch egal, wie sich die Politik entwickelt, der deutsche Imperialismus und der verschärzte Klassenkampf von oben, zu dem er gezwungen ist, um sich im Weltmaßstab zu behaupten, wird auch den Nationalismus immer weiter erstarken lassen, weil dieser die Form seiner Herrschaft nach innen ist. In dem Maße, wie wir den Zusammenhang von imperialistischer Kriegspolitik und Behauptung im Klassenkampf im eigenen Land begreifen, in dem Maße erschließen wir uns auch die Mittel für den Kampf gegen den Imperialismus und den Krieg, der immer nur in Zusammenhang mit dem allgemeinen Klassenkampf erstarkt. Und so müssen wir in diesen Zeiten die besondere Bedeutung sozialer Kämpfe und insbesondere der Streikbewegungen, die in den letzten Jahren erstarken, herausstellen. Auch wenn die ökonomischen Kämpfe

nicht zwangsläufig ein politisches Bewusstsein über die Klassengesellschaft als Ganzes mit sich bringen, sind sie die Wunden, in die es Salz zu streuen gilt. Es ist klar, dass die Steigerung des Klassenbewusstseins hin zu politischen Forderungen nicht von heute auf morgen stattfindet. Doch gerade in Zeiten, in denen der deutsche Imperialismus auf den „Burgfrieden“ besonders angewiesen ist, gewinnt jede Form des Klassenkampfes an Bedeutung, weil er einen Riss in der nationalen Front bedeutet.

Egal an welchem Punkt des Kampfes gibt uns der Marxismus das Werkzeug an die Hand, unsere Analyse zu vertiefen und den inneren Zusammenhang des Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital und der Widersprüche des imperialistischen Weltsystems auch in unserer Praxis zu seinem vollen Rechte kommen zu lassen und unser Möglichstes zu tun, den unabhängigen Standpunkt der Arbeiterklasse in all diesen Konflikten hervorzuheben. In Deutschland bleibt in diesem Fall die Lösung von Karl Liebknecht von vor über 100 Jahren aktuell, die wir überall anwenden können: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“

ORGANISATION FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI - ARBEIT ZUKUNFT

ECUADOR

Neues politisches Szenario nach dem Referendum vom April 2024

Die politische Krise, die Ecuador seit einigen Monaten kennzeichnet, hält trotz der Bemühungen der wirtschaftlichen Eliten, sie vollständig zu überwinden, an. Das Land befindet sich in einer Situation, die über die üblichen Schwierigkeiten bei der Machtausübung hinausgeht, sei es wegen des Widerstands der Arbeiter gegen die volksfeindlichen Maßnahmen der amtierenden Regierungen oder wegen der Widersprüche, die sich auch zwischen einigen Sektoren der herrschenden Klassen und anderen manifestieren. Die Tiefe, das Ausmaß und die Art der Probleme, die im politischen Leben des Landes auftreten, zeigen, dass wir vor einer Krise der gesamten bürgerlichen Institutionen stehen.

Die Probleme, die in den Organen und Funktionen des Staates auftreten, zeigen das Wesen und die Natur des bestehenden kapitalistischen Staates. Wir stehen vor einer Situation, die zeigt, dass die Korruption, der Drogenhandel und die kriminellen Mafiaclans die höchsten Ebenen der verschiedenen Funktionen und Organe des

Staates durchdrungen haben, sie befinden sich in den hohen Kommandozentralen der Polizei und der Armee, in der Legislative, in den Organen der Justiz, in der Exekutive, in den verschiedenen Regierungen, in den Mainstream-Medien.

Ein Höhepunkt der Krise und die Suche nach Regierbarkeit

Die Verschärfung der politischen Krise führte dazu, dass die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen auf die zweite Jahreshälfte 2023 vorverlegt wurden, so dass Guillermo Lasso und die Abgeordneten noch zwei Jahre bis zum Ende der Amtszeit, für die sie gewählt wurden, bleiben. Aufgrund der ernsten Lage, die als „Krise der Regierbarkeit“ bezeichnet wird, hat der ehemalige Präsident den als „Kreuztod“ bekannten verfassungsrechtlichen Weg beschritten, der die Auflösung des Nationalkongresses, das Ende der Amtszeit des Präsidenten und die Verpflichtung zur sofortigen Einberufung von Wahlen beinhaltet. Das Ansehen des ehemaligen Präsi-

denten Lasso und des Nationalkongresses war auf einen historischen Tiefstand gesunken. Der von der Volksbewegung erhobene Slogan „Weg mit Lasso JETZT!“ verbreitete sich im ganzen Land und wurde zum Slogan des indigenen Volksaufstands vom Juni 2022. Der Kampf gegen die neoliberalen Politik der Regierung und die Korruption innerhalb der Regierung zog sich durch die gesamte Verwaltung. Gleichzeitig mit der Verschärfung der Konfrontation der Arbeiter und des Volkes mit der Regierung vertieften sich auch die Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie, die ihren höchsten Ausdruck im Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten fanden; dieses fand in der Nationalversammlung statt, als er deren Auflösung verfügte. All dies schuf ein Szenario großer politischer Instabilität: Wäre der „Kreuztod“ nicht eingetreten, wäre Lasso durch die Aktion der Massen auf die Straße gesetzt worden.

Der Wahlprozess von 2023¹ erfüllte das Ziel der Bourgeoisie, die politischen Spannungen zu verringern, obwohl in dieser Zeit der Kandidat Fernando Villavicencio ermordet wurde. In der Bevölkerung wurde eine Atmosphäre der Erwartung an die neue Regierung geschaffen. Zwischen den wichtigsten bürgerlichen Fraktionen wurde eine Vereinbarung getroffen, um eine Atmosphäre der Entspannung und der politischen Stabilität zu gewährleisten, die in der Bildung eines parlamentarischen Bündnisses mit einer Mehrheit aus den Pro-Correa-Kräften, der Christlich-Sozialen Partei und der Nationalen Demokratischen Aktion (ADN), der Partei von Präsident Noboa, zum Ausdruck kam. Dieser Parlamentsblock stimmte für alle volksfeindlichen Gesetze, die der Präsident der Republik in den ersten vier Monaten seiner Amtszeit vorgelegt hatte, und garantierte deren Annahme.

Der Sieg von Daniel Noboa in der zweiten Wahlrunde war ein unerwartetes Ereignis. Niemand, nicht einmal sein Wahlkampfteam, hatte damit gerechnet, dass er die Präsidentschaft gewinnen würde.² Die Ermordung des Kandidaten Fernando Villavicencio im Laufe des ersten Wahlgangs führte zu einer abrupten und ungewöhnlichen Änderung der Reihenfolge der Kandidaturen, wodurch Noboa aus dem Block der Kandidaten mit den meisten Stimmen herausfiel.

¹ Der erste Wahlgang fand im August 2023 und der zweite Wahlgang am 15. Oktober statt, aus dem der derzeitige Präsident Daniel Noboa als Sieger hervorging.

² Als die Ergebnisse des zweiten Wahlgangs bekannt wurden, erklärte Noboas Mutter, Anabella Azin, gegenüber der Presse, dass sie nicht mit diesem Wahlgang gerechnet hatten, der für 2025 angesetzt war.

Ein neues Gesicht der alten Politik

Daniel Noboa (36 Jahre alt) nutzte seine Jugend, um sich als Vertreter einer neuen Generation zu präsentieren, die die Zügel des Landes in die Hand nehmen würde; in Wirklichkeit ist er das neue Gesicht der alten Politik, der Oligarchie, die Ecuador regiert hat. Sein Vater, Álvaro Noboa, ist der Chef eines der größten Wirtschaftskonzerne des Landes, zu dem Industrie-, Agrar-, Ex-Hafen- und Versicherungsunternehmen gehören. Schätzungen zufolge beläuft sich das Vermögen der Noboa-Gruppe auf mehr als 1,35 Milliarden US-Dollar, wobei die in Steueroasen angelegten Vermögenswerte nicht mitgerechnet sind. Seine Tante, Isabel Noboa, steht an der Spitze der NOBIS-Gruppe, deren Vermögen 1,1 Milliarden US-Dollar übersteigt.

Noboa kandidierte mit einem wirtschaftspolitischen Programm des rechten Flügels, doch in der zweiten Runde griff er Wahlvorschläge auf, die den Massen am Herzen lagen, wie z. B. die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung, die Anhebung der Altersrenten auf das Niveau des Mindestlohns, die Gewährleistung des Zugangs aller Jugendlichen zu höherer Bildung, die Ablehnung von Arbeitsreformen, die einen Abbau von Rechten bedeuten, und andere Positionen. Unmittelbar nach seinem Wahlsieg gab er die Grundzüge seiner Regierung bekannt: Er reiste in die Vereinigten Staaten und nach Europa, um sich mit Vertretern von Investmentbanken, Beamten der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds zu treffen, die er auf die Dringlichkeit der Beschaffung wirtschaftlicher Ressourcen hinwies, da er unter anderem bei den Wahlen im nächsten Jahr wiedergewählt werden wollte. So machte er deutlich, dass für ihn die Hauptprobleme Ecuadors nicht hier, sondern in den Büros derjenigen gelöst werden können, die das große Kapital verwalten. Er zeigte sich daran interessiert, die Türen des Landes für den Eintritt ausländischen Kapitals zu öffnen, entweder durch private Investitionen oder durch Kredite bei internationalen Organisationen. Dies führt zur Erhöhung der Abhängigkeit vom Ausland. In den fünf Monaten seiner Amtszeit ist Noboa nicht von diesen Hauptlinien abgewichen, zu denen noch eine weitere hinzukommt, die in der Natur dieser Politik und ihrem Klassencharakter liegt: die absolute Begünstigung der großen Unternehmensgruppen des Landes. Unter dem Vorwand, der schweren Wirtschaftskrise zu begegnen, begann er mit der Umsetzung seines Plans mit einer „Steuerreform“ unter dem Namen „Gesetz für Steuereffizienz und zur Schaffung von Arbeitsplätzen“, das den Großunternehmern einen Teil ihrer Schulden beim Staat erließ. Der

Betrag dieser „Steueramnestie“ beläuft sich auf rund 2,9 Mrd. US-Dollar, wovon mehr als 80 Mio. US-Dollar auf die Schulden des Wirtschaftskonzerns Noboa seines Vaters entfallen. Das Gesetz schuf auch einige „Steuervergünstigungen“ für Unternehmen, die Arbeitsplätze für junge Menschen schaffen³, und es wurden Freihandelszonen eingerichtet (die unter der Regierung von Rafael Correa geschaffenen Sonderentwicklungszonen ablösten), in denen Investoren in den ersten fünf Jahren 0 % Einkommenssteuer und in der restlichen Zeit, d.h. 30 Jahre lang, 15 % zu zahlen haben, bis zu dem Zeitpunkt, an dem prekäre Formen der Arbeitsanstellung eingeführt werden.

Die Steuerreform wurde am 19. Dezember 2023 verabschiedet, und weniger als einen Monat später, am 11. Januar 2024, wurde eine dringende Wirtschaftsvorlage verschickt, um die Mehrwertsteuer von 12 % auf 15 % zu erhöhen, eine Maßnahme, die hauptsächlich die unteren Einkommensschichten betrifft. Als Vorwand wurde der „dringende Bedarf an Mitteln zur Bekämpfung der unkontrollierten Kriminalitätswelle“ angeführt.

„Kriegszustand“ zur Durchsetzung des Neoliberalismus

In der Tat befindet sich Ecuador aufgrund des Vorgehens krimineller Gruppen und der Drogenmafia in einer kritischen Situation. Die von ihnen entfesselte Gewalt, die in zwei Jahren fast zehntausend Menschen das Leben gekostet hat, hat das Land zu einem der unsichersten Amerikas gemacht; zwei Städte an der Küste stehen an der Spitze der Liste der gefährlichsten Städte der Welt.

In den ersten zwei Monaten der Regierungszeit wurde nichts unternommen, um dieses Problem zu lösen. Das Bekanntwerden der Flucht von Fito (Deckname des Anführers der als Los Choneros bekannten Bande) aus dem Regionalgefängnis Nr. 4 führte jedoch zur Ausrufung des Ausnahmestands (am Montag, den 8. Januar), was eine Welle krimineller Aktionen in mehreren Städten des Landes auslöste. In diesem Zusammenhang flohen Colón Pico (Anführer der Bande Los Lobos) und etwa 40 Häftlinge aus einem Gefängnis in Riobamba. Pico war erst seit drei Tagen inhaftiert.

Am Dienstag, dem 9. Januar, wurden in zwanzig der vierundzwanzig Provinzen die meisten kriminellen Gewalttaten verzeichnet: Anzünden von Fahrzeugen, Zün-

den von Bomben, Entführung von Polizeibeamten, Festnahme von Gefängniswärtern, versuchte Plünderungen und, als wichtigstes Ereignis, die Beschlagnahme der Einrichtungen von TC Television in Guayaquil. Eine intensive Informationskampagne mit Fotos, Videos und *Fake News* in den sozialen Netzwerken verstärkte diese Ereignisse und versetzte die Bevölkerung in Angst und Schrecken und vermittelte den Eindruck, dass die Situation außer Kontrolle geraten war. Die Regierung reagierte mit dem Erlass 111, der das Vorhandensein eines „landesweiten bewaffneten Konflikts“ erklärte und den Streitkräften den Kampf gegen kriminelle Gruppen übertrug, die den Status von terroristischen Gruppen erhielten. Siebenundzwanzig Gruppen wurden als solche eingestuft.

Alle bürgerlichen politischen Kräfte bekundeten ihre Unterstützung für die Regierung im Namen der „nationalen Einheit und der Verteidigung des Landes“. Auf internationaler Ebene boten mehrere Länder ihre Hilfe bei der Bewältigung der Situation an; die US-Regierung ließ es sich natürlich nicht nehmen, ihre „Bereitschaft zur Zusammenarbeit“ zu verkünden, hinter der die Absicht steht, Ecuador zu einem Instrument ihrer Sicherheitspolitik zu machen. Kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt des Präsidenten unterzeichnete Lasso ein Abkommen mit diesem Land, das es den US-Truppen ermöglicht, im Falle eines schweren Konflikts auf unserem Territorium zu agieren. Mitten in dieser kritischen Situation wurde dieses Abkommen vom Verfassungsgericht gekippt.

Die Erklärung, dass „ein bewaffneter Konflikt im Land herrscht“, und die Anweisung an die Streitkräfte und die Polizei, tödliche Waffen einzusetzen, veränderten die Wahrnehmung des Regierungshandlens in der Bevölkerung. Eine in Panik geratene Bevölkerung nimmt die im Vordergrund stehende „geglückte“ Politik leicht als richtig an. Die reaktionärsten politischen Organisationen des Landes haben diese Art von Maßnahmen stets befürwortet, beklatscht und ihre Forderung nach härteren strafrechtlichen Sanktionen verstärkt.

Unsere Partei warnte vor der Existenz eines Plans, die Staatstätigkeit weiter nach rechts zu verlagern, was einer von der US-Botschaft festgelegten Politik entspricht, die in Abstimmung mit den Regierungen von Lenin Moreno, Guillermo Lasso und heute Daniel Noboa ausgearbeitet wurde. Diese Politik wird in dem sogenannten „Plan Ecuador“ zusammengefasst.

Diese schwere Zeit in unserem Land, der Schock, in

³ Nach offiziellen Angaben ist die Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 2024 gestiegen. Zwischen Januar und April dieses Jahres überstieg die Zahl der Entlassungsverträge die Zahl der neu abgeschlossenen Arbeitsverträge um mehr als 67.000.

den die Bevölkerung gestürzt wurde, wurde von der neoliberalen Bourgeoisie ausgenutzt, um von der Notwendigkeit dringender wirtschaftlicher Maßnahmen zu sprechen, wie die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 15 %, die Erhöhung der Kraftstoffpreise (durch die Abschaffung der derzeitigen Subventionen) und die Privatisierung einiger Unternehmen. Diese Maßnahmen werden schon seit mehreren Jahren von den Konzernen vorgeschlagen, aber ihre Umsetzung wurde durch den Kampf und den Widerstand der Arbeiter und des Volkes verhindert.

Die damals durchgeföhrten Meinungsumfragen zeigten, dass zwischen 80 % und 84 % der Bevölkerung die Regierung des Präsidenten unterstützten, insbesondere bei der Bekämpfung der Kriminalität. Politisches Kalkül veranlasste die Regierung zu der Ansicht, dass dies der beste Zeitpunkt sei, um Noboas Image vor den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr zu festigen und die neoliberalen Inhalte seines wirtschaftspolitischen Programms durchzusetzen. Während des Wahlkampfs kündigte Noboa an, er werde ein Referendum über Themen ansetzen, die der Armee und der Polizei mehr Befugnisse bei der Verbrechensbekämpfung geben würden. Seinen Berechnungen zufolge würde dies die Einföhrung anderer Themen ermöglichen, die von den Wirtschaftsorganisationen gewünscht werden.

Volksreferendum: Eine Fehleinschätzung

Nach einigen rechtlichen Änderungen wurden im Referendum elf Fragen vorgelegt. Sieben davon standen in direktem Zusammenhang mit der Tätigkeit der Armee und der Polizei im Kampf gegen das Verbrechen, eine führte eine kleine Reform des Justizsystems ein, eine andere legte eine Verfassungsreform fest, um die Auslieferung von Ecuadorianern zu ermöglichen, die von anderen Ländern gesucht werden und mit der transnationalen Organisation in Verbindung stehen, und zwei, die aus der Sicht unserer Partei und anderer linker politischer Organisationen und der Volksbewegung von größtem Interesse für die Großbourgeoisie, die internationalen Monopole und Organisationen wie dem IWF waren.

Diese Fragen betrafen direkte Verfassungsreformen und zielten darauf ab, die stundenweise Anstellung von Arbeitskräften und befristete Arbeitsverhältnisse einzuföhren sowie die Anerkennung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit in Fragen der Auslandsinvestitionen und des internationalen Handels. Verbrechen⁴ und

⁴ „Die Auslieferung wird nicht für politische und damit zusammenhängende Straftaten gewährt, mit Ausnahme von Terrorismus, Verbre-

zwei, die aus der Sicht unserer Partei und anderer linker politischer Organisationen und der Volksbewegung von größtem Interesse für die Großindustrie, die internationales Monopole und Organisationen wie den IWF waren.⁵ Diese Fragen betrafen direkte Verfassungsreformen und zielten darauf ab, die stundenweise Anstellung von Arbeitskräften und befristete Arbeit einzuföhren und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit in Fragen der Auslandsinvestitionen und des internationalen Handels anzuerkennen.

Bei diesen beiden Anfragen ging es unmittelbar um die Klasseninteressen der Eigentümer des großen lokalen und internationalen Kapitals, deren Annahme einen harten Schlag gegen die Rechte der Arbeitnehmer und des Volkes und eine schwerwiegende Beeinträchtigung der Souveränität des Landes bedeutet hätte. Die Partei konzentrierte alle ihre Bemühungen darauf, die hinter den beiden Anfragen stehenden Absichten anzuprangern und ihre Annahme zu verhindern; wir riefen dazu auf, bei den Anfragen in den Feldern D und E mit Nein zu stimmen.⁶

Wir begannen eine Diskussion, in der wir die versteckten Interessen der Großunternehmer und den Versuch der Wiederwahl Noboas entlarvten und dabei unter anderem folgende Punkte behandelten:

- Das Referendum ist informell, es löst nicht die Hauptprobleme der Arbeitnehmer und des Volkes.
- Wir sind uns einig, dass die Sicherheit gewährleistet werden muss; wir fordern Anstand und die Verteidigung der Souveränität des Landes.
- Stundenvertrag=Unternehmer machen mehr Gewinn.
- Internationale Schiedsgerichtsbarkeit = ausländische Unternehmen mit ihren eigenen Richtern.
- Wir zeigten, dass die Politik der Regierung die Unternehmer begünstigt (Schuldenerlass, Steuererleichterungen) und wie sie sich auf die Bevölkerung auswirkt (Mehrwertsteuererhöhung, Haushaltskürzungen),
- keine Investitionen in öffentliche Bauten, Tausende von jungen Menschen ohne Zugang zu höherer

chen gegen die Menschlichkeit und anderen in internationalen Konventionen festgelegten Straftaten“, heißt es in der Änderung.

⁵ Zu den „Verpflichtungen“ der ecuadorianischen Regierung gegenüber dem IWF gehörten die Einföhrung regressiver Arbeitsreformen und die Anerkennung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit in Fragen der Auslandsinvestitionen und des internationalen Handels.

⁶ Frage D zur internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, Frage E zu den Lohnkosten

Bildung, Krise der Sozialversicherungsanstalt usw.) - Welche Maßnahmen sollten ergriffen werden, um die ökologische Krise zu bewältigen und die materiellen Probleme der Menschen zu lösen?

Noboa, die Großunternehmer und die Rechten glaubten, dass sie die Menschen für ein JA in allen Fragen gewinnen könnten, wenn sie den Aufruf „Wählt, um die Sicherheit zu garantieren“ in den Mittelpunkt ihres Diskurses stellten und diejenigen, die für das NEIN stimmten, als Unterstützer der Drogenhändler beschimpfen würden. Das Volk stimmte für die Regierung, um die Sicherheit zu garantieren, aber es unterstützte nicht die Fragen, die ihrem neoliberalen Programm entsprachen.

Zuvor wurde den Arbeitnehmern und der Bevölkerung vor Augen geführt, dass der Diskurs der Regierung über den angeblichen Aufbau eines „neuen Ecuador“ eine Sache ist, die Realität, in der sie leben, jedoch eine andere. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, Löhne, die die Grundbedürfnisse nicht abdecken, die hohen Lebenshaltungskosten (die schon vor der Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 15 % in die Höhe geschnellt waren), Tausende von Kindern und Jugendlichen, die am Rande des Bildungssystems leben, und viele andere Aspekte standen im Widerspruch zur offiziellen Botschaft. Das Image der Regierung und die Unterstützung in der Bevölkerung sanken, und Anfang März waren es zwischen 20 und 25 Punkte. Unsere Partei und ihre Kräfte trugen zu diesem Rückgang bei, indem sie sich mit der Politik der Regierung auseinandersetzten, ihre Aufmerksamkeit für die Forderungen der Bevölkerung einforderten und einen Slogan verbreiteten, der das Verhalten der Regierung zusammenfasst: „Noboa hält sich nicht daran, Noboa lügt“.

Vor dem Hintergrund des Rückgangs der Unterstützung der Bevölkerung für die Regierung und in Kenntnis der Umfragen, die vor einem möglichen Sieg des NEIN bei den Fragen D und E warnten, kam es am 5. April zu einem Polizeieinsatz in der mexikanischen Botschaft in Ecuador. Unsere Partei verurteilte diesen Vorfall sofort und wies darauf hin, dass der ehemalige Vizepräsident Jorge Glas, der sich in der Botschaft versteckt hielt, zwar wegen Korruption inhaftiert werden sollte, aber nichts die Verletzung der mexikanischen Souveränität rechtfertigt. Die rechtsgerichteten Mainstream-Medien haben zusammen mit der Regierung eine Offensive zur Rechtfertigung der Aktion inszeniert.

Noboa strebte einen Staatsstreich an: Er wollte Jorge Glas inhaftieren und das Bild einer Regierung vermitteln, die alles tun würde, um die Korruption zu be-

kämpfen. Was war sein Ziel? Er wollte sein persönliches Image angesichts des Referendums vom 21. April und der Wahlen 2025 wiederherstellen, ungeachtet der schwerwiegenden wirtschaftlichen und politischen Folgen, die dies haben würde.⁷

Ein solch abscheuliches politisches Manöver konnte jedoch den Trend zugunsten des NEIN zu den Fragen D und E nicht umkehren, die schließlich 65 % bzw. 70 % Nein-Stimmen erhielten.

Ein politischer Sieg der Arbeiter und des Volkes

Die Ergebnisse des Referendums sind ein überragender Erfolg des Volkes, der demokratischen und linken Tendenz. Unsere Partei und ihre Kräfte, die Volkseinheit, die Volksfront und ihre Mitgliedsorganisationen haben wesentlich zu diesen Ergebnissen beigetragen. Es sei darauf hingewiesen, dass dies die einzigen Organisationen waren, die ausdrücklich zu einem NEIN bei den beiden genannten Fragen aufgerufen haben, während andere Organisationen wie CONAIE, Pachakutik und die Pro-Correa-Kräfte sich für ein NEIN bei den elf Fragen eingesetzt haben.

Noboa, die Wirtschaftskonzerne, die Mainstream-Medien, die Rechte und die Politik des IWF haben eine schwere Niederlage erlitten. Die Regierung hat nur langsam auf die Ergebnisse reagiert und versucht nun, sich als Sieger zu präsentieren, denn bei neun der elf Fragen hat das JA gewonnen, aber bei den grundlegenden Fragen hat es eine Niederlage erlitten. Es macht Sinn, dass das Volk für die Fragen gestimmt hat, die sich auf die Maßnahmen der Armee und der Polizei zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens bezogen. Wir selbst haben erklärt, dass wir für Sicherheit sind. Jetzt fordern wir, dass die Regierung Frieden und Ruhe garantiert. Sie hat keine Entschuldigung, dies nicht zu tun.

Diese Ergebnisse zeigen, dass es einen wichtigen Teil der Bevölkerung gibt, der die neoliberalen Politik ablehnt und sie als schädlich für das Volk und das Land und als vorteilhaft für das Großkapital bezeichnet. Die Arbeiter sind nicht in die Falle getappt; sie haben verstanden, dass der Kampf für die Sicherheit eine Sache ist und das Zulassen von volksfeindlicher Politik, von Angriffen auf die Souveränität des Landes und von neoliberalen Maßnahmen, die von den herrschenden Klassen ersehnt werden, eine ganz andere Sache.

⁷ Die mexikanische Regierung brach die internationalen Beziehungen zu Ecuador ab und beantragte beim Internationalen Gerichtshof Sanktionen, darunter die Suspendierung Ecuadors als Mitglied der UNO.

Der Erfolg unserer Politik in diesem wichtigen Kampf ist darauf zurückzuführen, dass wir das politische Szenario und die Ziele der Regierung und der Konzerne richtig interpretiert haben. Wir haben uns auf die Stimmung der Massen eingestellt. Wir haben die richtigen Maßnahmen zur Vorbereitung und Förderung dieses politischen Kampfes ergriffen. Wir haben die politische Initiative ergriffen und die Rolle der Vorhut gespielt.

Nach diesem Referendum hat sich im Land ein neues politisches Szenario herausgebildet; es gibt ein neues Gleichgewicht der sozialen und politischen Kräfte: Das Image von Noboa und seiner Regierung ist angekratzt. Er kann nicht sagen, dass er die volle Unterstützung der Bevölkerung hat. Die politische Stärke der Sekto- ren, die gegen die neoliberalen Politik sind, ist deutlich. Die linken politischen Kräfte, wie die Volkseinheit, und die Volksorganisationen wie die UNE, UGTE und die Volksfront, werden von der Bevölkerung besser gese- hen. Unter den Arbeitern und dem Volk wächst das Vertrauen, sich der volksfeindlichen Politik der Regie- rung entgegenzustellen; der „Fall Glas und die mexikanische Botschaft“ zwangen die Pro-Correa-Kräfte, den regierenden Block zu verlassen und ihre Opposition zur Regierung zu erklären, was den Verlust ihrer parlamen- tarischen Mehrheit bedeutet. Die innerbürgerlichen Widersprüche verschärfen sich ebenfalls; Noboas Wie- derwahlprojekt hat keinen „freien Lauf“, wie man vor dem Referendum dachte.

Der Massenkampf muss weitergehen

Die kriminellen Handlungen gehen weiter, die schwer- wiegenden Probleme im Zusammenhang mit den Le- bensbedingungen der Arbeiter und der Bevölkerung sind nicht gelöst, der Spielraum für politische Manöver der Regierung ist kleiner geworden. Zu all dem kommt noch ein sehr komplexes Problem hinzu: die Wirt- schaftskrise.

Der IWF hat in seiner letzten Aktualisierung der Aus- sichten für das Wirtschaftswachstum festgestellt, dass Ecuador im Jahr 2024 ein Wachstum von 0,1 % haben wird. Der Haushalt wird ein Defizit von etwa zehn Mil- liarden Dollar aufweisen. Der IWF hat ein Darlehen in Höhe von vier Milliarden Dollar angeboten (unter der Bedingung, dass Maßnahmen wie Privatisierungen, Er- höhungen der Treibstoffpreise und Reformen der Sozi- alversicherung durchgeführt werden), wovon 80 % für die Zahlung der Zinsen für die Auslandsschulden ver- wendet werden. Armut und Arbeitslosigkeit nehmen zu. Die Unfähigkeit der Regierung hat es nicht möglich gemacht, die bekannten Krisenherde wie die Energie- krise zu bewältigen. Die Unzufriedenheit wächst.

Die im Referendum gewonnene politische Schlacht ist sehr wichtig, aber neue Aktionen und neue Kämpfe liegen noch vor uns. Die Regierung und das Großkapi- tal werden ihr neoliberalen wirtschaftspolitisches Pro- gramm nicht aufgeben. Niemand senkt seine Fahnen. So ist der Klassenkampf. Wir haben gesagt: Wir haben gewonnen, aber der Kampf geht weiter!

Ecuador, Mai 2024

MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI ECUADORS (PCMLE)

FRANKREICH

Aufstieg der Reaktion, Faschisierung und Kampf für den revolutionären Bruch mit dem kapitalistisch-imperialistischen System

In der Arbeiterklasse, den unteren Schichten, in der Jugend sind viele besorgt über den ständigen Ausbau des Polizeistaats, den zunehmend repressiven Charakter der Institutionen, die immer stärkere Militarisierung der Gesellschaft und den Stimmenzuwachs von Wahl zu Wahl für die extremen Rechte!

Man muss diese Phänomene so objektiv wie möglich analysieren und verstehen, was die treibenden Kräfte dahinter sind.

Die Tendenz zu immer mehr Reaktion ist eines der Merkmale des kapitalistischen Systems im Stadium des Imperialismus: Es ist eine sich beschleunigende Tendenz, die sowohl seine wirtschaftliche Basis - mit einer Stärkung der Position der aggressivsten Monopole - als auch seinen Überbau betrifft, d. h. die staatlichen Institutionen, die politischen Gruppierungen und die reaktionären Ideen, die sich breitmachen.

Diese Tendenz zur Reaktion in allen Bereichen, die mit einem Anstieg der rechtsextremen Parteien einhergeht,

betrifft alle westlichen „Demokratien“: auf dem amerikanischen Kontinent mit Trump, Bolsonaro, Javier Milei ..., aber auch in der Europäischen Union.

In diesem Artikel konzentrieren wir uns darauf, die Elemente zu nennen, die diesen Prozess in Frankreich charakterisieren. Um ihn zu beschreiben, sprechen wir von „Faschisierung“, wobei wir darauf achten, „Faschisierung“ nicht mit „Faschismus“ zu verwechseln.

Um diesen Prozess zu verstehen, müssen zwei Hauptelemente berücksichtigt werden: die Schwierigkeiten des französischen Imperialismus, der die Last seiner Krise auf den Rücken der Arbeiterklasse und der Volksmassen abwälzen will, und eine Radikalisierung der verschiedenen Kämpfe der Arbeiterklasse und anderer Schichten des Volks.

Die Nostalgie der „Größe Frankreichs“

Aufgrund seiner strukturellen Schwächen kann der französische Imperialismus der allgemeinen Krise des kapitalistisch-imperialistischen Systems weniger gut

standhalten und fällt hinter andere konkurrierende imperialistische Mächte zurück. Seine Verankerung in der Europäischen Union ist ein wichtiges Mittel, um im Rennen zu bleiben, aber sein Gewicht innerhalb dieses imperialistischen Gebildes ist geschwächt.

In Afrika hat der französische Imperialismus bittere politische und militärische Niederlagen erlitten. In Mali, Burkina Faso, Niger usw. stieß er auf den Appetit anderer Imperialisten, **vor allem aber auf die Wut der Völker, die seine wirtschaftliche Dominanz und die Präsenz seiner Armee ablehnen.**

Die Völker der französischen Kolonien und Neokolonien (¹) erheben sich zunehmend gegen die Unterdrückung, der sie ausgesetzt sind. Die koloniale Krise spitzt sich in Kanaky-Neukaledonien, Martinique und Guadeloupe, Mayotte usw. zu.

Dieser relative, aber sehr reale Niedergang findet seine ideologische und politische Widerspiegelung insbesondere im nationalistischen und ultrareaktionären Diskurs der extremen Rechten, die dafür die Einwanderer und noch genauer die Muslime verantwortlich machen will. Aber nicht nur sie.

Macrons Aufrufe zur „Regeneration“ und zum „Zusammenhalt der Nation“.

Die starken Verweise auf die „Wiederbewaffnung“ in den Reden Macrons sind kein Zufall. Es handelt sich zunächst um eine Aufrüstung im wahrsten Sinne des Wortes, die mit einer immer stärkeren Militarisierung der Gesellschaft und der Wirtschaft einhergeht. Aber diese Art von Rede, die seit Anfang des Jahres wie ein Leitmotiv wiederkehrt, hat auch eine starke ideologische Dimension. Macron spricht in der Tat von einer notwendigen „staatsbürgerlichen Wiederbewaffnung der Jugend“, mit einem allgegenwärtigen Verweis auf die „Werte der Republik“ und einer ständigen Verherrlichung von „Ordnung“ und „Autorität“.

In diesen Rahmen fallen die Reform der weiterführenden Schule, die einer konservativen und rückwärtsgewandten Vision der Schule entspricht, und die Verallgemeinerung des Allgemeinen Nationaldienstes (SNU), der für die gesamte Altersklasse der 15- bis 16-Jährigen verpflichtend werden soll, d. h. für 800 000 Jugendliche pro Jahr! Es geht nicht darum, zur Wehrpflicht und zum obligatorischen Militärdienst zurückzukehren, die mit der von Chirac Ende der 1990er Jahre eingeleiteten Professionalisierung der Armee abgeschafft wurden, sondern darum, sie zu einer Reserve zu machen, um eine

bestimmte Anzahl von Jugendlichen anzuwerben und im weiteren Sinne die Köpfe auf „Konflikte hoher Intensität“ (wie den interimperialistischen Krieg in der Ukraine) vorzubereiten, indem die reaktionären Werte der Armee und der imperialistischen „Nation“ entwickelt werden.

Die Angst vor den „gefährlichen Klassen“

Die Unruhen vom Juni 2023, die nach dem Tod eines Jugendlichen, der bei einer Polizeikontrolle getötet wurde, in den Arbeitervierteln aufflammten, werden von der Regierung mit reinem Vandalismus gleichgesetzt, für den keine soziale Entschuldigung gesucht werden darf, obwohl die Jugendlichen aus vernachlässigten Vierteln stammten. Die einzige Antwort ist eine polizeiliche, militärische und gerichtliche Behandlung dieser Revolten.

Eine der Reaktionen auf die „Gelbwesten“-Bewegung war das Vandalismus-Gesetz von 2019.

Gewerkschafter, die an den Mobilisierungen gegen die Rentenreform 2023 teilgenommen haben, werden strafrechtlich verfolgt, weil sie angeblich illegale Aktionen wie z. B. Stromsperrungen gegen Unternehmen begangen haben sollen.

Um der Solidarität einer breiten Bevölkerung mit dem palästinensischen Volk entgegenzuwirken, wurden in jüngster Zeit Demonstrationen und Kundgebungen verboten. Der Generalsekretär der Bezirksgewerkschaft des Departements Nord der CGT wurde am 23. Oktober 2023 in seinem Haus festgenommen, in Polizeigewahrsam genommen und wegen „Verherrlichung des Terrorismus“ und „Aufstachelung zum Rassenhass“ vor Gericht gestellt, nachdem er in einer Pressemitteilung die israelische Militärintervention in Gaza verurteilt hatte.

Die polizeiliche und juristische Hetze richtet sich auch gegen Umweltaktivisten oder Bauern und ihre Vereinigungen, die sich gegen teure und umweltschädigende Großprojekte engagieren, deren einzige Profiteure die Monopole des Baugewerbes oder das Agrobusiness sind.

Organisationen, die sich für demokratische, gewerkschaftliche Freiheiten und das Recht, sich in Vereinigungen zu organisieren, einsetzen, werden kriminalisiert, finanziell und rechtlich „unterdrückt“.

In diesem Kontext der Verschärfung des Klassenkampfes, des Willens, den Widerstand der Arbeiter und des Volkes zu brechen, und der Stärkung des Polizeistaates ist die Zunahme der Sicherheitsgesetze zu sehen, die die öffentlichen und individuellen Freiheiten angreifen.

1 Martinique, Guadeloupe, Neukaledonien-Kanaky, Réunion, Mayotte, Guyana, Französisch-Polynesien...

Sicherheitsgesetze und Massenüberwachung

Mit dem Gesetz vom 30. Oktober 2017 „über die innere Sicherheit und den Kampf gegen den Terrorismus“ wurden Bestimmungen, die bis dahin dem Ausnahmezustand vorbehalten waren, in das allgemeine Recht übernommen: die Möglichkeit, Schutzzonen einzurichten, Kultstätten administrativ zu schließen, Überwachungsmaßnahmen gegen jede Person einzuführen, die eine ernsthafte Bedrohung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellen kann, ihre Bewegungsfreiheit einzuschränken, sie von Demonstrationen auszuschließen usw. Es wurde 2021 durch ein Gesetz ergänzt, das die Mittel zur Kontrolle und Überwachung der digitalen Kommunikation und Verbindungen stärken soll.

Der Ausbruch von Covid 19, dessen Realität nicht geleugnet werden soll, war Anlass für eine umfassende soziale und polizeiliche Kontrolle über einen langen Zeitraum hinweg. Sie ging einher mit der Entwicklung eines ganzen technologischen Überwachungssystems auf der Grundlage von Kameras, Sensoren und elektronischer Überwachung. Mit der Ausrichtung der Olympischen Spiele wird diese Massenüberwachung unter dem Deckmantel der Sicherheit eine noch größere Dimension annehmen, verbunden mit der Möglichkeit, Menschenmassen zu kanalisieren. Dieser starke Trend verstärkt das wirtschaftliche Gewicht und die Einfluss- und Manipulationsmacht der Monopole, die die verwendeten elektronischen Mittel herstellen und kontrollieren.

Die Diskreditierung der parlamentarischen bürgerlichen Demokratie

Der Stimmenzuwachs der extremen Rechten bei Wahlen ist nicht zu leugnen, aber vor allem die Wahlenthaltung ist das vorherrschende Phänomen in der Arbeiterklasse und unter der Jugend der unteren Schichten.

Die Kluft zwischen den repräsentativen Institutionen der bürgerlichen Demokratie und der Bevölkerung wird immer größer. Diese Diskreditierung betrifft auch alle politischen Kräfte, die danach streben, die Geschäfte im Rahmen dieser Institutionen zu führen, die immer undemokratischer erscheinen.

Um ihre Sparhaushalte und die zutiefst arbeiter- und volksfeindliche Gesetze durchzusetzen, hat die Regierung vermehrt auf völlig undemokratische Verfahren zurückgegriffen, die von den Institutionen selbst zugelassen sind, insbesondere Artikel 49.3 der Verfassung. Dies war insbesondere bei der Reform des Rentensystems der Fall, die 2023 Millionen von Demonstranten fast sechs Monate lang auf die Straße brachte.

In Teilen der Arbeiterklasse, der Jugend usw. wächst das Bewusstsein, dass es sich nicht nur um ein Problem politischer Entscheidungen handelt, sondern um ein System, das radikal und von Grund auf verändert werden muss.

Die Verfassung der 5. Republik

Diese Verfassung von 1958 führte ein quasipräsidientielles Regime ein. Im Laufe der Jahre hat sich ihr reaktionärer Charakter verstärkt, sowohl in der Praxis als auch durch verschiedene Verfassungsreformen. Dies ist kein lineares Phänomen, sondern eine Tendenz, die sich durch alle Perioden zieht, auch durch die Jahre, in denen die parlamentarische Mehrheit links war, insbesondere während der Präsidentschaft von François Mitterrand. Sarkozy ging noch weiter und Hollande, der «ein normaler Präsident» sein wollte, hat diesen Trend nicht umgekehrt.



„Die Antwort auf den Putsch des § 49.3 ist ein noch entschlosseneres „Nein“.“

Kundgebung in Paris, nachdem dieser Artikel der Verfassung benutzt wurde, um die Rentenreform durchzudrücken

Die „Normalisierung“ der rechtsextremen Parteien

In dieser Hinsicht unterscheidet sich Frankreich nicht von anderen Ländern.

Die traditionellen bürgerlichen, rechten und sozialdemokratischen Parteien, die durch jahrelange Verwaltung der Interessen der Bourgeoisie und der Monopole auf Kosten der Interessen der Arbeiter und des Volkes zermürbt wurden, sehen einen Teil ihrer Wählerbasis zu den rechtsextremen Parteien abwandern. Diese haben ihre Rhetorik verändert und ihr einen „sozialeren“ Charakter verliehen, obwohl ihr Hauptthema nach wie vor die traditionelle Thematik der Einwanderung ist, die als Bedrohung durch Überflutung, als Quelle von Gewalt

und Unsicherheit für die Bevölkerung dargestellt wird.²

Das «Rassemblement National» von Marine le Pen verfügt über 88 gewählte Vertreter in der Nationalversammlung. Weit davon entfernt, die Mechanismen der bürgerlichen und parlamentarischen Demokratie in Frage zu stellen, nutzt sie diese, indem sie versucht, ihre Fähigkeit zu beweisen, die Geschäfte des Kapitals im Rahmen der bürgerlichen Demokratie zu führen. Dies nennt sie „Entdämonisierung“.

Während sie sich offiziell distanzieren, ziehen sie aber andere, in ihrer Rhetorik radikalere Gruppierungen (wie die Partei von Zemmour und Maréchal-Le Pen) in ihren Sog, darunter auch neofaschistische oder neonazistische Gruppen, die Migranten, Jugendliche und bestimmte Personengruppen wie Homosexuelle angreifen und die auch Aktivisten von Gewerkschaften oder Vereinen attackieren können.

Die verschiedenen rechtsextremen Gruppierungen sind in den sozialen Netzwerken sehr aktiv und werden auch von den großen Medien stark repräsentiert. Fernsehsender wie *Cnews*, Radiosender wie *Europe 1* und Wochenzeitungen wie *Le journal du dimanche* sind zu fast offiziellen Sprachrohren der extremen Rechten geworden.

Die Kontrolle der Monopole über die Medien

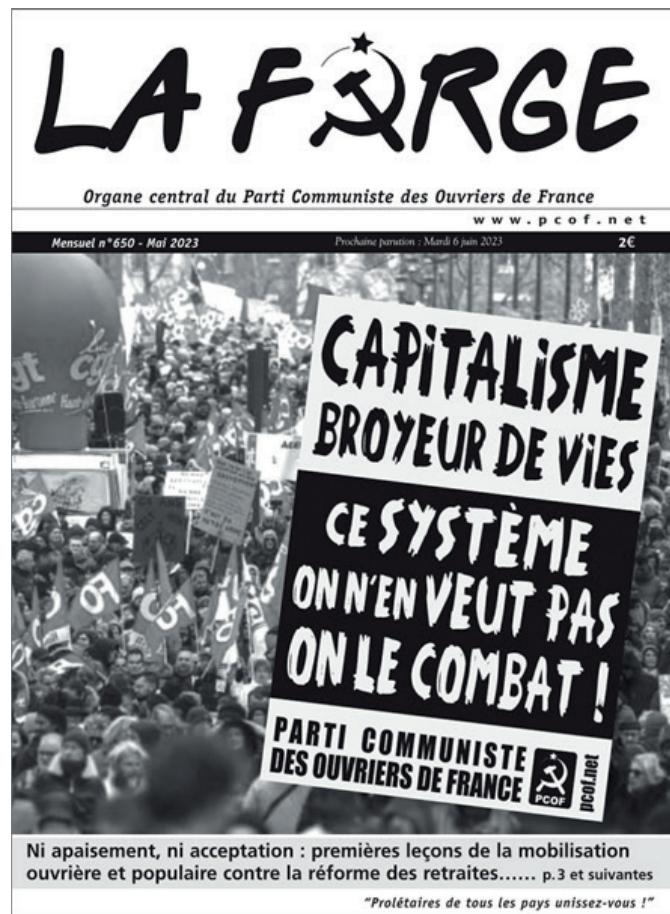
Die Printmedien sowie die audiovisuellen und digitalen Medien werden ausnahmslos von großen Monopolen kontrolliert: Martin Bouygues hat an der Spitze seines Konzerns Bâtiment-Travaux publics die Hand über den Fernsehsender *TF1*; Bernard Arnaud an der Spitze des Luxusgüterkonzerns LVMH besitzt die Tageszeitung *Le Parisien* und mehrere Wirtschaftszeitungen wie *Les Echos*. Rodolphe Saadé von der Compagnie générale maritime (CMA CGM) hat gerade den Nachrichtensender *BFM TV*, den Radiosender *RMC* und die Tageszeitung *Libération* erworben... *Cnews*, *Europe 1* und *Le journal du dimanche* gehören Bolloré, der Männer an die Spitze der Redaktionen setzt, die sich offen zur extremen Rechten bekennen.

Warum unterscheiden wir zwischen „Faschisierung“ und „Faschismus“?

Auf dem Kongress der Kommunistischen Internationale warnte G. Dimitroff vor der faschistischen Gefahr: „Die imperialistischen Kreise suchen die ganze Last der Krise auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. *Dazu*

² Ihr virulenter antimuslimischer Rassismus hat den Antisemitismus weitgehend verdrängt, obwohl dieser in all diesen Parteien tiefe historische Wurzeln hat: Einige sind heute frenetische Unterstützer der israelischen Politik in ihrem „Krieg gegen den islamistischen Terrorismus“.

brauchen sie den Faschismus.“ [Hervorhebung durch Dimitroff; Bericht auf dem 7. Weltkongress der Komintern, 2.8.1935]. Er stellte klar: „Der Machtantritt des Faschismus ist *keine einfache Ersetzung* der einen bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern eine *Ablösung* der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie - der bürgerlichen Demokratie - durch eine andere Form - durch die offene terroristische Diktatur.“ (ebenda) Gleichzeitig betonte er die Gefahr durch „die *Unterschätzung* der Bedeutung, die die gegenwärtig in den Ländern der bürgerlichen Demokratie sich verschärfenden reaktionären Maßnahmen für die Aufrichtung der faschistischen Diktatur haben, jene Maßnahmen, die die demokratischen Freiheiten der Werktätigen unterdrücken, die Rechte des Parlaments fälschen und beschneiden, die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die revolutionäre Bewegung verschärfen.“ (ebenda)



Diesen Prozess, der sich im Rahmen der bürgerlichen Demokratien entwickelt, bezeichnen wir als „Faschisierung“. Es ist wichtig, ihn nicht mit seinem Endpunkt - dem Faschismus - zu verwechseln. Wer hier Verwirrung stiftet oder andeutet, dass wir am Vorabend einer erklärten terroristischen Diktatur stehen, verschleiert ein wichtiges Element: den Widerstand der Arbeiter und des Volkes. Das schürt auch Illusionen über die

„Bollwerke“, die liberale, sozialliberale oder sogenannte „republikanische“ rechte Parteien darstellen könnten.

Der wahre Damm gegen die Reaktion ist der, der von der Arbeiterklasse, den Volksmassen und den Völkern errichtet wird

Die von der extremen Rechten genährten Diskurse werden auf der Ebene der Rechten und der Regierung aufgegriffen - wie man beim Einwanderungsgesetz gesehen hat, das die Partei von Marine le Pen als „ideologischen Sieg“ ihres Lagers begrüßte. Sie verbreiten sich in einigen Teilen der Gesellschaft, aber sie sind weit davon entfernt, die gesamte Gesellschaft zu erreichen. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen, in der Pflege, das Bildungspersonal, die Beschäftigten im Handel oder in der Lebensmittelindustrie, die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Metallindustrie, in kleinen und größeren Betrieben, die Eisenbahner, die Fernfahrer, ein Teil der Bauern ... stellen nicht die Frage der „verlorenen Größe Frankreichs“. Sie fordern bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, um die steigenden Lebenshaltungskosten und die untragbaren Ausgaben zu bewältigen. Viele junge Menschen mobilisieren sich gegen rechtsextreme Ideen und Formationen. In all die-

sen Kämpfen wird das Klassenbewusstsein geformt, die Solidarität unter den Ausgebeuteten aufgebaut und das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines totalen Bruchs mit dem System geweckt.

Die Tendenz zu immer mehr Reaktion liegt im kapitalistisch-imperialistischen System selbst. Deshalb muss der Kampf gegen die Faschisierung, ebenso wie der Kampf gegen den Krieg oder der Kampf gegen die Ausbeutung, mit dem Kampf gegen das kapitalistisch-imperialistische System verbunden werden. In allen Mobilisierungen - gewerkschaftlich, demokratisch, antiimperialistisch ... - und deshalb arbeitet unsere Partei daran, das Bewusstsein für die Notwendigkeit und die Möglichkeit eines Bruchs mit diesem lebenszerstörenden, die Menschheit und den Planeten zerstörenden System wachsen zu lassen! In diesem Wettlauf mit der Reaktion ist es lebenswichtig, die Partei der Arbeiterklasse und fortschrittliche Massenorganisationen zu stärken, die Einheit zwischen der Arbeiterklasse und den anderen Schichten der Volksmassen zu festigen und die Solidarität mit den Arbeitern und Völkern, die für ihre Emanzipation kämpfen, auszubauen.

März 2024

KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI FRANKREICHS - PCOF

ITALIEN

Gegen Multipolarismus, für proletarischen Internationalismus

Die Erweiterung der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) durch die Aufnahme von Ägypten, Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, die auf dem 15. Gipfel in Johannesburg festgeschrieben wurde, hat den Trompeten der Verfechter einer „multipolaren Welt“ neuen Atem eingehaucht.

Multipolarismus ist ein grundlegendes Konzept der bürgerlichen Geopolitik, das im Gegensatz zum Konzept des Unipolarismus steht, das zu Beginn der 1990er Jahre von Apologeten der „uralten“ Hegemonie des US-Imperialismus wie Charles Krauthammer und Francis Fukuyama populär gemacht wurde.

Das Konzept des Unipolarismus geriet in die Krise, nachdem die imperialistische Supermacht USA Positionen verloren hatte und das imperialistische China aufstieg, wodurch sich das globale Kräftegleichgewicht veränderte.

Multipolarismus ist also ein Konzept, das den struktu-

rellen Niedergang der Macht der USA und den wirtschaftlichen und finanziellen Aufstieg Chinas und anderer imperialistischer und kapitalistischer Länder auf der internationalen Bühne widerspiegelt.

Die grundlegenden Merkmale des multipolaren Modells sind:

1. Pluralität der Machtzentren: mehrere internationale Mächte mit politischem, wirtschaftlichem oder militärischem Einfluss auf regionaler oder globaler Ebene.
2. Gleichgewicht der Macht: basierend auf der Idee eines Systems, in dem mehrere Mächte einen ausgewogenen Einfluss ausüben und die Dominanz einer einzigen Weltmacht vermieden wird.
3. Kampf um kulturelle und politische Hegemonie: Jedes Machtzentrum hat seine eigene kulturelle, politische und wirtschaftliche Identität, die die globale Dynamik beeinflusst.

4. Gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Zentren: Diese Akteure interagieren in verschiedenen Bereichen wie Handel, Sicherheit und Diplomatie miteinander, wodurch komplexe Beziehungen und Verflechtungen entstehen.
5. Management der internationalen Beziehungen: Das Vorhandensein mehrerer Machtzentren macht das Management der internationalen Beziehungen komplexer und erfordert eine vielseitigere und ausgewogene Diplomatie sowie eine polyzentrische Weltordnungspolitik.

Zu den führenden Theoretikern des Multipolarismus gehören Kenneth Waltz, John Mearsheimer und Robert Kagan.

Einige der Akademiker, die die Theorie des Multipolarismus entwickelt haben, sind der australische Sinologe Wang Gungwu, der chinesische Chauvinist Yan Xuetong und der Theoretiker der „soft power“ Zheng Bijian.

In Russland befürwortet der Erzreaktionär Aleksandr Dugin das System des Multipolarismus als Alternative zur US-amerikanischen Dominanz.

Andere bürgerliche Theoretiker in Indien, Brasilien und einigen Ländern der Europäischen Union befürworten ebenfalls eine multipolare Weltordnung, um eine gerechtere Verteilung der globalen Macht zu gewährleisten.

In Italien ist Lucio Caracciolo (Herausgeber der geopolitischen Zeitschrift *Limes*) ein Verfechter des Multipolarismus und des Gleichgewichts zwischen rivalisierenden imperialistischen Mächten.

Die ideologischen Wurzeln des Multipolarismus

Der Multipolarismus, d. h. das Streben nach einem Modell der internationalen Beziehungen, in dem Konflikte zwischen kapitalistischen und imperialistischen Staaten und Blöcken nebeneinander bestehen und friedlich gelöst werden, ist eine ideologische Waffe und politische Theorie, die darauf abzielt, die Widersprüche des imperialistisch-kapitalistischen Systems zu verschleiern und sich dem revolutionären Kampf des Proletariats und der Völker entgegenzustellen.

Kautskys Theorien über internationale Beziehungen und Imperialismus haben einige Konzepte des Multipolarismus beeinflusst.

Kautsky bestritt, dass der Imperialismus die höchste und letzte Entwicklungsstufe des Kapitalismus sei, dess-

sen Wesen auf wirtschaftlicher Ebene der Monopolkapitalismus ist, und argumentierte stattdessen, dass er eine bevorzugte Politik des Finanzkapitals sei.

Diese Definition diente Kautsky dazu, zu zeigen, dass die Imperialisten eine andere Politik betreiben können, eine nicht-imperialistische Politik, die nicht auf Eroberung oder Raub ausgerichtet ist.

Kautsky stellte daher die Theorie auf, dass sich der Kapitalismus bis zu einem Stadium entwickeln könnte, in dem sich die imperialistischen Nationen in einem System gemeinsamer Herrschaft zusammenschließen, anstatt miteinander zu konkurrieren. Dieses Konzept des „Ultraimperialismus“ impliziert eine Art Zusammenarbeit zwischen den herrschenden Mächten zur gemeinsamen Ausbeutung der Welt.

Wie Kautsky trennen die Multipolaristen die Wirtschaft von der Politik. Ihre Thesen dienen dazu, zu zeigen, dass die Imperialisten eine Politik des Friedens und des Fortschritts erreichen können.

Hinter den von den Multipolaristen propagierten Thesen stehen eindeutig die Interessen imperialistischer und kapitalistischer Staaten, insbesondere Chinas und Russlands, die mit diesen Positionen versuchen, sich selbst zu stärken, Kapital mit der attraktiven „Win-Win“-Formel zu exportieren und sich wirtschaftliche, politische und diplomatische Räume zu eröffnen.

Der Multipolarismus beschönigt den Imperialismus (wenn er ihn nicht leugnet) und verschleiert seine tiefen Widersprüche; er versucht, das Proletariat mit der Bourgeoisie und ihren Staatsapparaten und Kollaborateuren zu versöhnen. Diese politische Theorie untergräbt den Kampf gegen den Imperialismus und den proletarischen Internationalismus, macht das Proletariat passiv und lenkt es vom revolutionären Kampf für den Sozialismus ab, verzögert das Bewusstsein der Massen und die Fähigkeit des Kampfes der Arbeiterklasse, den Lauf der Geschichte zu bestimmen.

Insbesondere im russischen und chinesischen Modell des Multipolarismus werden sowohl die „Chruschtschowsche friedliche Koexistenz“ als auch die „Theorie der drei Welten“ erneuert, mit der die grundlegenden Widersprüche unserer Epoche gelegnet werden.

Die Vorstellung einer multipolaren Welt, die auf Gleichgewicht, Entspannung und „ewigem Frieden“ zwischen den Großmächten beruht, ist nicht nur eine falsche Hoffnung, sondern eine völlige Absage an den Leninismus und die historische Funktion des Proletariats.

Diejenigen, die diese Positionen vertreten, haben keine revolutionäre und Klassenperspektive und können sie auch nicht haben, sie haben nichts mit dem proletarischen Internationalismus zu tun, sondern geben die Einheit mit den Imperialisten wieder, insbesondere mit denen, die auf dem Vormarsch sind, und drücken die Koexistenz zwischen den Ausgebeuteten und den Ausbeutern, zwischen den Unterdrückten und den Unterdrückern, den Verzicht auf den revolutionären Kampf aus.

Der Multipolarismus ist nicht einmal anti-neoliberal, da er lediglich die „liberale Globalisierung“ mit westlichen Merkmalen durch eine „liberale Globalisierung“ mit multipolaren (insbesondere chinesischen) Merkmalen ersetzt.

Unserer Ansicht nach entspringt das Konzept einer „multipolaren Welt“ selbst nicht einem wissenschaftlichen Ansatz; es ist der leninistischen Auffassung vom Imperialismus fremd und entgegengesetzt. Dieses Konzept verschleiert die tiefen Widersprüche, die es gibt, indem es sich auf eine uneinheitliche Sicht der aktuellen Situation konzentriert. Es eignet sich für ein illusorisches Modell der internationalen Beziehungen, das auf einer „alternativen“ Architektur zur heutigen beruht. Doch wie sieht die Realität aus?

Heute wird die Welt vom Imperialismus beherrscht, der durch die Hegemonie der imperialistischen Supermacht USA gekennzeichnet ist, die versucht, den Aufstieg anderer imperialistischer Mächte, insbesondere Chinas, zu verhindern.

Wir erleben die allmähliche Erosion der Vorherrschaft des US-Imperialismus, der sich im historischen Niedergang befindet, während das Gesetz der ungleichen Entwicklung eine fortschreitende Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der aufstrebenden imperialistischen Mächte zeigt, die die US-Hegemonie herausfordern.

Der Multipolarismus ist der ideologische und politische Ausdruck der strategischen Interessen dieser Mächte, die eine Position innerhalb des kapitalistisch-imperialistischen Systems fordern, die ihrer wachsenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Stärke entspricht.

Der wirkliche Widerspruch besteht also nicht zwischen „Unipolarität und Multipolarität“, sondern zwischen rivalisierenden imperialistischen Mächten und Monopolen. Die so genannte „multipolare Welt mit Nullsummen-Hegemonie“ ist eine Täuschung, die dazu dient,

den Klassencharakter des imperialistischen Systems zu verbergen und tödliche Illusionen über die Zweckmäßigkeit einer „fortschrittlichen Zusammenarbeit“ und eines „Managements der Gegensätze“ in einer Welt zu verbreiten, die von imperialistischen Mächten beherrscht wird, die untereinander um eine neue Neuauflistung der Welt kämpfen.

Marxismus-Leninismus und Multipolarismus

Während der Marxismus-Leninismus den Kampf für eine Weltrevolution und den Sturz des Kapitalismus zum Aufbau des Sozialismus befürwortet, konzentriert sich der Multipolarismus auf die Koexistenz und das Gleichgewicht zwischen verschiedenen imperialistischen und kapitalistischen Mächten, ohne sich mit den wirtschaftlichen Wurzeln der kapitalistischen Produktionsweise und den daraus resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten, der Ausbeutung der Arbeiter und der Ausplünderung der Ressourcen der Völker auseinanderzusetzen.

Die marxistisch-leninistische Konzeption der sozialen Differenzierung beruht auf der Theorie der Klassen und des Klassenkampfes bis hin zur Anerkennung der Diktatur des Proletariats. Die Rhetorik des Multipolarismus hingegen basiert auf der Beziehung zwischen Staaten, Unterdrückungsapparaten der herrschenden Klassen, hinter denen der Klassenkampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten völlig verborgen ist.

Für die Multipolaristen ist der Klassenkampf nicht die treibende Kraft der Geschichte, der Fortschritt ist nicht das Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse und der Völker, ihres kämpferischen Handelns, das völlig ausgeblendet und geleugnet wird. Im Multipolarismus werden die globalen Beziehungen durch die bürgerliche Klassendynamik und die wirtschaftlichen und militärischen Machtbeziehungen zwischen bürgerlichen Staaten geprägt, die ihre Konflikte im Interesse „aller“ austragen.

Hinter dem Multipolarismus verbirgt sich die Versöhnung der Klassen, der Versuch, den Klassenkampf abzuschwächen und die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker mit eingängigen Formeln zu täuschen.

Hinter der Demagogie, in einer Zeit des internationalen Wandels „geeignete Lösungen“ zu finden, predigt der Multipolarismus die Zusammenarbeit und den sozialen Frieden zwischen den ausgebeuteten und den ausbeutenden Klassen, zwischen unterdrückten und unterdrückenden Ländern, zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen.

Die modernen Revisionisten, insbesondere die chinesischen Revisionisten, leugnen mit ihrer Befürwortung des Multilateralismus den objektiven Charakter der Klassenwidersprüche und vertreten die Auffassung, dass der Imperialismus und der Kapitalismus im Großen und Ganzen, sobald bestimmte „Störungen“ behoben sind, Faktoren für den Fortschritt und den Weltfrieden sind.

Für die modernen Revisionisten - die seit Jahrzehnten das Wesen der revolutionären Klassentheorie und des Klassenkampfes durch bürgerliche Konzepte und Praktiken ersetzt haben - sind nicht die Arbeiterklasse und die Volksmassen die treibende Kraft hinter dem geschichtlichen Prozess und der historischen Aktion.

Die Verfechter des Multipolarismus, die nicht an das revolutionäre Potenzial des Proletariats und der Völker glauben und keine Möglichkeit und Notwendigkeit des revolutionären Bruchs mit dem kapitalistisch-imperialistischen System und des Aufbaus des wissenschaftlichen Sozialismus sehen, fördern und unterstützen lediglich die Aktionen der bürgerlichen Staaten, die nach neuen Machtverhältnissen auf der internationalen Bühne streben.

Der Multipolarismus richtet sich nicht gegen das imperialistische System, sondern gegen ein bestimmtes imperialistisches Land, die USA. Sein Ziel ist nicht die Zerstörung des imperialistischen Systems, sondern seine Erhaltung, nicht die Abschaffung der Ausbeutung von Menschen durch Menschen, nicht die Beendigung der Unterdrückung der Völker, nicht der Sozialismus, sondern nur die Verringerung der Macht der derzeit hegemonialen imperialistischen Macht, eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den imperialistischen Räubern, die das imperialistisch-kapitalistische System intakt hält.

Im Gegensatz zu den Chruschtschowschen Thesen der „friedlichen Koexistenz“ und der maoistischen „Theorie der drei Welten“ wird der Multipolarismus nicht als eine Doktrin im angeblichen Interesse des Proletariats und der Völker dargestellt, nicht als eine opportunistische Version des Klassenkampfes des Proletariats. Es handelt sich um eine von bürgerlichen Intellektuellen erdachte Theorie, die darauf abzielt, ein System prinzipienloser Allianzen mit Imperialisten und Reaktionären unter der Führung der herrschenden Klassen von Staaten zu entwickeln, die versuchen, sich von der US-Hegemonie zu befreien.

Unter dem Banner der „fairen und geordneten globalen Multipolarität“ und der „inklusiven wirtschaftlichen

Globalisierung“ versuchen die chinesischen Imperialisten, die russischen Chauvinisten und alle Arten von Revisionisten, für ihre eigenen Interessen die Revolutionäre mit den Konterrevolutionären, die Antiimperialisten mit den Proimperialisten, die Antifaschisten mit den Faschisten, die Friedensfreunde mit den Kriegstreibern zu vereinen.

Ihr Ziel ist es, die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse zu entthaupten und zu zersetzen, den Klassenkampf des Proletariats in Klassenkollaboration mit den Ausbeutern umzuwandeln, um das Überleben des maroden kapitalistischen Systems zu sichern.

Deshalb müssen sie versuchen, das Proletariat und die Völker davon zu überzeugen, dass die Klassenwidersprüche und die Widersprüche zwischen den imperialistischen und kapitalistischen Mächten im Rahmen des bürgerlichen Systems vereinbar sind, dass die Lösung der bestehenden dramatischen Probleme in einem größeren gegenseitigen Verständnis und einer besseren Zusammenarbeit mit den herrschenden Klassen, in einer Koalition mit der imperialistischen Bourgeoisie, zu finden ist.

Der Multipolarismus stellt die kapitalistischen gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse nicht in Frage, sondern verteidigt sie bis zum Ende. Er spiegelt daher die Interessen der Ausbeuterklassen wider, die zwangsläufig im Widerspruch zu den Forderungen des sozialen Fortschritts stehen. Es handelt sich um eine Methode liberaler Art, die das offensichtliche Ziel verfolgt, das Proletariat davon zu überzeugen, sich mit seinem Zustand als unterdrückte Klasse abzufinden und ein gefügiges Instrument der bürgerlichen Politik zu werden.

Gleichzeitig ist der Multipolarismus die eklatanteste Verweigerung des Prinzips und der Praxis des proletarischen Internationalismus, der durch einen bürgerlichen Nationalismus (chinesisch, russisch, etc.) ersetzt wird. Auf diese Weise wird die Solidarität zwischen den Völkern durch die Unterstützung der Unterdrücker der Völker ersetzt.

Sowohl in ideologischer als auch in praktischer Hinsicht steht der Multipolarismus in antagonistischem Widerspruch zu den Interessen des Proletariats und den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus, die die objektiven Tendenzen der historischen Entwicklung zum Ausdruck bringen.

Mystifikationen und Realitäten

Die Befürworter des Multipolarismus verbreiten verschiedene Argumente, um die Arbeiterklasse und die

Völker von der Richtigkeit ihrer Vorschläge und ihrer Politik zu überzeugen. Sie bedienen sich der Sophisterei und der Mystifizierung, um die Arbeiter und Völker zur Annahme ihrer Thesen zu bewegen, indem sie behaupten, dass die Arbeiter und Völker durch den Multipolarismus, d. h. durch den Schulterschluss mit dem chinesischen und russischen Imperialismus zur Zurückdrängung der internationalen Macht der USA, etwas zu gewinnen hätten.

Unter den Argumenten, die von den Revisionisten und Opportunisten zugunsten des Multipolarismus angeführt werden, finden wir häufig die folgenden: „Es gäbe eine friedlichere, stabilere und wohlhabendere Welt“, Armut und Ungleichheit würden „verringert“, das Überleben der Menschheit und des Planeten würde „gesichert“.

In vielen westlichen Ländern, einschließlich Italien, unterstützt ein Teil der so genannten „antiimperialistischen“ (in Wirklichkeit nur gegen die USA gerichteten) Organisationen Russland und China. Auf den ersten Blick scheint dies ein gewisser Unterschied zum Ersten Weltkrieg zu sein, wo die Opportunisten ihre eigene imperialistische Macht unterstützten. Doch obwohl es sich hier eindeutig um einen politischen Unterschied handelt, arbeiten diese opportunistischen Tendenzen in beiden Fällen (jetzt und im Ersten Weltkrieg) ideo-logisch daran, den Klassenkampf zu vergessen und die werktätigen Massen mit der Bourgeoisie zu vereinen.

Um eine „bessere Welt“ anzustreben, müsste man nach dieser Auffassung nichts weiter tun, als den „schwächeren“ oder den „weniger gefährlichen“ Räuber in den Auseinandersetzungen zwischen den Imperialisten um die Aufteilung der Welt zu unterstützen.

Diese ebenso mystifizierende wie illusorische Sicht der Dinge hat nichts Sozialistisches oder Revolutionäres an sich.

Aufgrund des Gesetzes der ungleichen Entwicklung wird es im imperialistischen System immer einen stärkeren und einen schwächeren Räuber geben, der eine auf dem Vormarsch, der andere im Niedergang, usw. Wenn das Proletariat nach der Methode handeln würde, dem Schwächeren zu helfen, sich auf die Seite des „weniger Gefährlichen“ gegen den Stärkeren und Gefährlicheren zu stellen, würde es immer in Kriege verwickelt werden, wäre es ständig Kanonenfutter in dem Konflikt, der darüber entscheidet, welcher imperialistische Staat und welche Monopolgruppen die Welt beherrschen sollen.

Entgegen der toxischen Propaganda des Multipolarismus schreiten Frieden und Entspannung in Wirklichkeit nicht voran, sondern verschärfen die Rivalität und den Konflikt zwischen den imperialistischen Mächten.

Die „multipolare Welt“ ist das, was China und Russland in erster Linie für ihre imperialistischen Ambitionen zu schaffen versuchen, indem sie die Lüge benutzen, dass sie friedlicher sein wird, ohne Feindschaft zwischen imperialistischen und kapitalistischen Ländern, ohne Aggression gegen Völker usw.; dass es eine „friedliche Koexistenz“ geben wird. Aber ihre Ambitionen unter dem imperialistisch-kapitalistischen System werden sich nur mit militärischer Gewalt durchsetzen können.

Die Epoche des Imperialismus (vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis heute) ist gekennzeichnet durch den Kampf der imperialistischen Großmächte gegeneinander, der in Kriegen mündet, in denen entschieden wird, welche imperialistische Macht an der Spitze ihrer Verbündeten die Hegemonie erlangt.

Heute erleben wir neben dem Niedergang des US-Imperialismus den Aufstieg Chinas, das die Vereinigten Staaten überholen und bis zur Mitte dieses Jahrhunderts zur neuen Hegemonialmacht werden will. Die so genannte „multipolare Welt“ ist also in erster Linie eine Welt der imperialistischen Mächte, die miteinander kollidieren.

Der Übergang zum „Multipolarismus“ ist nicht friedlich. Die BRICS+ bilden keinen Block oder eine Organisation, die eine antiimperialistische Funktion hat, da es sich um eine Vereinigung handelt, die imperialistische Mächte und mehr oder weniger fortgeschrittene kapitalistische Länder umfasst, von denen einige „Länder an der Schwelle“ zum Imperialismus stehen. Der Vormarsch dieser Länder auf der Weltbühne, ihr Versuch, die gegenwärtig bestehende imperialistische Ordnung zu durchbrechen und sich auf den Weg einer unabhängigen Entwicklung zu begeben, wird unweigerlich neue Konflikte und Kriege hervorrufen.

Auch wenn die BRICS+ über eine steigende Wirtschaftskraft (etwa 35 % des weltweiten BIP) und wachsenden politischen Einfluss verfügen, sollten interne Streitigkeiten zwischen diesen Ländern berücksichtigt werden, die durch tiefe Differenzen, unterschiedliche politische Regime, divergierende Ziele und Interessen gekennzeichnet sind, wie sie beispielsweise die Beziehungen zwischen Indien und China in zahlreichen Fragen kennzeichnen. Zu Konflikten kann es vor allem zwischen den stärksten Staaten oder zwischen denjenigen kommen, die an denselben Märkten und Einflussphären inter-

essiert sind, ebenso wie sich die Klassenwidersprüche innerhalb dieser Länder verschärfen.

Die so genannte multipolare Welt ist eine Mystifikation und eine Illusion über eine Welt, die in Wirklichkeit von imperialistischen und kapitalistischen Staaten und Monopolen, die sich gegenseitig bekämpfen, und von erbitterten Klassen- und nationalen Befreiungskämpfen geprägt ist. Die Politik der Multipolarität zielt darauf ab, die Arbeiterbewegung zu desorientieren und sie mit Opportunismus und Sozialchauvinismus zu vereinen, sowohl national als auch international.

Wie lassen sich die Widersprüche zwischen den Räubern ausnutzen?

Die Befürworter des Multipolarismus predigen unter dem Vorwand, Widersprüche auszunutzen, den Zusammenschluss mit den derzeit schwächeren Imperialisten, um sich dem stärkeren Imperialismus entgegenzustellen.

Im Kampf zwischen Banditen, die danach streben, die Arbeiter und Völker auszulösen, zu unterdrücken und auszubeuten, gibt es nichts zu wählen: „Einer ist schlimmer als der andere“, sie sind alle unsere Feinde, und das Ziel der Kommunisten ist es, ihre Widersprüche auszunutzen, nicht um sich auf die Seite eines oder des anderen zu stellen, sondern um sie zu stürzen.

Die Ausnutzung der Widersprüche in den Reihen der Feinde muss zum Wachstum und zur Stärkung der revolutionären Bewegung des Proletariats und der Völker, ihrer revolutionären und unabhängigen Organisationen führen, nicht zu deren Schwächung und Erosion, nicht zur Passivität, wie es die Multipolaristen wollen. Dies muss zu einer immer aktiveren Mobilisierung der revolutionären Kräfte im Kampf gegen den Imperialismus führen, ohne irgendeine Art von Illusion im Proletariat und in den Völkern aufkommen zu lassen.

Die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten als die einzigen zu betrachten und den Widerspruch zwischen Revolution und Konterrevolution, zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu leugnen, das Ausnutzen der Widersprüche im imperialistischen Lager in den Mittelpunkt der eigenen Strategie zu stellen, das Wesentliche zu leugnen - das Wachstum des Bewusstseins, der Organisation und des revolutionären Geistes, die Kampffähigkeit der Massen, die Entwicklung der revolutionären Bewegung der Arbeiter und der Völker - bedeutet, die Vorbereitung der Revolution aufzugeben: All dies steht im völligen Gegensatz zu den Lehren des Marxismus-Leninismus.

Indem er versucht, China und Russland als Verbündete der Proletarier und Völker im angeblichen Kampf gegen den US-amerikanischen und westlichen Imperialismus auszugeben, zeigt der Multipolarismus deutlich seinen pseudo-antiimperialistischen (in Wirklichkeit anti-US) Charakter.

Er ist eine konterrevolutionäre Theorie und Politik, weil er dem Proletariat das strategische Bündnis mit der Monopolbourgeoisie und den aufstrebenden imperialistischen Mächten und damit den Verzicht auf die Revolution predigt.

Er ist auch eine pro-imperialistische Theorie, weil er die neokolonialistische und ausbeuterische Politik der imperialistischen Mächte, die Rivalen der USA sind, rechtfertigt und unterstützt und die Völker Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und Europas dazu aufruft, sich dieser Politik nicht zu widersetzen, unter dem Vorwand, eine „angenehmere Atmosphäre“ zu schaffen.

Der US-Imperialismus ist ein erbitterter, aggressiver, kriegstreiberischer Imperialismus, der sich auf die Stärke des Dollars und der Waffen stützt, um seine hegemoniale Position aufrechtzuerhalten und seine Krallen in alle Regionen und Kontinente zu schlagen.

Das bedeutet keineswegs, dass die anderen Feinde der Arbeiterklasse und der Völker der Welt, der chinesische, russische, japanische, deutsche usw. Imperialismus, friedliebend und antimilitaristisch sind, wie die Verfechter des Multipolarismus behaupten. Solche Thesen sind sehr gefährlich für das Schicksal der Revolution; sie erzeugen Scheuklappen über den nicht-aggressiven, nicht-hegemonialen und nicht-expansionistischen Charakter der anderen imperialistischen Mächte.

Die strategische Aufgabe des Proletariats und der proletarischen Revolution ist es, den Imperialismus zu stürzen und zu Fall zu bringen, nicht nur ein einziges imperialistisches Land.

Für das Proletariat und für jeden Kommunisten, der den Leninismus vollständig verinnerlicht hat, ist der Todfeind auf strategischer Ebene der Weltimperialismus.

Die Praxis hat gezeigt, dass alle imperialistischen Mächte die Feinde der Revolution und des Sozialismus, der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker und Nationen sind, dass sie die Hauptkraft zur Verteidigung der Ausbeutungssysteme sind, die wahre Bedrohung, die darauf abzielt, die Menschheit in einen dritten Weltkrieg zu ziehen.

Diese Wahrheit zu ignorieren, die Gefahr, die von der

einen oder anderen Macht ausgeht, zu unterschätzen und, was noch schlimmer ist, dazu aufzurufen, sich mit der einen Supermacht gegen die andere zu verbünden, sich auf den einen Imperialismus zu verlassen, um den anderen zu bekämpfen, hat katastrophale Folgen und stellt eine große Gefahr für die Zukunft der proletarischen Revolution und die Freiheit der Völker dar.

Der Kampf, den die marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen gegen den Krieg führen, ist nicht getrennt vom Klassenkampf zum Sturz des Systems, das ihn unweigerlich hervorbringt, mit dem Ziel, die allgemeine Front der revolutionären Bewegung aller Länder gegen die globale Front des Imperialismus aufzubauen.

Folglich kann das Motto „die Feinde meiner Feinde sind meine Freunde“ nicht für die imperialistischen und kapitalistischen Mächte gelten, die alle Mittel einsetzen, um die Revolution und den Sozialismus zu sabotieren und in Blut zu ertränken, um das Überleben des derzeitigen barbarischen Systems zu sichern.

China, Russland und andere imperialistische Mächte kämpfen nicht für die Freiheit der Völker und der Arbeiter, sondern um ihre Herrschaft und Ausbeutung über das unterdrückte Proletariat, die Völker und Nationen auszuweiten. Wenn sie gegen den US-Räuber kämpfen, seine Absatzmärkte aushöhlen, seine Positionen und Einflussphären schwächen und ihre eigenen stärken, dann tun sie dies, um ihre Krallen über die Völker auszustrecken. Und sobald die Menschen in einem Land das Joch der einen Supermacht abschütteln, kommt sofort die andere, um es zu ersetzen. Afrika und der Nahe Osten sind ein klarer Beweis dafür.

Es geht also nicht darum, „neutral“ oder „äquidistant“ zu sein, sondern konsequent antiimperialistisch zu sein und als Kommunisten völlig unabhängig von der Bourgeoisie zu handeln.

Schlussfolgerung

Die derzeitigen anti-leninistischen Theorien des Multipolarismus und Multilateralismus zielen darauf ab, die Revolution zu untergraben, den Kampf gegen den Imperialismus auszulöschen, die marxistisch-leninistische Bewegung zu spalten und die Parteien zu bekämpfen, die dem Marxismus-Leninismus und der Sache der sozialistischen Revolution treu bleiben.

Der Versuch, die Situation auf eine „neue“ Art und Weise zu analysieren, die sich von der Lenins und Stalins unterscheidet, und die revolutionäre Strategie zu ändern, an der die kommunistische Bewegung immer festgehalten hat, führt auf einen falschen, antimarxisti-

schen Weg und zur Aufgabe des Kampfes gegen Imperialismus und Revisionismus.

Der einzige Weg, der zum Sieg führt, ist die Treue zum Marxismus-Leninismus, der Kampf gegen alle revisionistischen Abweichungen und den Opportunismus, die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiterklasse und der Völker gegen die Bourgeoisie und den Imperialismus.

Als Kommunisten (Marxisten-Leninisten) müssen wir den Multipolarismus und alle bürgerlichen und revisionistischen ideologischen Mystifikationen offen bekämpfen, die die heutige Realität verbergen oder falsch darstellen, die den Imperialismus und seine Barbarei beschönigen und ihnen keinen Raum lassen.

Die heutige kapitalistisch-imperialistische Welt ist objektiv gesehen zunehmend zersplittert, gespalten und konfliktreich. Die Tatsache, dass einige Länder im Aufschwung sind und andere im Niedergang sind, bedeutet angesichts der ungleichen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung nicht, dass die Welt sicherer ist.

Die ungleiche Entwicklung der kapitalistischen und imperialistischen Länder führt zu einer Verschärfung der Ungleichgewichte innerhalb des derzeitigen Systems. Es gibt Länder, die versuchen, die Situation zu ändern und Märkte, Rohstoffquellen, Transportwege, „Einflussphären“ zu ihren Gunsten umzuverteilen. Um dies zu erreichen, müssen sie zwangsläufig Waffengewalt einsetzen. Allerdings geht der Hauptteil der Gewaltanwendung heute immer noch von den USA aus, die versuchen, an dem festzuhalten, was sie haben. Das Ergebnis sind feindliche Lager und Kriege, die um eine Neuauflistung der Welt geführt werden.

Das Gerede vom Multipolarismus ist nur ein Vorwand, hinter dem die Großmächte die Vorbereitungen für neue Kriege verbergen und die Völker täuschen.

In den Metropolen des Kapitalismus stellt sich der Prozess der proletarischen Weltrevolution heute in der Wiederaufnahme des Klassenkampfes des Proletariats und anderer Schichten ausgebeuteter Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung dar, gegen die Versuche der Bourgeoisie, die Last der allgemeinen Krise des kapitalistischen Weltsystems auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen, gegen die Folgen der imperialistischen Kriege, gegen den Vormarsch von Reaktion und Faschismus in dieser oder jener Form.

Dank der kommunistischen Propaganda wird den Volksmassen, mit dem Proletariat an der Spitze, immer

bewusster, dass der Bruch mit dem kapitalistisch-imperialistischen System der einzige revolutionäre Ausweg ist, um den Krisen und anderen Geißeln des Kapitalismus, der bürgerlichen Ausbeutung, der faschistischen Gewalt und den imperialistischen Kriegen zu entkommen.

Die objektiven Bedingungen für die Revolution in den entwickelten imperialistischen und kapitalistischen Ländern werden immer günstiger; hier wird die proletarische Revolution als eine Aufgabe dargestellt, das gelöst werden muss.

Die marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen, die das Banner der von den Revisionisten verratenen und aufgegebenen Revolution hochhalten, haben es sich zur Aufgabe gemacht, das Proletariat und seine Verbündeten auf künftige Kämpfe zum Sturz der bürgerlichen Ordnung vorzubereiten; sie arbeiten daran, dies zu verwirklichen.

Moderne Revisionisten, Verfechter des Multipolarismus und anderer bürgerlicher und reformistischer Theorien versuchen, die Revolution und ihre Vorbereitung zu sabotieren, um den Status quo der kapitalistisch-imperialistischen Ordnung zu erhalten.

Der politische und ideologische Kampf gegen die Befürworter des Multipolarismus und Multilateralismus ist daher ein wichtiger Aspekt des Kampfes gegen Imperialismus, Revisionismus, Opportunismus und Reaktion, um die Arbeiterklasse und die Völker dazu zu bringen, sich der Kriegspolitik zu widersetzen und die Militärblöcke (NATO, EU, Schanghai-Pakt, AUKUS usw.) zu verurteilen und antiimperialistische Fronten aufzu-

bauen, um die historische Notwendigkeit der sozialistischen Revolution und des proletarischen Internationalismus zu bekräftigen.

Es ist notwendig, mit aller Kraft dafür zu kämpfen, dass die Arbeiter- und kommunistische Bewegung nicht unter dem Banner dieser oder jener imperialistischen Macht Partei ergreift, von ihr abhängig und ihren strategischen Interessen unterworfen wird.

Heute wie gestern kann man den Imperialismus nicht bekämpfen, kann man die revolutionäre Einheit der kommunistischen und Arbeiterbewegung nicht aufbauen, kann man kein Internationalist sein, ohne die revisionistischen und opportunistischen Thesen zu bekämpfen, ohne offen und scharf mit diesen Strömungen und ihren Organisationen zu brechen. Diese notwendige Trennung, die durch die Verschärfung der Hauptwidersprüche unserer Epoche begünstigt wird, ist historisch unvermeidlich und notwendig, um den revolutionären Kampf des Proletariats zu entwickeln.

Die Verteidigung und Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, die Entlarvung und der unerbittliche Kampf gegen alle Formen des Revisionismus und Opportunismus innerhalb der Arbeiter- und kommunistischen Bewegung, die Wiederbelebung der lebendigen Praxis des proletarischen Internationalismus sind wesentliche Aspekte des Kampfes, um die Zusammenarbeit und Integration der revolutionären Parteien des Proletariats in der Perspektive einer neuen Kommunistischen Internationale voranzutreiben.

März, 2024

KOMMUNISTISCHE PLATTFORM - FÜR DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI DES PROLETARIATS ITALIENS

PAKISTAN

Wird Pakistan wirtschaftliche und politische Stabilität erreichen?

Shaukat Ali Chaudhry

Die 12. allgemeinen Wahlen in Pakistan fanden im 75. Jahr seiner Geschichte statt. Pakistan, das durch ein halb feudales, halbkapitalistisches und stammesorientiertes System gekennzeichnet ist, leidet unter der Last eines Kredits des IWF in Höhe von 6 Mrd. Dollar, der an strengste Bedingungen geknüpft ist. Das Land hat eine Bevölkerung von 25 Millionen Menschen, von denen mehr als 12 Millionen in die Wählerlisten eingetragen sind. Der größte Teil dieser Bevölkerung ist zwischen 18 und 40 Jahre alt und hat derzeit mit hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Die Covid-19-Pandemie, der Krieg zwischen Russland und der Ukraine und jetzt der Krieg zwischen Israel und Hamas haben sich sehr negativ auf die pakistansche Wirtschaft ausgewirkt. Auch die klimatischen Veränderungen haben die gesamte Umwelt Pakistans in Mitleidenschaft gezogen, und die verheerenden Überschwemmungen vor einem Jahr haben halb Pakistan schwer getroffen. Landwirtschaft und Industrie haben sich von diesen Schocks noch nicht erholt, was unter anderem zu einer Verknappung von Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs führt. In dieser

Zeit wurde die pakistansche Wirtschaft auch von den Finanzkrisen in Europa, Amerika, Russland, der Ukraine und dem Nahen Osten in Mitleidenschaft gezogen. Pakistan importiert etwa 75 % seines Ölbedarfs, was das Land Milliarden von Dollar kostet.

Die Haupteinnahmequelle Pakistans für Devisen sind die Überweisungen pakistanischer Arbeiter aus dem Ausland, die jährlich etwa 30 Milliarden Dollar betragen. Darüber hinaus verfügt Pakistan über ein großes Potenzial für die Baumwoll- und Textilproduktion, und es gibt etwa 450 Textilfabriken, in denen Millionen von Arbeitern beschäftigt sind. In den letzten Jahren haben jedoch klimatische Veränderungen, die zu einem Rückgang der Baumwollproduktion geführt haben, zusammen mit dem Anstieg der Strom- und Gaspreise den Sektor stark beeinträchtigt und Arbeitslosigkeit verursacht. Die Verteidigungsausgaben Pakistans stiegen ebenfalls von Tag zu Tag und erreichten im Haushaltsjahr 2020-21 2.284 Milliarden Rupien (14,3 Milliarden Dollar).

Pakistan steckt bis zum Hals in Schulden und muss sich, um die Zinsen bedienen zu können, von internationalen Finanzinstitutionen Geld zu deren Bedingungen leihen. Der Wert der pakistanischen Währung ist auf den niedrigsten Stand in der Geschichte des Landes gefallen. Bei den pakistanischen Exporten gibt es keine Anzeichen für eine Verbesserung. Der Verkauf nationaler Institutionen an den privaten Sektor ist ebenfalls im Gange. Das Haushaltsdefizit des Landes betrug 3.403 Milliarden Rupien (21,3 Milliarden Dollar). Das Nationaleinkommen betrug etwa 47.709 Mrd. Rupien (298,2 Mrd. Dollar). Derzeit sind die ausländischen Direktinvestitionen vernachlässigbar. Die hohe Inflation, die wirtschaftliche Stagnation und die geringe Produktivität haben die Lage sehr verschärft.

An den Wahlen 2024 nahmen drei große politische Parteien teil: die Pakistan Muslim League (N) (PML), die Pakistan People's Party (PPP) und die Pakistan Tehreek-e-Insaf (PTI). Diese drei Parteien haben das Land in unterschiedlichen Perioden regiert. Die PML und die PPP waren mehr als einmal an der Macht, aber keine der drei Parteien hat es geschafft, die pakistanische Wirtschaft auf eine solide Grundlage zu stellen oder das Feudal- und Stammessystem abzuschaffen. Keine Partei konnte das Land zu industrieller Stärke führen. Obwohl Pakistan über eines der umfangreichsten Bewässerungssysteme verfügt, ist seine Landwirtschaft im Niedergang begriffen. Mit Ausnahme von Reis und Zuckerrohr werden alle anderen wichtigen Nahrungsmittel importiert, was das Handelsdefizit weiter erhöht. Angesichts der wirtschaftlichen Stagnation hat auch die grassierende Jugendarbeitslosigkeit zu zahlreichen sozialen Problemen geführt. Die Wahlprogramme dieser Parteien umfassen u. a. folgende Maßnahmen: Beschäftigung, Bildung, billige Elektrizität, unabhängige Außenpolitik, soziale Sicherheit für Arbeiter, finanzielle Unterstützung für die Beschäftigung junger Menschen, Bekämpfung des Klimawandels, Direktwahl des Premierministers, billige Versorgung mit Solarstrom, kostenlose Bereitstellung von bis zu 300 Einheiten Strom für jede Familie, IT-Revolution für die Jugend, Stärkung und Stabilisierung der pakistanischen Verteidigung, Rechts- und Justizreformen, Förderung einer modernen Landwirtschaft, moderne Gesundheitseinrichtungen und Beilegung von Streitigkeiten mit Nachbarländern. Die PPP und die PML sind aus den Wahlen vom 8. Februar als Sieger hervorgegangen. Sie werden gemeinsam eine Koalitionsregierung bilden. Die PTI hat beschlossen, in der Opposition zu bleiben.

Das Projekt „**Chinesisch-pakistanischer Wirtschaftskorridor (CPEC)**“ war ebenfalls ein Thema bei diesen Wahlen. Es soll einen sicheren Transport von Öl aus dem Nahen Osten nach China ermöglichen und Pakistan dabei helfen, seine Industrie- und Verkehrsinfrastruktur auszubauen. Außerdem wird erwartet, dass es Arbeitsplätze und industrielles Wachstum schaffen wird. Es besteht der allgemeine Eindruck, dass die amerikanische Regierung mit dem Projekt nicht zufrieden ist und eine Regierung in Pakistan wünscht, die entweder das Tempo des CPEC-Projekts verlangsamt oder es beendet. Es gibt Anzeichen dafür, dass die 2018 gebildete PTI-Regierung das Tempo dieses Projekts verlangsamt hat, während die Führungen der Muslim League-N und der Pakistan People's Party für die Fertigstellung des CPEC-Projekts sind. Einige Analysten argumentieren auch, dass die chinesische Regierung eine Regierung bevorzugt, die eine positive Rolle bei der Fertigstellung des CPEC-Projekts spielt.

In der pakistanischen Politik wird auch über die Verbesserung der diplomatischen und Handelsbeziehungen zu den Nachbarländern, insbesondere Indien, gesprochen. Der PML und Nawaz Sharif wird nachgesagt, dass sie starke Handelsbeziehungen mit Indien befürworten.

Allgemein herrschte der Eindruck, dass bei einer Regierungsbildung durch die Muslim League-N Nawaz Sharif an ihrer Spitze stehen würde. Dies ist jedoch nicht geschehen. Die PML-N bildet die Regierung zusammen mit den mit ihr verbündeten Parteien, aber anstelle von Nawaz Sharif wird der Vorsitz dieser Regierung an Shahbaz Sharif, den Vorsitzenden der PML-N, übergeben, der auch der jüngere Bruder von Nawaz Sharif ist.

Wir sind der Meinung, dass Pakistan seine Beziehungen zu all seinen Nachbarländern verbessern sollte, um seine Wirtschaftskrise und den Terrorismus zu überwinden, und alle anderen Streitigkeiten mit Indien, einschließlich Kaschmir, im Dialog lösen sollte. In diesem Zusammenhang sollten die indischen Machthaber eine positive Haltung einnehmen und positive Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern unternehmen.

April 2024

SPANIEN

Der Marxismus und die Sozialchauvinisten - Über BRICS und „multipolaren“ Imperialismus

J.Romero

„... Der neue Imperialismus unterscheidet sich vom alten erstens dadurch, daß er an Stelle der Bestrebungen eines einzigen wachsenden Imperiums die Theorie und Praxis rivalisierender Imperien gesetzt hat, von denen jedes von der gleichen Sucht nach politischer Expansion und kommerziellem Vorteil geleitet wird; zweitens durch die Vorherrschaft der Finanz- bzw. Investitionsinteressen über die Handelsinteressen... ...“. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“. Dietz-Verlag 1970, S. 97/98.

Dieses Zitat aus dem Buch „Imperialismus“ des englischen Autors Hobson wird von Lenin in „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ aufgegriffen. Lenin, der in diesem Werk das neue Stadium des sterbenden Kapitalismus aus marxistischer Sicht meisterhaft charakterisiert, greift die sozialchauvinistische Entartung der Revisionisten seiner Zeit an, die den räuberischen und gewalttätigen Charakter des Kapitalismus beschönigten und falsche Illusionen über einen friedlichen Wettbewerb zwischen den Mächten in einem „Ultraimperialismus“ schufen,

der seine Selbstoptimierung vorwegnehmen würde. Zu diesen idealistischen Phantasien schreibt er: „... Wir sehen, dass Kautsky, der darauf Anspruch erhebt, nach wie vor den Marxismus zu verteidigen, in Wirklichkeit einen Schritt rückwärts macht im Vergleich zum Sozialliberalen Hobson, der die beiden „historisch-konkreten“... Besonderheiten des modernen Imperialismus richtig beurteilt: 1. die Konkurrenz zwischen mehreren Imperialismen und 2. die Vorherrschaft des Finanziers gegenüber dem Kaufmann....“. ebd., S. 98

Er fügt hinzu: „... Wesentlich ist, dass Kautsky die Politik des Imperialismus von seiner Ökonomik trennt, indem er von Annexionen als einer vom Finanzkapital bevorzugten“ Politik spricht und ihr eine angeblich mögliche andere bürgerliche Politik auf derselben Basis des Finanzkapitals entgegenstellt. ... Es kommt so heraus (für Kautsky), dass die territoriale Aufteilung der Welt, die gerade in der Epoche des Finanzkapitals beendet wurde und die die Grundlage für die Eigenart der jetzigen Formen des Wettkampfs zwischen den kapitalistischen Großstaaten bildet, vereinbar wäre mit

einer nicht-imperialistischen Politik. Das Ergebnis ist eine Vertuschung, eine Abstumpfung der fundamentalsten Widersprüche des letzten Stadiums des Kapitalismus statt einer Enthüllung ihrer Tiefe, das Resultat ist bürgerlicher Reformismus statt Marxismus...“ ebd., S. 98/99. (Ich hebe die Teile von Lenins Text fett hervor, die es uns ermöglichen, die opportunistische Tendenz von damals besser mit der von heute zu vergleichen).

Unsere Partei hat immer gegen den sozialimperialistischen Charakter der revisionistischen Außenpolitik der UdSSR gekämpft; damals waren wir mit den alten revisionistischen Parteien konfrontiert, die vehement die These von den nationalen Wegen zum Sozialismus verteidigten und das chauvinistische Bündnis der revisionistischen Führer mit allen möglichen populistischen Strömungen rechtfertigten, die zur Schwächung des sozialistischen Lagers beitrugen.

Seit der Implosion der UdSSR, die von innen heraus von der Clique verraten wurde, zu der die Jelzins, Putins und ein großer Teil der heutigen Oligarchenmafia gehören, die die Macht in Russland und in den Staaten, die nach ihrer Zerstörung entstanden sind, kontrolliert, haben die Revisionisten, weit davon entfernt, ihre Unterstützung für die Thesen des chauvinistischen Opportunismus aufzugeben, ihre Bemühungen verdoppelt, die Politik einiger der aggressivsten imperialistischen Mächte als fortschrittlich darzustellen. Sie sind noch einen Schritt weiter gegangen: Einst lehnten sie die Politik Chinas ab, eines Landes, das damals formell „sozialistisch“ war und ein „Rivale“ der UdSSR, die sich bereits auf den Sprung zum Staatsmonopolkapitalismus vorbereitete (es stimmt, dass die einzige Absicht der Opposition der Parteigänger des Chruschtschowismus darin bestand, die Führung der KPdSU gegen die formale Kritik der chinesischen Führer zu verteidigen, die sie beschuldigten, Revisionisten zu sein). Heute jedoch unterstützen sie ausdrücklich die chinesische imperialistische Macht in ihrem Kampf gegen den „westlichen Imperialismus“.

Der Eifer der Revisionisten, ihre sozialchauvinistische Politik zu rechtfertigen, indem sie den einen Imperialismus gegen den anderen ausspielen, kennt keine Grenzen. In ihrem Eifer, Lakaien der Bourgeoisie zu sein, rechtfertigen sie alles: von den Annexionskriegen der „guten“ Imperialisten über ihr finanzielles Eindringen in die abhängigen Länder, um sie unter ihre politische Herrschaft zu bringen, bis hin zu den Aktivitäten ihrer privaten „Armeen“ in den „Hinterhöfen“, in denen der zwischenimperialistische Krieg tatsächlich geführt wird, usw.

Wenn es (oft) nötig ist und um den befreundeten Imperialismus zu beschönigen, verschweigen sie die offensichtlichsten Widersprüche: dass es Privatarmeen im Dienste ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen gibt, dass sie Staatsstreiche gegen die Regierungen versuchen, deren Interessen sie schützen; dass ultrareaktionäre Staaten, die der Motor von Kriegen und Konflikten sind, die Hunderttausende von unschuldigen Opfern fordern, und die seit Jahrzehnten feste Verbündete des brutalen Yankee-Imperialismus waren (und sind), wie z.B. Saudi-Arabien, Schritte in Richtung des anderen imperialistischen Lagers unternehmen, um ihren eigenen Expansionskurs für ihr Finanzkapital zu verfolgen; sogar, wie wir später sehen werden, ohne mit der Wimper zu zucken die Politik des „westlichen“ imperialistischen Blocks zu verteidigen und gleichzeitig die Versuche seiner „östlichen“ Rivalen zu loben, eine - wie sie es zynisch nennen - „gerechtere“ „multipolare“ Welt zu schaffen. Wie Lenin in dem obigen Zitat betont, gilt für sie, wie auch für Kautsky „Monopole in der Wirtschaft sind mit nicht-monopolistischen, gewaltfreien, nicht-annexionistischen Methoden in der Politik vereinbar.“

Lenin schrieb sein Buch über den Imperialismus vor mehr als einem Jahrhundert (1916), als die erste sozialistische Revolution der Geschichte, die von ihm angeführt wurde, noch nicht stattgefunden hatte und Europa in einem grausamen Krieg versank, in dem die Interessen der damaligen Großmächte geregelt wurden; ein Gemetzel, dessen Ende nur ein Waffenstillstand war, der der brutalsten Konfrontation in der Geschichte der Menschheit weichen sollte: dem Zweiten Weltkrieg. Seitdem haben die bürgerlichen Historiker nur eine lange Periode des Friedens zwischen den großen imperialistischen Mächten anerkannt, die der Ordnung unterworfen war, die von der Macht auferlegt wurde, die am stärksten aus dem Zweiten Weltkrieg hervorging, den Vereinigten Staaten, deren Politik den anderen aufgezwungen wurde, um die Beziehungen zwischen ihnen zu regeln und die Welt zu teilen; ein brutaler Imperialismus, der die „Ordnung“ mit eiserner Faust aufrechterhalten hat. Es handelt sich um eine imperialistische Macht im Niedergang, die immer noch über den größten Militärhaushalt des Planeten verfügt, der seinen Konkurrenten weit voraus und bereit ist, seine Macht über den Rest um jeden Preis aufrechtzuerhalten.

Aber dieser Frieden war immer relativ; im Laufe der Jahre gab es Dutzende von Konflikten, die Länder verschwinden ließen, Landkarten veränderten, Volkswirtschaften zerstörten und Kriege auslösten, die das Leben von Millionen von Menschen beendeten: Staatsstreiche,

Invasionen und militärische Besetzungen, kriminelle Angriffe auf unabhängige Staaten unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung usw. Nur die Bourgeoisie und ihre Bewunderer sprechen von Frieden, wenn es um die imperialistische Politik geht.

Über die BRICS.

„Für den alten Kapitalismus ... war der Export von Waren kennzeichnend. Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Kapitalexport kennzeichnend geworden...“

Die Ungleichmäßigkeit und Sprunghaftigkeit in der Entwicklung einzelner Unternehmungen, einzelner Industriezweige und einzelner Länder ist im Kapitalismus unvermeidlich.... Solange der Kapitalismus Kapitalismus bleibt, wird der Kapitalüberschuss nicht zur Hebung der Lebenshaltung der Massen in dem betreffenden Land verwendet, denn das würde eine Verminderung der Profite der Kapitalisten bedeuten, - sondern zur Steigerung der Profite durch Kapitalexport ins Ausland, in rückständige Länder. In diesen rückständigen Ländern ist der Profit gewöhnlich hoch, denn es gibt dort wenig Kapital, die Bodenpreise sind verhältnismäßig niedrig, die Löhne niedrig und die Rohstoffe billig.“ Lenin, ebd., S. 66/67.

Der Revisionismus unterscheidet nicht (und hat dies auch nie getan) zwischen den Tendenzen der Veränderungen in den verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Formationen, die sich im Laufe der Entwicklung des Kapitalismus herausgebildet haben, weil er sich von der marxistischen Analyse und ihrem revolutionären Ziel losgesagt hat. Der Revisionismus ist eine bürgerliche Ideologie, die auf der Idee beruht, dass die kapitalistische Produktionsweise zwar verbessert, aber nicht überwunden werden kann. Deshalb sind seine Schlussfolgerungen absolut unklar.

Wir Kommunisten wissen, dass in einem sozialistischen System (wie dem der UdSSR unter Lenin und Stalin) die Wirtschaft nicht nur zentralisiert, sondern auch gesellschaftlich kontrolliert ist. Aber sie ist nicht vom Rest der Welt isoliert. Solange die Revolution nicht auf dem gesamten Planeten oder zumindest in den am weitesten entwickelten Staaten verwirklicht ist, muss der proletarische Staat notwendigerweise Handels- und Finanzbeziehungen zu anderen kapitalistischen Ländern unterhalten, darunter natürlich auch zu den großen imperialistischen Mächten, die ihm wirtschaftlich und politisch feindlich gesonnen sind. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Beziehungen zu diesen unterentwickelten Ländern auf der Grundlage der Erlangung wirtschaftli-

cher oder politischer Kontrolle über sie aufgebaut werden, und auch nicht, dass er in einer Weise handelt, die den räuberischen Charakter des Kapitalismus ignoriert.

Es bedeutet auch nicht, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen, die durch diese Verflechtung zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften unterstützt werden, jede Politik, die sich gegen die Politik des Yankee-Staates richtet, allein aus diesem Grund gerechtfertigt ist. Gegenwärtig sind die kapitalistischen Volkswirtschaften zutiefst miteinander verflochten, und wer immer die Mechanismen und Agenturen beherrscht, die diese Beziehungen regeln und Investitionen erleichtern, wird in der Lage sein, die Expansion seines Kapitals zu begünstigen und die Wirtschaft anderer Nationen und Wirtschaftsregionen zu kontrollieren, wie es die Vereinigten Staaten bisher getan haben. Aus diesem Grund hat sich der einstige stille Vormarsch des chinesischen Staatskapitalismus zu einem erbitterten Kampf mit den USA um die Kontrolle der Einflussgebiete und der Einrichtungen und Mechanismen zur Regelung der zwischenimperialistischen Beziehungen entwickelt. Heute hat der Kampf zwischen den imperialistischen Staaten, die die Welt beherrschen, einen qualitativen Sprung vollzogen: Die Finanzbewegungen haben ein globales Ausmaß und sind einerseits von den Versuchen Chinas geprägt, die bisher von anderen imperialistischen Mächten kontrollierten Gebiete zu erobern und die Kontrolle der USA und ihrer Währung, des Dollars, im internationalen Kapitalverkehr einzuschränken und andererseits von der Politik der USA, die darauf abzielt, den gegenwärtigen Status quo um jeden Preis zu erhalten.

Von Anfang an waren die BRICS (eine Abkürzung für die Länder, aus denen sie sich zusammensetzen: Brasilien, Russland, Indien, China und seit 2010 auch Südafrika) für China von Interesse, um eine "Gegenmacht" zum Yankee-Imperialismus zu schaffen. Trotz seiner tiefen inneren Widersprüche, auf die ich später eingehen werde, dient dieses Forum China und Russland dazu, nach und nach einen neuen Block im zwischenimperialistischen Kampf um die Neuauftteilung der Welt zu bilden, im Gegensatz zu dem vom „Westen“ unter Führung der Vereinigten Staaten gebildeten Block.

Auch die Führer der beiden imperialistischen Mächte, die die BRICS anführen, verhehlen ihre Absichten nicht; im März 2023 gab es ein Interview zwischen XI Jinping und Putin, in dem der chinesische Führer zum Abschied erklärte: „*Es finden Veränderungen statt, die wir seit hundert Jahren nicht mehr erlebt haben, und wir führen sie gemeinsam an*“.

Vielleicht aufgrund ihrer Vergangenheit oder der „sozialistischen“ Verkleidung dieser Staaten sind die Revisionisten zu ihren Propagandisten geworden und wiederholen jedem, der es hören will, den Unsinn über den Altruismus ihrer Politik, den friedlichen Charakter ihrer Investitionen und die vielversprechende Möglichkeit einer neuen „multipolaren“ Ordnung, die den inneren Widersprüchen der imperialistischen Wirtschaft ein Ende setzen würde und in deren Entwicklung die BRICS einen herausragenden Platz einnehmen, und zwar in dem Maße, wie sie ihrer Meinung nach dazu dienen, neue Staaten für eine „humanistische“ Alternative zu den verschiedenen Organisationen (OECD, IWF, G20 usw.) zu gewinnen, die in der Ära der Yankee-Herrschaft die zwischenimperialistischen Beziehungen geregelt haben. Schauen wir uns also an, welchen Klassencharakter die beiden verbündeten Mächte China und Russland haben und welche Politik sie verfolgen.

Bei der Analyse der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den Staaten lassen wir Marxisten-Leninisten uns immer von einem Klassenkriterium leiten: Eine sozialistische Wirtschaft ist, wie ich oben dargelegt habe, nicht nur zentralisiert, sondern auch gesellschaftlich vom Volk kontrolliert, und daher ist die Privatinitiative auf die lokale Produktion und Verteilung in kleinem Maßstab beschränkt. Deshalb ist es ein Verrat am Marxismus, die Politik der UdSSR zu Stalins Lebzeiten mit der des nachfolgenden Revisionismus und noch weniger mit der der Gangstermacht zu vergleichen, die heute den russischen Staat und die Länder kontrolliert, die aus der Implosion der UdSSR hervorgegangen sind, wenn es um die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den Ländern in einer so verwirrenden Zeit wie der heutigen geht, die zur Aufrechterhaltung dieser Verwirrung beiträgt.

Nach Stalins Tod blieb die Wirtschaft der UdSSR insofern formal „sozialistisch“, als es eine zentralisierte Wirtschaft gab und die meisten Unternehmen formal dem Staat gehörten, obwohl die Schattenwirtschaft und der Diebstahl des Sozialprodukts durch die Kaste, die die Tätigkeit der staatlichen Unternehmen und der staatlichen Institutionen kontrollierte, mit der Schwächung der sozialen Kontrolle allmählich zunahmen, bis zum Verschwinden der UdSSR und der Aufteilung des kollektiven Eigentums unter die Gangster, die heute diese Staaten kontrollieren. Heute ist das russische Proletariat einem der grausamsten kapitalistischen Ausbeutungssysteme unterworfen; von der heroischen Erfahrung der Sowjetunion ist nur noch die Erinnerung übrig, die die herrschende Clique um Putin geschickt einsetzt, wenn es in ihrem Interesse ist, um ihre aggressive Politik zu rechtfertigen.

China

„Die Kommunistische Partei Chinas zeigte von Anfang an offen nationalistische und chauvinistische Tendenzen, die, wie die Fakten zeigen, auch in den folgenden Perioden nicht ausgerottet werden konnten. Li Ta-chao, einer der Gründer der Kommunistischen Partei Chinas, sagte: „Die Europäer denken, dass die Welt ausschließlich den Weißen gehört und dass sie die überlegene Klasse sind, während die farbigen Völker minderwertig sind. Das chinesische Volk“, so Li Ta-chao weiter, „muss bereit sein, einen Klassenkampf gegen die anderen Rassen der Welt zu führen, in dem es erneut seine besonderen nationalen Qualitäten unter Beweis stellen wird. Die Kommunistische Partei Chinas war von Anfang an von solchen Ansichten durchdrungen.“ E. Hoxha, „Imperialismus und Revolution“, S. 435-436.

Im Falle Chinas hat es nie eine sozialistische Wirtschaft gegeben. Die Kommunistische Partei Chinas hat praktisch von Anfang an den Marxismus an eine bestimmte Ideologie „angepasst“, die die chinesische Führung „Mao-Tse Tung-Gedanken“ nannte. Das verworrene idealistische Kauderwelsch dieses Denkens blieb zunächst unbemerkt, als der moderne Revisionismus die Kontrolle über die KPdSU übernahm, da sich die chinesische Partei als Bannerträgerin der marxistisch-leninistischen Kerne präsentierte, die in den alten Parteien entstanden waren und die verrottete Ideologie von Chruschtschow und Co. ablehnten. Es dauerte nicht lange, bis sich der wahre Charakter des „chinesischen Weges zum Sozialismus“ offenbarte.

In seinem Buch „*Imperialismus und Revolution*“ greift Enver Hoxha dieses Zitat auf, das den idealistischen und kleinbürgerlichen Charakter des so genannten „Mao-Tse-Tung-Denkens“ zeigt: „*In Wirklichkeit sind alle Ultrareaktionäre der Welt Ultrareaktionäre, und sie werden es auch morgen und übermorgen bleiben, sie werden es nicht bis zum Tod bleiben, und am Ende werden sie sich ändern... Im Grunde genommen sind Ultra-Reaktionäre hartnäckig, aber nicht stabil... Es kann vorkommen, dass sich Ultra-Reaktionäre zum Besseren wenden... sie sehen ihre Fehler ein und ändern sich zum Besseren. Kurz gesagt, Ultra-Reaktionäre ändern sich*.“ (Zitiert aus „*Imperialismus und die Revolution*“, S. 430).

Genosse Enver Hoxha fügte hinzu: „*Ausgehend von solchen antimarxistischen Konzepten, wonach die Klassenfeinde mit der Zeit korrigiert werden, befürwortete er die Versöhnung der Klasse mit ihnen und erlaubte ihnen, sich weiterhin zu bereichern, auszubeuten, zu sprechen und frei gegen die Revolution zu handeln. Um diese Kapitala-*

tionsbereitschaft gegenüber dem Klassenfeind zu rechtfertigen, schrieb Mao Tsetung: „Wir haben jetzt viel zu tun. Es ist unmöglich, in den nächsten fünfzig Jahren Tag für Tag auf sie einzuschlagen. Es gibt Leute, die sich weigern, ihre Fehler zu korrigieren, sie können sie mit in ihren Sarg nehmen, wenn sie zum König der Hölle gehen“ (zitiert nach „Imperialismus und Revolution“, S. 431).

Die Thesen der KPCh waren immer wohlwollend gegenüber der Rolle der Bourgeoisie, sie lehnten die Rolle des Proletariats für den sozialen Wandel ab, konzentrierten die führende Rolle der Revolution auf die Bauernschaft und behielten immer eine nachsichtige und opportunistische Haltung gegenüber den Ausbeuterklassen bei. Diese Haltung hat die Politik der KPCh von Anfang an bestimmt.

Im Laufe ihrer Geschichte haben die chinesischen Revisionisten Schritt für Schritt eine scheinbar unberechenbare Politik betrieben, die jedoch stets von dem Ziel geleitet war, den Zenit des imperialistischen Lagers zu besetzen: Die so genannte „Theorie der drei Welten“ gab grünes Licht für die so genannte „Ping-Pong-Diplomatie“, die die chinesische Regierung jahrelang zu einem objektiven Verbündeten des Yankee-Imperialismus machte. Daraus folgt: „Reich werden ist ruhmreich“, so der Schlachtruf Deng Xiaopings. China wendet sein staatskapitalistisches Modell an, auch wenn es seinen „Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“ stets als Alibi für die Naiven benutzt.

Es lohnt sich, Enver Hoxha noch einmal zu lesen, als er erklärte: „Wie die lange Erfahrung bereits bewiesen hat, wird der Staatskapitalismus von der Bourgeoisie unterstützt und entwickelt, nicht um die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft zu schaffen, ... sondern um die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft zu stärken, ... um die arbeitenden Menschen weiter auszubeuten und zu unterdrücken. Diejenigen, die den „öffentlichen Sektor“ leiten, sind nicht die Vertreter der Arbeiter, sondern die Männer des Großkapitals, die die Zügel der gesamten Wirtschaft und des Staates in ihren Händen halten. Die soziale Stellung des Arbeiters in den Unternehmen des ‚öffentlichen Sektors‘ unterscheidet sich nicht von der des Arbeiters in der Privatwirtschaft.“ E. Hoxha, „Eukommunismus ist Antikommunismus“, Tirana, 1980, S. 145-146.

China hat sein BIP seit 2001 verfünfacht und ist der größte Kreditgeber der Welt. Für einige ist der Verfechter einer gerechteren und multipolaren Welt heute bereits die Macht, die dem imperialistischen Lager die Hegemonie mit den Vereinigten Staaten streitig macht.

Aber es ist nicht die Arbeiterklasse, die diese Entwicklung steuert.

Wie Genosse Enver Hoxha betonte: „Eine einheitliche zentrale Planung ist nur dann möglich, wenn ein vollständiges gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln geschaffen wurde, und dies ist nur für den Sozialismus charakteristisch. Das Privateigentum, in welcher Form auch immer, hat sich der zentralen Planung nicht unterworfen und wird sich niemals unterwerfen.“ E. Hoxha, ebd., S. 223.

Die offizielle Nachrichtenagentur Xinhua berichtete im Juni 2022, dass sich die Zahl der Privatunternehmen in den letzten zehn Jahren vervierfacht hat (von 10,85 Millionen auf 44,57 Millionen). Auf den Privatsektor entfielen mehr als 50 Prozent der Steuereinnahmen, mehr als 60 Prozent des BIP, mehr als 70 Prozent der technologischen Innovationen und 80 Prozent der städtischen Arbeitsplätze. Wo sehen seine Befürworter den Sozialismus in der chinesischen Wirtschaft?

Einige Monate später veröffentlichte „Sputnik World“ eine Liste der zehn größten chinesischen Milliardäre, die von Zhong Shanshan mit 65.000 Millionen Dollar angeführt wird und mit Colin Huang Zheng mit 24.300 Millionen Dollar endet... Wo sehen die Speichelklecker des „Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“ den Sozialismus?

Jetzt ist es noch leichter zu verstehen, was Genosse E. Hoxha meinte, als er sagte: „Infolge dieser antimarxistischen Konzepte über die Widersprüche, über die Klassen und ihre Rolle in der Revolution, welche die Mao-Tsetung-Ideen* vertreten, ist China nie auf dem richtigen Weg des sozialistischen Aufbaus vorangekommen. Es sind nicht nur die wirtschaftlichen, politischen, ideologischen und sozialen Überbleibsel der Vergangenheit, die in der chinesischen Gesellschaft überlebt haben und fortbestehen, sondern die Ausbeuterklassen existieren dort weiterhin als Klassen und sind immer noch an der Macht. Die Bourgeoisie existiert nicht nur weiter, sondern profitiert auch weiterhin von dem Eigentum, das sie besessen hat“ (E. Hoxha, „Imperialismus und Revolution“, S. 433).

Mit anderen Worten: Der Kampf um die Bildung eines weiteren Blocks entspricht dem Interesse Chinas, den derzeitigen Status quo im imperialistischen Lager zu durchbrechen. Seine Wirtschaft macht 18 % des weltweiten BIP aus, und es ist der größte Gläubiger der Welt; selbst im Jahr 2019 besaß es 1,2 Billionen Dollar an Yankee-Schulden. Sein Hauptviale, die Vereinigten Staaten, die bis heute die wichtigsten Instanzen zur Re-

gulierung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Beziehungen des Kapitalismus kontrollieren, sind jedoch eine Großmacht im Niedergang, die mit einer schweren Krise und einer Staatsverschuldung von 30 Billionen Dollar konfrontiert ist, was fast 133 % ihres BIP entspricht (der höchste Wert in ihrer Geschichte). Dennoch hat China nur einen Stimmanteil von 5 % im wichtigsten Kreditgeber der Weltbank (die Führungspositionen der Weltbank und des IWF sind seit ihrer Gründung zwischen den USA und Europa aufgeteilt).

Der chinesische Staat kämpft also nicht für eine „*fairere und gerechtere Global Governance*“, wie sein Präsident in seiner Rede auf dem Treffen sagte (siehe unten), sondern um sein wirtschaftliches Gewicht im imperialistischen Lager mit seinem politischen Gewicht in den Agenturen, die die Beziehungen innerhalb dieses Lagers regeln, „auszugleichen“; um einen Widerspruch zu lösen, der ihn daran hindert, als „Erster unter Gleichen“ im Olymp des Kapitalismus anerkannt zu werden. Zu diesem Zweck verlagert er seine Schachfiguren in Einflussbereiche, die bisher seinen westlichen Konkurrenten „gehörten“, und investiert riesige Summen in unterentwickelte Länder, weil dort, wie Lenin betonte, der Profit hoch, das Kapital knapp und die Rohstoffe sowie der Boden billiger sind, auf dem in einigen Fällen ein Überfluss an seltenen Materialien vorhanden ist, die für die modernsten Produktionsprozesse unerlässlich sind.

Russland.

Das Proletariat dieses riesigen Landes führte die erste sozialistische Revolution an und schuf die UdSSR, den ersten proletarischen Staat der Geschichte; fast vierzig Jahre lang baute es eine sozialistische Wirtschaft auf, garantierte seinem Volk einen immensen sozialen, politischen und kulturellen Fortschritt, half den Revolutionären der Welt, sich zu organisieren und gegen ihre jeweilige Bourgeoisie vorzugehen, und besiegte die faschistische Nazi-Bestie. In diesen Jahren prallten alle Angriffe des Imperialismus auf die unüberwindliche Mauer eines Volkes im Vormarsch, das von einer mit einer wissenschaftlichen Ideologie bewaffneten Kommunistischen Partei angeführt wurde, die sich aus den besten Kadern des Volkes zusammensetzte.

Heute ist dieser Staat verschwunden und an seiner Stelle hat der Revisionismus einen reaktionären Staat hervorgebracht, der von der Bourgeoisie gebildet und beherrscht wird, die sich den vom sowjetischen Volk geschaffenen Reichtum angeeignet hat. Es handelt sich um eine unerbittliche Bourgeoisie, die sich hinter der

glorreichen Vergangenheit der UdSSR versteckt, um sich eine gewisse soziale Stabilität zu sichern, wenn das Volk die Ausbeutung durch die Gangster nicht mehr erträgt. Heute versucht die russische Bourgeoisie, uns diese Erfahrung vergessen zu machen und zeigt die Vogelscheuche des zaristischen „Großrusslands“, während sie versucht, sich den Sieg der glorreichen Roten Armee gegen den Nazifaschismus anzueignen; all das, um ihre brutale Ausbeutung und den widerlichen Nationalismus ihrer internationalen Politik zu beschönigen.

In einem vom IWF im Juni 2001 veröffentlichten Artikel heißt es, dass der russische Privatsektor nach offiziellen Schätzungen bereits im Jahr 2000 mehr als 70 Prozent des BIP erwirtschaftete, während es acht Jahre zuvor, als die „Reform“ begann, weniger als 10 Prozent waren. Er fügte hinzu: „Dies ist eine bemerkenswerte Leistung, aber die Expansion des Privatsektors ist hauptsächlich auf die Privatisierung von Staatsbetrieben zurückzuführen und nicht auf die Gründung neuer Unternehmen.“

Für das russische Großkapital läuft es nicht schlecht: 2019 berichtete das Magazin *Forbes*, dass die 200 größten Privatunternehmen in Russland ihre Gesamteinnahmen im Jahr 2018 um 22 % auf rund 618,11 Mrd. EUR steigern konnten. Tatsächlich wiesen nur 19 der in der Erhebung erfassten Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr rückläufige Kennzahlen auf.

Der Einmarsch in die Ukraine, so sehr man ihn auch mit dem von den USA und der NATO ausgeübten Druck und dem reaktionären Charakter des ukrainischen Regimes rechtfertigen will (was natürlich beides zutrifft), hat zu einer weiteren Eskalation des Schlägerwettstreits unter den Imperialisten geführt. Es ist klar, dass die russische Aggression, anstatt die Osterweiterung der NATO zu verhindern, nur dazu gedient hat, einen bewaffneten Konflikt auszulösen, der Tausende von Opfern fordert, die militärischen Spannungen zwischen den imperialistischen Mächten auszuweiten und die nationalistischen Tendenzen in der Region zu verstärken. Kurz gesagt, in diesem Kampf geht es nicht um die Interessen des russischen oder des ukrainischen Volkes, sondern um die der jeweiligen Oligarchien und der reaktionärsten Sektoren beider Länder, deren Politik nicht weit vom Nazismus entfernt ist.

Hinter den Analysen bürgerlicher Politologen, Historiker und Militärstrategen, den Predigten von Politikern und religiösen Führern über Frieden und Demokratie, den falschen Begründungen, die sich auf historische Verbrüderungen, gemeinsame Imperien und nationale oder rassische Identitäten stützen, gibt es nur eine

wirkliche Erklärung: Die Finanzoligarchie befindet sich in einer erdrückenden Krise, die sie nur überwinden kann, indem sie mit ihrem Rivalen um ihre Beute streitet. Putins Russland hat nichts mit der Sowjetunion zu tun. Die Armee, die heute die Ukraine beschießt und bombardiert, ist nicht die Rote Armee, in der Russen und Ukrainer gemeinsam gegen den Nazifaschismus kämpften, bis dieser besiegt war. Putin ist, wie seine ukrainischen Feinde, der Chef eines reaktionären Regimes, das von politischen Gangstern kontrolliert wird. Russland agiert auch als Gendarm in anderen Teilen der Welt, insbesondere in Afrika, wo es als Ergänzung zur „Invasion“ des chinesischen Kapitals militärische Macht anbietet: Waffen, Beratung und Ausbildung usw., einschließlich seiner eigenen Söldnerarmee, der Wagner-Gruppe, im Austausch gegen Rohstoffe und politischen Einfluss bei künftigen Konflikten. Das russische Imperium macht sich den gerechten Zorn der Völker der Region gegen die grausame Ausbeutung durch den „westlichen“ Imperialismus zunutze und besetzt die Positionen, die der „Westen“ unbesetzt lässt. Dies geschah in Libyen, und heute breitet sich das russische Eindringen über die private Gruppe von Söldnern in der Sahelzone auf die Zentralafrikanische Republik, den Tschad, Burkina Faso, Mali usw. aus. Die Gier des französischen Imperialismus, der nur an maximalen Profiten interessiert ist und die Leiden der von ihm besetzten Völker mit dem Argument des „Kampfes gegen den dschihadistischen Terrorismus“ ignoriert, hat ständige Revolten und Staatsstreichs provoziert und den Einzug russischer Truppen in die Region erleichtert, auch zur „Verteidigung des Friedens gegen den dschihadistischen Terrorismus“, dem oft wiederholten Vorwand, um Afrika in endlosen Kriegen auszubluten. Russland baut seine Präsenz und seinen Einfluss in Afrika schrittweise aus. Wie das westliche Imperium weitet es seine Kontrolle aus und präsentiert sich als ein weiterer Akteur in der afrikanischen Politik: Vor kurzem wurde zum Beispiel berichtet, dass im Sudan ein russischer Marinestützpunkt mit Zugang zum Roten Meer errichtet wird.

Über den BRICS-Gipfel

„ Spricht man von der Kolonialpolitik in der Epoche des kapitalistischen Imperialismus, dann muß bemerkt werden, daß das Finanzkapital und die ihm entsprechende internationale Politik, die auf einen Kampf der Großmächte um die ökonomische und politische Aufteilung der Welt hinausläuft, eine ganze Reihe von Übergangsformen der staatlichen Abhängigkeit schaffen. Typisch für diese Epoche sind nicht nur die beiden Hauptgruppen von Ländern - die Kolonien besitzenden und die Kolonien selber -, sondern auch die verschie-

denartigen Formen der abhängigen Länder, die politisch, formal selbständig, in Wirklichkeit aber in ein Netz finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit verstrickt sind.“ Lenin, ebd., S. 90/91.

Vor dem Gipfel im August entfielen auf die BRICS-Gruppe bereits mehr als 42 % der Weltbevölkerung, 30 % des Territoriums, 25 % des BIP und 18 % des Welthandels. Von den zwanzig Ländern, die sich offiziell um einen Beitritt zur Gruppe beworben haben, und den rund 40 Ländern, die Interesse an dem Projekt gezeigt haben (sogar Macrons Frankreich hat mit der Idee „gespielt“), wurden Saudi-Arabien, Argentinien, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate, Äthiopien und der Iran offiziell eingeladen, dem Block ab Januar 2024 beizutreten. Damit würden die BRICS-Volkswirtschaften 36,38 % des weltweiten BIP ausmachen, verglichen mit den 30,39 % der G7-Länder (Deutschland, Kanada, USA, Japan, Frankreich, Vereinigtes Königreich und Italien), und sie hätten einen Anteil von 45 % an der weltweiten Ölproduktion und ein mehr als beachtliches Gewicht in der Eisen-, Kohle- und Bauxitförderung, ganz zu schweigen von der landwirtschaftlichen Produktion (entnommen aus *El País*, 24. September 2023).

Die auf dem Gipfeltreffen vereinbarte Ausweitung stellt somit einen unbestreitbaren Sieg Chinas dar, das seinen geopolitischen Einfluss wachsen sieht: Man darf nicht vergessen, dass das chinesische BIP etwa 70 % des gesamten BIP der BRICS-Staaten ausmacht, und Peking steht hinter vielen der Initiativen, die diese Länder umsetzen, von der Neuen Seidenstraße bis zur Neuen Entwicklungsbank mit Sitz in Shanghai.

In seiner Rede vor der Versammlung sagte Xi Jinping in Johannesburg: „...Die BRICS sind eine wichtige Kraft bei der Gestaltung der internationalen Landschaft... Wir müssen dazu beitragen, die Weltordnungspolitik zu reformieren, um sie fairer und gerechter zu machen, und der Welt mehr positive Sicherheit, Stabilität und Energie zu bringen... Wir sollten die politische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit ausbauen, um Frieden und Ruhe zu erhalten. Wie ein chinesisches Sprichwort besagt: „Nichts ist nützlicher als Stabilität, und nichts ist schädlicher als Aufruhr“... Die Geschichte der Menschheit wird nicht mit einer bestimmten Zivilisation oder einem bestimmten System enden... Die BRICS-Länder sollten echten Multilateralismus praktizieren, das auf die UNO ausgerichtete internationale System aufrechterhalten, das in der WTO angesiedelte multilaterale Handelssystem unterstützen und stärken und Versuche zurückweisen, kleine Kreise oder exklusive Blöcke zu schaffen. Wir müssen die Rolle der Neuen Entwicklungsbank voll ausschöpfen,

die Reform des internationalen Finanz- und Währungssystems vorantreiben und die Vertretung und Stimme der Entwicklungsländer stärken... China ist bereit, mit seinen BRICS-Partnern zusammenzuarbeiten, um die Vision einer Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft für die Menschheit zu verfolgen, die strategische Partnerschaft zu stärken und die Zusammenarbeit in allen Bereichen zu vertiefen. Als BRICS-Mitglieder müssen wir unsere gemeinsamen Herausforderungen mit einem gemeinsamen Sendungsbewusstsein angehen, eine hellere Zukunft mit einem gemeinsamen Ziel schmieden und den Weg der Modernisierung gemeinsam gehen. (entnommen aus Grand Continent.)

Dies ist ein Zeugnis des Zynismus, ein ausdrücklicher Verzicht auf jede sozialistische revolutionäre Veränderung (ich empfehle, über die Absichten nachzudenken, die in den unterstrichenen Zeilen der Rede zum Ausdruck kommen); eine pompöse und wohlklingende Hymne auf die „universelle Gerechtigkeit“, die mit der imperialistischen Praxis der kapitalistischen Staaten unvereinbar ist.

Seit Monaten verbreiten die Apologeten der „neuen multipolaren Ordnung“ die frohe Botschaft dieses Treffens und konzentrieren sich dabei auf zwei Themen, die immer wieder als Hauptziele des Treffens hervorgehoben wurden: die Expansion der Gruppe und die Vorschläge zur „Entdollarisierung“ der Weltwirtschaft.

Das erste Ziel, die Expansion, ist, wie gesagt, erreicht worden, wenn auch um den Preis, dass die inneren Widersprüche einer sehr heterogenen Gruppe, in der die Großmächte ihr eigenes Interesse an der Vereinigung suchen, zunehmen.¹ Es lohnt sich, erneut auf den Text von Lenin zu verweisen, in dem es heißt: „Wir sehen hier anschaulich, wie sich in der Epoche des Finanzkapitals private und staatliche Monopole miteinander verflechten und die einen wie die anderen in Wirklichkeit bloß einzelne Glieder in der Kette des imperialistischen Kampfes zwischen den größten Monopolisten um die Teilung der Welt sind.“ *Ebd.*, S. 35-36. Für jeden aufmerksamen Analysten ist es überraschend, dass Staaten wie der Iran und Saudi-Arabien, die seit Jahrzehnten aus gesellschaftspolitischen Gründen (der Iran ist ein erklärter Feind der USA und Saudi-Arabien ist einer ihrer treuesten Verbündeten), aus wirtschaftlichen Gründen (beide gehören zu den wichtigsten Erdölproduzenten) und sogar aus religiösen Gründen (der eine ist das Oberhaupt des schiitischen und der Andere des sunnitischen Islamismus) verfeindet sind, sich

¹ Nach dem Wahlsieg von Milei kündigte Argentinien im Januar letzten Jahres seinen Verzicht auf die Integration in die BRICS an.

in demselben Forum befinden, in dem es darum geht, Bündnisse und gemeinsame Vereinbarungen zwischen den Verbündeten zu schmieden... Es scheint, dass die Geschwindigkeit, mit der sich die Ereignisse in Zeiten der imperialistischen Krise entfalten, den kapitalistischen Führern hilft, extrem „kreativ“ zu sein.

Es stimmt, dass China seit den 1990er Jahren allmählich zum wichtigsten Handelspartner Saudi-Arabiens geworden ist: Chinas Exporte nach Saudi-Arabien sind im Durchschnitt um 15,3 % pro Jahr gestiegen, von 905 Millionen Dollar im Jahr 1995 auf 31,8 Milliarden Dollar im Jahr 2020. Im gleichen Zeitraum stiegen Chinas Importe aus Saudi-Arabien von 393 Mio. \$ auf 33,4 Mrd. \$, was einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg von 19,4 % entspricht. Entnommen aus *De conversatio* März 2023. Aber der Punkt ist, dass die BRICS-Länder ihre eigenen Interessen haben und für sie arbeiten werden. So erklärte die Zeitung *Expansión* im vergangenen September im Fall von Saudi-Arabien: „... der Verlust des Einflusses der Vereinigten Staaten im Nahen Osten hat die arabische Monarchie dazu veranlasst, mächtigere Verbündete zu suchen, und sie hat sich an Russland und vor allem an China gewandt. Es ist kein Zufall, dass die Vereinbarung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran in Peking unterzeichnet wurde. Die Regierung von Xi Jinping ist in der Lage, Teheran zu kontrollieren, denn das iranische Regime ist auf die wirtschaftliche Unterstützung durch den asiatischen Riesen angewiesen... Außerdem sendet Chinas Vermittlung eine ernste Botschaft an Washington. Sie erinnert es daran, dass andere Mächte an seine Stelle treten werden, wenn es seinen Einfluss im Nahen Osten aufgibt... Seine Petrodollars dienen dazu, die Kritik zu mildern, die sein mangelhaftes Verhältnis zu den Menschenrechten immer noch hervorruft...“²

Diese Verschiebung hindert die arabische theokratische Monarchie nicht daran, ihren eigenen Weg zu den Investitionen ihrer Finanzoligarchie zu finden (der jüngste Kauf von 9,9 % der Telefónica-Aktien und der Regen von „Petrodollars“ in der Welt des Fußballs haben eine Praxis gezeigt, die viele andere Bereiche erreicht).

Dies wurde im letzten Monat vom *Wall Street Journal* festgestellt: „Die USA und Saudi-Arabien sprechen über eine mögliche Allianz zur Beschaffung von Metallen in Afrika, die für ihre jeweilige Energiewende entscheidend sind... Saudi-Arabien erwägt, 15.000 Millionen Dollar in

² 2019 war der saudi-arabische Kronprinz und derzeitige Premierminister Mohammed bin Salman nach einem Bericht der US-Geheimdienste in den Mord an dem Journalisten Jamal Khashoggi im Jahr 2018 verwickelt. Nachdem Biden versprochen hatte, Saudi-Arabien zu einem „Pariastaat“ zu machen, gewährte er ihm 2022 Immunität, da er ihn aufgrund seines Status als Premierminister für „unantastbar“ hielt.

Bergbauanlagen auf dem Kontinent zu investieren, in Ländern wie der Demokratischen Republik Kongo, Guinea und Namibia... Obwohl die Details noch nicht feststehen, würde ein mögliches Abkommen zwischen Washington und Riad bedeuten, dass bestimmte US-Unternehmen das Recht hätten, einen Teil der Produktion dieser Anlagen in saudischem Besitz zu kaufen. Auf diese Weise würde Saudi-Arabien den USA helfen, im Wettlauf mit China bei der Entwicklung von Elektrofahrzeugen, die Kobalt, Lithium und andere Metalle für die Herstellung von Batterien benötigen, eine bessere Position zu erlangen.“

Das Gleiche gilt für Indien, das von Anfang an zu den BRICS gehörte und eine gemeinsame Grenze mit China hat, was 1962 zu einem kurzen Krieg zwischen den beiden Ländern führte. Sie sind die beiden bevölkerungsreichsten Länder der Welt und Indien ist dabei, China als Motor des globalen Wachstums abzulösen... Premierminister Modi sagt voraus, dass Indien bis 2047 das Niveau eines Industrielandes erreichen wird, aber heute ist es ein Riese auf tönernen Füßen, denn seine Ungleichheiten sind immens: Seine Entwicklung reicht nicht aus, um die 12 Millionen jungen Menschen aufzunehmen, die jedes Jahr auf den Arbeitsmarkt drängen. Es ist nach wie vor ein Agrarland mit einem sehr niedrigen Einkommensniveau, in dem die Landwirtschaft 44 % der Bevölkerung beschäftigt und nur 15 % zum BIP beiträgt. (Entnommen aus *El Economista*, 24. September 2023)

Deshalb sind die Vertreter dieses Staates, die entschiedene Anhänger des Monopolkapitals sind, auch doppeltzüngig: Einige Tage nach dem BRICS-Gipfel leitete Indien als Gastgeber den G20-Gipfel, an dem Jinping nicht teilnehmen wollte. Dort hat der indische Premierminister alle möglichen diplomatischen Tricks angewandt, um im Abschlusskommuniqué alle strittigen Fragen anzusprechen, ohne etwas zu sagen, und alle imperialistischen Führer mit dem falschen Bild des Friedens und der Verständigung zufrieden zu stellen, das er „trotz der Differenzen“ vermittelt hat. Alle beglückwünschten sich gegenseitig und erkannten an, dass Narendra Modi und seine Diplomaten das Ziel erreicht hatten, die Achse der internationalen Geopolitik zu werden.

Konkret gaben die USA, die Europäische Union, Indien und Saudi-Arabien zeitgleich mit dem G20-Gipfel die Vereinbarung über ein Megaprojekt für Eisenbahnen, Häfen und Energieverbindungen bekannt, das eine Alternative zu Chinas Seidenstraße darstellen soll. Der Präsident der Europäischen Kommission bezeichnete das Projekt begeistert als „historisch“, Narendra Modi sprach von einem „beispiellosen Projekt“. Wie wir se-

hen können, hat die Erweiterung der BRICS die internen Widersprüche der Gruppe nur noch verstärkt.

In Bezug auf das zweite Ziel ist das Abkommen wesentlich schwächer ausgefallen und beschränkt sich darauf, bei Käufen zwischen den Partnern die Zahlung mit nationalen Währungen zu empfehlen, was bereits gängige Praxis war. Dies ist vor allem für Mächte wie Russland, das mit harten Sanktionen der westlichen Mächte konfrontiert ist, von Vorteil, da es mit anderen Ländern Handel treiben kann, ohne seine Währung an den Dollar zu binden. Das Vertrauen der einzelnen Länder in die Währungen ihrer Partner ist jedoch begrenzt. Und China scheint kein besonderes Interesse daran zu haben.

Die Tatsache, dass der Dollar die Weltreservewährung ist, bedeutet, dass er den Preis für alle Rohstoffe, wie z. B. Öl, bestimmt. Der U.S. Council on Foreign Relations stellt in seinem Bericht über „The Future of Dollar Hegemony“ fest: „Fast 60 % der weltweiten Devisenreserven werden in Dollar gehalten, der Euro folgt mit etwa 20 % weit abgeschlagen. Etwa 90 % der Transaktionen auf den Devisenmärkten werden in Dollar fakturiert, ebenso wie die Hälfte des Welthandels. Das heißt, die Dollarisierung der kapitalistischen Weltwirtschaft ist der Schlüssel zur Dominanz der USA in der Weltwirtschaft, da die US-Notenbank das Angebot an US-Dollars kontrolliert und somit faktisch die Zentralbank der Welt ist. (Entnommen aus „The Crisis Observatory“)

Bis heute wurden etwa 45 % aller über SWIFT abgewickelten weltweiten Zahlungen in US-Dollar und 32 % in Euro getätigt. Nur 2,3 % der SWIFT-Transaktionen wurden in Yuan getätigt. Ebenso entfielen im vierten Quartal 2022 nach Angaben des IWF 54 % der weltweiten Devisenreserven auf den Dollar. Auf den Euro entfielen 20 % der Reserven, während der Yuan nur 2,5 % der Reserven ausmachte. Tatsächlich war China im August 2018 mit 3,08 Billionen Dollar der größte Inhaber von Dollar in seinen Devisenreserven.

Der starke Rückgang des Dollars in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den imperialistischen Ländern würde also den übrigen Volkswirtschaften schaden, einschließlich derjenigen, die den BRICS angehören, insbesondere China. Andererseits ist die Kontrolle der öffentlichen Haushalte einiger Länder, die der Gruppe ab Januar nächsten Jahres beitreten werden, nicht sehr erbaulich, und infolgedessen wurden ihre Währungen gegenüber dem Dollar stark abgewertet: 98% für den argentinischen Peso, 90% für den iranischen Rial, 78% für das ägyptische Pfund und 55% für den brasilianischen

Real. In dieser Situation ist es sehr schwierig, eine gemeinsame Währung zu schaffen. Kurzum, die Entdollarisierung wird langsamer vonstattengehen, als die Sozialchauvinisten erwarten.

Über die BRICS und Afrika. Der Gipfel in Johannesburg, an dem Vertreter aus 60 Ländern teilnahmen, stand unter dem Motto: „*BRICS und Afrika: Partnerschaft für wechselseitig beschleunigtes Wachstum, nachhaltige Entwicklung und integrativen Multilateralismus*“. Hinter dieser „überschwänglichen“ Semantik, die der diplomatischen Sprache so sehr gefällt, verbirgt sich eine ganz andere Realität der finanziellen Vorherrschaft über die Volkswirtschaften der afrikanischen Länder, die zwischen den „westlichen“ imperialistischen Mächten (insbesondere Frankreich und den Vereinigten Staaten) und dem neuen „östlichen Wohltäter“ umstritten sind.

Seit Jahren nutzen China mit seinen Finanzinvestitionen und Russland mit seinen militärischen „Ratschlägen“, dem Verkauf von Waffen und sogar der direkten Intervention privater Streitkräfte die berechtigte Unzufriedenheit der afrikanischen Völker mit den europäischen und amerikanischen Ausbeutern, um ihre Positionen auf dem afrikanischen Kontinent auszubauen. Sie investieren in Infrastrukturen, die den Marktzugang für ihre Produkte erleichtern, nutzen die niedrigeren Arbeitskosten und die rechtlichen und administrativen Möglichkeiten der Staaten in der Region, um „gemischte“ Unternehmen zu gründen und Rohstoffe (insbesondere seltene Metalle, Gold usw.) zu günstigen Bedingungen zu erwerben. Sie gewinnen Positionen im geopolitischen Krieg mit ihren imperialistischen Konkurrenten (auf den afrikanischen Kontinent entfallen beispielsweise 54 Sitze in der UN-Vollversammlung) und Brückenköpfe für den Vormarsch ihrer Truppen im Falle eines Konflikts. In den Beziehungen zwischen den imperialistischen Mächten und den beherrschten Ländern herrscht alles andere als Internationalismus oder Altruismus.³

Diese Realität, die die Sozialchauvinisten absolut ignorieren, ist nicht neu; sie ist die Folge einer wesentlichen Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise in ihrer letzten, imperialistischen Phase. Bereits 1916 hat Lenin darauf hingewiesen: „... Der Kapitalexport beeinflusst und beschleunigt in hohem Maße die Entwicklung des Kapitalismus in den Ländern, in die er sich ergießt. ... An Stelle der Konkurrenz auf offenem Markt tritt die Ausnutzung der „Verbindungen“ zum Zweck eines profitablen

Geschäftes. Die gewöhnlichste Erscheinung ist: Bei einer Anleihe wird zur Bedingung gemacht, daß ein Teil der Anleihe zum Kauf von Erzeugnissen des kreditgebenden Landes, vor allem von Waffen, Schiffen usw. verausgabt wird... Der Kapitalexport wird zu einem Mittel, den Warenexport zu fördern.“ Lenin, ebd., S. 69/70.

Warum Afrika? In den letzten Jahren hat sich die Front der zwischenimperialistischen Konfrontation nach Afrika und in den indo-pazifischen Raum verlagert (im Pazifik gibt es ständige Auseinandersetzungen zwischen China und den USA, Japan und anderen „westlichen“ imperialistischen Mächten - vor kurzem wurde der AUKUS, ein ausdrücklich gegen China gerichtetes Militärbündnis, gegründet -, insbesondere wegen des Status von Taiwan, der Insel, deren Souveränität China seit dem Ende seines Bürgerkriegs beansprucht).

Das heißt, im indopazifischen Raum gibt es bereits Großmächte (China, Indien, Japan, Australien usw.) und daher herrschen dort „gleichberechtigte“ Beziehungen; Afrika hingegen ist wieder ein Gebiet, um dessen Zugriff das imperialistische Finanzkapital „streitet“.

Zwischen 1978 und 2017 ist Chinas Handel mit Afrika um mehr als das 200-fache gestiegen. Heute belaufen sich die chinesischen Investitionen auf dem afrikanischen Kontinent auf mehr als 100 Milliarden US-Dollar, und rund 3.100 chinesische Unternehmen aus verschiedenen Sektoren haben dort investiert. Es liegt auf der Hand, dass diese Investitionen mit dem Wettbewerb und dem Zugang zu den Rohstoffen und natürlichen Ressourcen zusammenhängen, die China zur Aufrechterhaltung seines Wirtschaftswachstums benötigt. „Info-libre“ stellte im August 2023 fest: „Chinas Handelsvolumen mit Afrika beträgt 282 Milliarden Dollar, das der USA 72 Milliarden Dollar und das Russlands nur 18 Milliarden Dollar. Natürlich ist China in der besten Position zu sagen, dass es Afrika erobert. Jedes dritte große Infrastrukturprojekt wird von chinesischen Unternehmen gebaut und jedes fünfte wird von chinesischen Banken finanziert. Peking hat den Platz des Westens eingenommen, der bei der Finanzierung dieser Projekte gezögert hat... Es stimmt auf jeden Fall, dass Peking gewisse ‚marginale‘ Vorteile erhält. So können sich einige Wartungsverträge auf bis zu 99 Jahre erstrecken, und bei bestimmten finanzierten Projekten werden ausschließlich chinesische Arbeitskräfte eingesetzt, obwohl einige afrikanische Regierungen Quoten für einheimische Arbeitskräfte verlangen.“

In diesem Sinne stellte das digitale Magazin „Idees“ im Jahr 2022 fest: „Chinas Einfluss auf die afrikanische politische Wirtschaft ist auf vielen Ebenen bedeutend. Es ist der

³ Afrika hat Schulden in Höhe von 153 Milliarden Dollar bei China, das nach Angaben der John Hopkins University zwischen 2000 und 2020 1143 Kredite an Regierungen auf dem Kontinent vergeben hat.

erste Handelspartner und auch einer der Hauptinvestoren, vor allem im Infrastrukturbereich. Andererseits haben die von den Institutionen des asiatischen Landes eingegangenen Verpflichtungen eine klare langfristige Vision. Auf chinesischer Seite macht die Notwendigkeit, strategische Allianzen mit anderen Entwicklungsländern zu schmieden, die Präsenz auf dem afrikanischen Kontinent solide und dauerhaft... Dennoch sind einige Ungleichgewichte zu beobachten. Erstens reproduziert das Handelsmuster das klassische Muster, bei dem die afrikanischen Länder im Wesentlichen Rohstoffe exportieren und Fertigwaren importieren. Zweitens besteht die Gefahr der Überschuldung, die durch die COVID-19-Epidemie noch verstärkt wurde. Obwohl die Politik des Ad-hoc-Schuldenerlasses und der Umstrukturierung durch die chinesischen Behörden größere Zahlungsausfallkrisen verhindert hat, müssen wir in dieser Frage wachsam sein..."

Mit anderen Worten, in Afrika wird seit Jahren ein offener Krieg geführt. Es ist nicht nur die NATO, die ihre Kräfte auf dem afrikanischen Kontinent zur Unterstützung der westlichen Mächte einsetzt. So wie Russland mit 40 afrikanischen Ländern militärisch-technische Kooperationsabkommen geschlossen hat, hat China 2018 das Erste Chinesisch-Afrikanische Forum für Sicherheit und Verteidigung gegründet und verfügt seit 2017 über seinen ersten Marinestützpunkt im Ausland, in Dschibuti, einem strategisch wichtigen Land, das an einer Meerenge zum Suezkanal liegt, durch die 25 % der weltweiten Exporte, hauptsächlich Öl, fließen.

Eines der blutigsten Beispiele für die militärische Besatzung durch die Imperialisten und ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten afrikanischer Länder ist das von Libyen; einst eine der Regionalmächte, die nach der NATO-Aggression 2011⁴ heute ein in zwei Staaten geteiltes Land ist, die jeweils von Marionettenregierungen des westlichen Imperialismus (der westliche Sektor) und des russischen Imperialismus (der östliche) kontrolliert werden. Die jüngste Überschwemmung der Stadt Derna, die mehr als 11.000 Tote und Tausende von Vermissten gefordert hat, hat die Folgen des zwischenimperialistischen Kampfes in Afrika gezeigt.⁵

Ist das Altruismus? Nein, natürlich nicht. Der Bericht unseres Erweiterten ZK vom April letzten Jahres enthielt den folgenden Kommentar, der auf der Website

⁴ General Julio Rodríguez, damals Chef des Verteidigungsstabs und Leiter des operativen Managements der spanischen Streitkräfte, war damals Teil des spanischen Militärzentrums beim Angriff auf dieses Land und ist heute für den Think Tank von Podemos verantwortlich.

⁵ Das Fehlen eines funktionsfähigen Zentralstaates und die daraus resultierende mangelnde Koordinierung waren letztlich die Ursache für die mangelnde Wartung der beiden Dämme, deren Zerstörung die Lawine auslöste, die mindestens ein Viertel der Stadt zerstörte.

„Investing.com“ erschien: „In der Zeit der Kolonialherrschaft war die Aneignung von Rohstoffen recht einfach. Ein Ort auf der Erde wurde mit Waffengewalt erobert, die Bevölkerung wurde versklavt und die begehrten Rohstoffe wurden nach Hause geschickt. Heute sind die Dinge ähnlich, aber nicht so offensichtlich. Die ehemaligen Kolonien wurden nach der Abreise ihrer Bewohner zerstört. Damit die Menschen arbeiten konnten, musste alles wieder aufgebaut werden, was ohne Geld nicht möglich war... Die Banken der Kolonialherren traten auf den Plan und statteten die Länder aus reiner Nächstenliebe mit Kapital aus, um die Gewinnung von Rohstoffen zu ermöglichen, die dann exportiert wurden. Was die Sklavenhalter mit ihren Peitschen gemacht haben, funktioniert in einer (kapitalistischen) Gesellschaft durch Schulden und Zinsen... Anfangs ging alles gut, aber inzwischen ist der Markt so übersättigt mit Krediten, dass dieses System zusehends auf einen Abgrund zusteuert, den manche Kollegen mit dem Ende der Welt gleichsetzen. Es wird immer schwieriger, Wachstum zu schaffen und die Zinszahlungen zu leisten.“ Das heißt, nach den schönen Worten über „gegenseitig beschleunigtes Wachstum, nachhaltige Entwicklung und integrativen Multilateralismus“ finden wir nur noch die gleiche finanzielle Besetzung der abhängigen Länder, die gleichen Ziele der Beherrschung.

Der zwischenimperialistische Krieg ist vor allem ein Wirtschaftskrieg ohne Zugeständnisse. Um seine Positionen voranzutreiben, bietet China seit Jahren „selbstlose Hilfen“ an, die die Länder in die „Schuldenfalle“ locken und sie in die Richtung lenken, die derjenige vor-

⁶ Die USA beschweren sich zynisch darüber, dass Chinas Vorgehen eine „Schuldenfalle“ für Afrika bedeute, weil Peking Kredite für teure Infrastrukturprojekte anbiete, und wenn ein bestimmtes Land den Kredit nicht zurückzahlen könne, übernehme China die Kontrolle über seine strategischen Vermögenswerte... Kurzum, der Dieb weiß ganz genau, wie seine Kollegen es schaffen, in fremde Häuser einzubrechen, denn er hat es schon einmal getan. Was die so genannte „Schuldenfalle“ und ihre politische Nutzung zur Kontrolle von Orten in abhängigen Ländern betrifft, so muss gesagt werden, dass sie von Anfang an Teil des „modus operandi“ des Imperialismus war, auch des chinesischen. Ein Beispiel: Der Hafen von Hambantota in Sri Lanka wurde mit einem chinesischen Kredit in Höhe von 1,1 Milliarden Dollar gebaut und entpuppte sich als kommerzieller Misserfolg... Im Jahr 2017 wurde er mit einem 99-jährigen Pachtvertrag in die Hände Pekings gelegt, nachdem die Regierung des Landes Schwierigkeiten hatte, ihre Schulden zu bezahlen. Seitdem gab es mehrere Gespräche über die Möglichkeit, dass China den Hafen für Patrouillen im Indischen Ozean nutzen möchte.

So rechtfertigt die chinesische Botschaft in Panama die Angelegenheit: „Hier sind die Fakten - wahr, nicht fiktiv... Sri Lanka befand sich (und befindet sich weiterhin) in einer Schuldenkrise. Das Land hat in den letzten Jahren beträchtliche Kredite von China aufgenommen und 2017 zugestimmt, den Hafen von Hambantota für 99 Jahre an China zu verpachten, unter der Bedingung, dass er nicht für militärische Zwecke genutzt werden kann... Aber es ist ein Mythos, dass der Hafen an China „abgetreten“ wurde - zunächst einmal trifft das Konzept der Abtretung nicht zu, da es sich um eine Pachtvereinbarung handelt, bei der Sri Lanka immer das Recht hat, den Vertrag auszusetzen und den Titel des Hafens gemäß den von den Vertragsparteien vereinbarten Verfahren und Bedingungen wiederzuerlangen (d. h., wenn Sie zahlen), weil Sri Lanka Schwierigkeiten hatte, chinesische Kredite zurückzuzahlen.“

gibt, der sie am Gängelband hält. Im Gegenzug erhält er als Beute die Kontrolle über Rohstoffe, Arbeitskräfte und „geostrategische“ Vorteile für seine Streitkräfte, in Erwartung offener Konfrontationen. Das ist nichts, was die Imperien, die ihnen in Afrika vorausgegangen sind: England, die USA, Frankreich usw. nicht schon vorher getan haben und jetzt weiterhin tun. Letztendlich, wie Lenin sagte: „Der Gläubiger ist mit dem Schuldner fester verbunden als der Verkäufer mit dem Käufer.“ Ebd. S. 122.

Über die Sozialchauvinisten

Am 11. September wurde in *Mundo Obrero*, dem Organ der PCE, ein Artikel mit dem Titel „Der Einfluss des BRICS-Gipfels auf den Prozess der Neugestaltung der internationalen Ordnung“ veröffentlicht, der von ihrem Vorsitzenden José Luis Centella unterzeichnet ist: „Der Einfluss des BRICS-Gipfels auf den Prozess der Neugestaltung der internationalen Ordnung“, in dem die gleiche sozialchauvinistische Position verteidigt wird wie die anderer Kräfte, die aus dem langen Zersetzungsprozess des Revisionismus vom Typ Carrillo hervorgegangen sind und sich heute stolz als kommunistisch bezeichnen und in anderen Fragen der nationalen Politik den Reformismus der PCE scharf angreifen.

Der gesamte Artikel ist eine Verteidigung der von China und Russland geförderten „neuen Ordnung“ und ein billiges Beispiel für den Grad der Kapitulation, den der Revisionismus in seinem Eifer, den Kapitalismus zu beschönigen und seine Abkehr von der Revolution zu verkünden, erreicht hat.

Der Autor scheint sich des immensen Widerspruchs nicht bewusst zu sein, der in der Verteidigung des Blocks besteht, dessen Bildung genau mit diesem Gremium, den BRICS, verbunden ist, auf dessen Grundlage China im Wettstreit um die Hegemonie mit den Vereinigten Staaten vorankommen will, und der objektiven Tatsache, dass seine Partei, die PCE, die Politik der spanischen Regierung verteidigt und sich daran beteiligt. Sie ist direkt an allen Entscheidungen beteiligt, die der westliche Imperialismus unter der Führung der Yankee-Macht trifft: Beteiligung am Krieg in der Ukraine auf seiner Seite gegen Russland, aktive Beteiligung an der NATO einschließlich der Entsendung von Waffen und Truppen in verschiedene Konflikte, in die die Interessen der westlichen imperialistischen Mächte verwickelt sind, die Aufstockung des spanischen Militärhaushalts, usw.⁷

⁷ Dieser Zynismus erinnert an den „Marxismus“ des berühmten Komikers Groucho Marx und seiner Bekannten: „Das sind meine Prinzipien... Wenn sie dir nicht gefallen, habe ich andere.“ Aber das gehört einfach zur Arbeitsweise des revisionistischen Opportunismus: Es geht darum, auf

Wenn J. L. Centella von den Zielen des BRICS-Gipfels spricht, erreicht seine Sprache das Niveau der „politischen Lyrik“ des chinesischen Präsidenten in seiner Rede auf dem Gipfel von Johannesburg. Im ersten Punkt stellt er fest: „Der Ansatz der BRICS ist der Aufbau eines multilateralen Systems, das auf einem wirklich offenen und multilateralen Handelssystem beruhen muss, das transparent, fair, inklusiv und gerecht ist, das nicht diskriminierend ist und auf klaren und transparenten Regeln beruht, die den gegenseitigen Nutzen gewährleisten“. Und bei der Bewertung der Initiativen, die erörtert wurden, um einen neuen Rahmen für die internationalen Beziehungen und das globale Sicherheitsmodell voranzubringen, vergisst J. L. Centella jeglichen Begriff der Dialektik, um zu erklären: „Der Aufbau einer neuen internationalen Ordnung muss dem Zentralismus des Westens ein Ende setzen, wenn es darum geht, das Leben zu verstehen und davon auszugehen, dass die Geschichte der Menschheit nicht in einer einzigen Zivilisation begonnen hat und auch nicht in einer einzigen Zivilisation enden wird, so dass es notwendig ist, eine friedliche Koexistenz und eine Koexistenz zwischen verschiedenen Völkern, verschiedenen Kulturen zu verteidigen...“.

Der Autor ignoriert nicht nur den Klassenkampf, sondern auch dessen Existenz völlig. Für ihn sind die Widersprüche kulturell und zivilisatorisch; er schweigt über die Produktionsweise, die das Leben und die Beziehungen zwischen den Ländern und innerhalb der Länder zwischen den verschiedenen Klassen bestimmt. Er spricht über die Probleme der Länder, als ob es dort keine Klassen gäbe, als ob die verschiedenen afrikanischen Regierungen und Regime „ihre Nation“ verteidigten, als ob es in Afrika keine Ausbeutung gäbe. Das kommt einer Rechtfertigung von so verkommenen Regimen wie dem von Ägypten oder Marokko gleich.

Nach so viel schwülstigem Gerede musste eine ebenso antimarxistische Schlussfolgerung gezogen werden: „Deshalb kann man, obwohl man die Fortschritte bejubelt, nicht von einem Sieg sprechen. Der Feind ist mächtig und entschlossen, alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um seine Ziele zu erreichen. Deshalb müssen die Fortschritte, die der Multilateralismus auf institutioneller, politischer und wirtschaftlicher Ebene macht, mit einer größeren Reaktionsfähigkeit und einer Mobilisierung der Bevölkerung zur Verteidigung der von den BRICS vorgeschlagenen Reformen der internationalen Institutionen kombiniert werden. Denn ohne den Druck der Bevölkerung ist der bisher hegemoniale Block nicht bereit, seine Privilegien zugunsten des Aufbaus einer internationalen Gemeinschaft aufzugeben, die keine

beiden Seiten die Netze auszuwerfen, um zu sehen, was man fängt.

hegemonialen Machtzentren hat, sondern multilaterale Beziehungen zum gegenseitigen Nutzen unterhält. Zu diesem Zweck ist es notwendig, gemeinsam einen Plan zu erstellen, der Analysen und Vorschläge in konkrete Maßnahmen umsetzt, damit sie wirklich wirksam sind und alles in den institutionellen Handlungen der Regierungen dokumentiert wird.“

All dies, um am Ende von den Völkern zu verlangen, dass sie nicht in ihrer Befreiung vorankommen, sondern die Herren wechseln. Das ist es, was die Sozialchauvinisten vorbringen: „In diesem Zusammenhang sollte überlegt werden, wie die bestehenden Bereiche der politischen und sozialen Beziehungen genutzt werden können, um das auszuarbeiten und vor allem zu verwirklichen, was wir als großen Konsens zur Verteidigung des Planeten bezeichnen können, wobei der Schlüssel die Mobilisierung der Bürger ist, die das breiteste und pluralistischste Bündnis von Regierungen, Völkern, sozialen, politischen und gewerkschaftlichen Organisationen bildet, das es uns ermöglicht, Kräfte zu sammeln, um die imperialistische Strategie zu durchbrechen, die uns in einen neuen Kalten Krieg führen will, und das es uns ermöglicht, eine multilaterale Welt aufzubauen, die der Menschheit eine Zukunft des Friedens und des Fortschritts in Harmonie mit der Natur sichert“. (Hervorhebungen von mir)

Lenin kritisierte die Positionen der Sozialchauvinisten seiner Zeit, die den Charakter des Kapitalismus und sein wahres Wesen vor den Augen der Arbeiter verbargen und die falsche Illusion einer friedlichen Welt ohne Widersprüche schufen, in der die verschiedenen Mächte harmonisch und konfliktfrei miteinander koexistierten. Er tat dies mit diesen Worten: „„Vom rein ökonomischen Standpunkt“, schreibt Kautsky, „ist es nicht ausgeschlossen, daß der Kapitalismus noch eine neue Phase erlebt, die Übertragung der Kartellpolitik auf die äußere Politik, eine Phase des Ultraimperialismus““. Das ist, fügte Lenin hinzu, „des Überimperialismus, der Vereinigung der Imperialismen der ganzen Welt, nicht aber ihres Kampfes, eine Phase der Aufhebung der Kriege unter dem Kapitalismus, eine Phase der „gemeinsamen Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital“... Kautskys leeres Gerede von einem Ultraimperialismus nährt unter anderem den grundfalschen Gedanken, der Wasser auf die Mühle der Apologeten des Imperialismus leitet, dass die Herrschaft des Finanzkapitals die Ungleichmäßigkeit und die Widersprüche innerhalb der Weltwirtschaft abschwächt, während sie sie in Wirklichkeit diese verstärkt ...“ Lenin, ebd., S. 100/101

Die Geschichte hat die von Lenin vertretenen Thesen voll bestätigt. Ebenso haben die Revisionisten in der

Innenpolitik versucht, die Errungenschaften der Arbeitersklasse zu erhalten und die Demokratie voranzubringen, auf der Grundlage und innerhalb der Grenzen des liberalen Staates, oder, wie in Spanien, eines Staates, der auf die Interessen einer Oligarchie zugeschnitten ist, die während der Franco-Diktatur entstanden ist und durch tausend Verbindungen mit den Institutionen der Franco-Diktatur verbunden ist. Was die internationale Politik betrifft, so schwächen sie den Kampf gegen den Imperialismus, indem sie die falsche Illusion erwecken, dass man das kapitalistische System überwinden kann, ohne es zu bekämpfen, und indem sie behaupten, dass es in dieser imperialistischen Phase möglich ist, die Widersprüche zwischen den bürgerlichen Staaten zu mildern und einen gerechten und ausgewogenen Frieden zwischen ihnen zu erreichen, ohne einem System, das hinter diesen Widersprüchen steht, auf revolutionäre Weise ein Ende zu setzen. Diese sind nichts anderes als der Ausdruck der Tendenz des kapitalistischen Systems zu Krise, Konfrontation und Krieg in der kapitalistischen Produktionsweise in ihrer imperialistischen Phase.

Revisionisten und Opportunisten haben alle möglichen irrationalen Theorien unterstützt, die vorgeben, die marxistische Analyse zu ersetzen und das kapitalistische China und Putins Russland als Staaten darzustellen, die legitimerweise an der Förderung der friedlichen Entwicklung der Weltwirtschaft und des Wohlergehens der Völker interessiert sind. Sie betrachten ihre Einmischung in die Politik anderer Nationen als eine „altruistische“, wenn nicht gar „internationalistische“ Haltung; sie teilen die mystische und nationalistische Analyse imperialistischer Führer wie Putin oder Jinping, die sich auf angebliche Gründe wie Rassenidentität, eine gemeinsame imperiale Vergangenheit, nationale Sicherheit usw. berufen, um die Aufrechterhaltung lebenswichtiger Räume, Einflussgebiete und starrer Grenzen gegen den imperialistischen Konkurrenten zu rechtfertigen.

Sie vergessen systematisch, was Lenin in seinem Werk sagte und was die Geschichte später unwiderlegbar bestätigt hat: „Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen; dabei wird die Teilung ‚nach dem Kapital‘, ‚nach der Macht‘ vorgenommen – eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion nicht geben. Die Macht aber wechselt mit der ökonomischen und politischen Entwicklung. ... Die Frage nach dem Inhalt des Kampfes und der Vereinbarungen zwischen den Kapitalistenverbänden durch die

Frage nach der Form des Kampfes und der Vereinbarungen (heute friedlich, morgen nicht friedlich, übermorgen wieder nicht friedlich) ersetzen, heißt zum Sophisten herabsinken.

Die Epoche des jüngsten Kapitalismus zeigt uns, dass sich unter den Kapitalistenverbänden bestimmte Beziehungen herausbilden auf dem Boden der ökonomischen Aufteilung der Welt, dass sich aber daneben und im Zusammenhang damit zwischen den politischen Verbänden, den Staaten, bestimmte Beziehungen herausbilden auf dem Boden der territorialen Aufteilung der Welt, des Kampfes um die Kolonien, des ‚Kampfes um das Wirtschaftsgebiet‘.“ Lenin, ebd., S. 80

Nichts Neues, nichts, was die Menschheit nicht schon erlebt hätte, als die ideologische Entartung der Sozialdemokratie mit Waffen und Gepäck ins Lager der Reaktion und der Klassenkollaboration überging, die parasitäre Tätigkeit ihrer Finanzoligarchie rechtfertigte, indem sie ihre rücksichtslose koloniale Ausbeutung als „guten“ Imperialismus ausgab, und den faulenden Nationalismus, der seinen auf vergangener imperialer Größe beruhenden Militarismus als notwendig rechtfertigte, um den Frieden angesichts der Aggressivität des Konkurrenten zu sichern. Dieser Verrat führte zu dem ersten Blutbad in Europa, dem Ersten Weltkrieg.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Schwächung der USA als Hegemonialmacht voranschreitet. Trotz ihrer unbestreitbaren militärischen Macht (ihre enormen Militärausgaben, mehr als 800 Milliarden Dollar pro Jahr, sind doppelt so hoch wie die des nächstfolgenden Landes) versinkt die Wirtschaft der Yankees in einer Spirale aus Krise der Produktion, Wachstum der Schulden usw., die sie trotz der ständigen Intervention des kapitalistischen Staates nicht lösen kann, um sich vor dem Absturz zu retten, der ihre Wirtschaft erfasst hat.

Auch die Bildung eines neuen Pols schreitet voran, der trotz seiner wachsenden inneren Widersprüche die Staaten, die heute in der Schlinge des Yankee-Imperialismus hängen, in einem künftigen feindlichen Block unter Führung Chinas zusammenführen kann. Beide Prozesse sollten für den aufmerksamen Betrachter offensichtlich sein.

Die objektiven Daten erlauben es uns heute nicht, eine endgültige Schlussfolgerung über Prozesse zu ziehen,

die dem Einfluss von Faktoren unterliegen, deren Bestimmung letztendlich von den Interessen der verschiedenen Sektoren der internationalen Oligarchie in einer Welt in der Krise abhängt, die immer schneller in einen wirtschaftlichen Sturm übergeht, der die gesamte imperialistische Wirtschaft betrifft. Es wird vor allem davon abhängen, dass die Arbeiterklasse ihre Stärke wiedererlangt, dass Kommunisten dazu beitragen, die zukünftigen Kämpfe des Proletariats zu orientieren, indem sie den Internationalismus stärken und unerbittlich gegenüber Ideologien sind, die die Völker verwirren, indem sie die Notwendigkeit leugnen, für klare Klassenziele zu kämpfen, um Ausbeutung, Zerstörung und Krieg zu beenden.

In jedem Fall stellt sich für die Kommunisten die Frage, ob diese von den Sozialchauvinisten dargestellte Entwicklung hin zu einer „multipolaren“ Welt einen Fortschritt in Richtung Stabilität und Frieden unter den Nationen und Völkern darstellt oder nur einen vorübergehenden Zustand innerhalb der Tendenz des Kapitals in seiner imperialistischen Phase zur Konfrontation, d.h. die Bestätigung der Thesen des großen proletarischen Führers Lenin, der daran erinnerte: „... Manche bürgerliche Schriftsteller (denen sich jetzt auch K. Kautsky zugesellt hat, der seiner marxistischen Einstellung... völlig untreu geworden ist) gaben der Meinung Ausdruck, dass die internationalen Kartelle, als eine der klarsten ausgeprägten Erscheinungsformen der Internationalisierung des Kapitals sind, die Erhaltung des Friedens zwischen den Völkern im Kapitalismus erhoffen lassen.... die Form des Kampfes kann wechseln und wechselt beständig aus verschiedenen, verhältnismäßig untergeordneten und zeitweiligen Gründen, aber das Wesen des Kampfes, sein Klasseninhalt, kann sich durchaus nicht ändern, solange es Klassen gibt...“. ebd., S. 79/80

In Anbetracht der Tatsachen ist es klar, dass Kommunisten keine Propagandisten einer „multipolaren Welt“ sein können, die von den Gesetzen des Finanzkapitals regiert wird. Dies wären eine Lüge und ein Verrat an der Revolution. So zu tun, als könnte der Kapitalismus seine Tendenz zu Krise und Konfrontation überwinden, bedeutet, Ausbeutung, Elend und Krieg zu beschönigen, und ist ein Angriff auf die Vernunft.

Madrid, März 2024

TÜRKEI

Der militärisch-industrielle Komplex in der Türkei

Man kann durchaus von der Existenz einer Kriegsindustrie in der Türkei sprechen. Diese Industrie ist zweifelsohne in keinem mit den Kriegsindustrien imperialistischer Länder wie Frankreich, des Vereinigten Königreichs oder gar Deutschlands, vergleichbaren Umfang, ganz zu schweigen von der der USA, Russlands oder Chinas. Selbst wenn sie Schlüsselkomponenten wie Motoren und bestimmte elektronische Geräte importieren muss, hat die Türkei in den letzten 20-30 Jahren einen militärisch-industriellen Komplex geschaffen, der Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, bewaffnete und unbewaffnete Drohnen, Kanonen und Raketen sowie Kriegsschiffe und Hubschrauber herstellt, und baut ihn weiter aus.

Unabhängig von ihrer Umsetzung hat ein jeder Nationalstaat nach seiner Gründung das Ziel einer nationalen Industrie und die Kriegsindustrie ist ein Teil davon. Die türkische Bourgeoisie hatte seit der Frühzeit der Republik dieses Ziel. Der eigentliche Wendepunkt für die Kriegsindustrie waren jedoch die 1970er Jahre. Das amerikanische Embargo nach der Invasion Zyperns von

1974 hat die Türkei, einen Bündnispartner der USA und NATO-Land, dazu ermutigt, eine „*nationale Kriegsindustrie*“ aufzubauen. Das Niveau der Kapitalakkumulation ließ dies jedoch nicht zu. Nichtsdestotrotz wurden Stiftungen zur Stärkung der Land-, See- und Luftstreitkräfte gegründet, die im Jahr 1987 unter dem Namen Türk Silahlı Kuvvetlerini Güçlendirme Vakfı (TSKGV; *Stiftung zur Stärkung der türkischen Streitkräfte, Anm. d. Übers.*) vereinigt wurden. In der Satzung der Stiftung wurden die Grundsteine für Unternehmen der Kriegsindustrie gelegt. Im Jahr 1985 wurde die Verteidigungsindustrie zunächst als Präsidialabteilung organisiert und 1989 zum Staatssekretariat der Verteidigungsindustrie umgewandelt. Entsprechend wurde ein Unterstützungsfonds für die Verteidigungsindustrie eingerichtet.

Mit diesem Fonds wurden haushaltsfremde Mittel nur für die Kriegsindustrie für die erforderlichen Importe ihrer Projekte geschaffen. Der Fonds, der im Laufe der Jahre stetig gewachsen ist, speist sich aus verschiedenen Steuern, Glücksspielen wie Pferderennen und der nationalen Lotterie sowie von indirekten Steuern auf

Kraftstoffe. So werden öffentliche Mittel außerhalb des Haushalts in einem externen Topf gesammelt.

Diese Mittel des Fonds sind auch außerhalb des Jahresbudgets des Verteidigungsministeriums und werden als Sonderfonds für Modernisierungsprojekte der Streitkräfte verwendet. Der Projektumfang, der sich 1985 auf 12 Milliarden Dollar über 10 Jahre belief, wurde 1996 auf 150 Milliarden Dollar über 30 Jahre erhöht. Die türkische Bourgeoisie hatte damals nicht die Stärke, große Investitionen zu tätigen und Großunternehmen wie Aselsan, Havelsan, Roketsan, Tusaş und TAİ, die in die Rüstungsindustrie investieren sollten, wurden in Abhängigkeit von der Stiftung zur Stärkung der türkischen Streitkräfte gegründet. Bis zur Reorganisierung nach dem Putschversuch im Jahr 2016 unterstand diese Stiftung und damit die Unternehmen dem Generalstab.

Ab den 80er Jahren traten neben den vom Staat gegründeten Großunternehmen auch Privatunternehmen wie Koç, Nurol und BMC in den Markt ein und konnten in der Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtungen wachsen. Diese Unternehmen schlossen auch Patent- und Kooperationsverträge mit ausländischen Rüstungsmopolen ab.

Anfang der 1990er Jahre wurden die Streitkräfte im Rahmen der gegen die Kurden ausgelobten Strategie des „*Kleinkrieges*“ sowohl organisatorisch als auch technisch von Hubschraubern bis hin zu Nachsichtferngläsern neu aufgestellt. Vor allem der Krieg gegen die Kurden bedingte einen ununterbrochenen Anstieg der Militärausgaben trotz der Finanzkrise der 90er und der Konjunkturkrisen der darauffolgenden Jahre.

Ein Beispiel ist die deutsche Embargodrohung nach dem Einsatz importierter Panzer gegen die Newroz-Demonstrationen in Diyarbakır und dass solche Einschränkungen die Bourgeoisie zur heimischen Waffenproduktion treiben.

Eine weitere Dimension der Veränderung der 90er Jahre ist die Notwendigkeit für die Türkei einen Kurs einzuschlagen, der dem ihr zustehenden Anteil an der Arbeitsteilung im Rahmen der Umstrukturierungsmaßnahmen der NATO nach dem Zerfall der Sowjetunion (UdSSR) entspricht. Die NATO, die an ihrer Ostgrenze bereits einen „*Sicherheits*“-Schirm in der Luft geschaffen hatte, verlangte von der Türkei eine starke Armee und wollte vor allem eine Erneuerung ihrer Landstreitkräfte. Die Bourgeoisie wandte sich demnach hauptsächlich der Stärkung der Landstreitkräfte zu.

Zuerst stand das Panzerproblem an. Die USA boten die im Irak verwendeten Abrams-Panzer an und forderten

die Türkei auf, deren Modernisierung zu übernehmen. Angesichts der Embargos von 1974 und des Kurdenkriegs in den 90er Jahren wandte sich jedoch die Türkei der heimischen Produktion zu, sodass Umstrukturierungspläne für die Produktion von Panzern und Schiffen ausgearbeitet wurden. Die 90er Jahre wurden zum Wendepunkt für die Kriegsindustrie.

Mit dem Zusammenbruch der UdSSR veränderten sich die Bedrohungswahrnehmung und die Mechanismen der NATO sowie die Form der Kriege. Groß angelegte zwischenstaatliche Kriege wurden freilich nicht beendet, aber sie wurden doch zumindest für eine gewisse Zeit ausgeklammert und verschoben; regionale, Bürger- und Stellvertreterkriege traten in den Vordergrund. Auch die militärischen Strukturen haben sich mit dem wachsenden Bedarf an kleineren und flexibleren Einheiten verändert. Dieser Wandel fiel mit der von der Türkei im Kurdenkrieg verfolgten Strategie des „*Kleinkriegs*“ zusammen. Im Zuge der Flexibilisierung der türkischen Armee, der zweitgrößten der NATO, stieg mit dem Bedarf an Rüstung für den Kurdenkrieg der Bedarf an einer heimischen Kriegsindustrie weiter an.

Zu Beginn der 2000er Jahre wurden 25 % des Bedarfs der Streitkräfte durch inländische Produktion und 75 % direkt durch oder durch gemeinsame Projekte mit den USA, Deutschland, Frankreich, Spanien, Schweden, Kanada und anderen europäischen Ländern gedeckt. Den größten Anteil hatten die USA. Bis Anfang der 2000er Jahre führten diese Länder zwar keinen Technologie-transfer durch, überließen aber die Teileproduktion wie einiger Teile der F-16 der Türkei. Dies war eine Art Montagearbeit. Während dieser Zeit verzeichnete die nationale Rüstungsindustrie durch Offset- und Patentvereinbarungen einen Aufschwung.

Nachdem im Jahr 2004 das auf gemeinsamen Produktions- und Liefervereinbarungen basierende Modell aufgegeben und entschieden wurde, den Schwerpunkt auf die heimische Waffenindustrie zu legen, kamen neue „*Projekte der Verteidigungsindustrie*“ auf die Tagesordnung, bei denen einheimische Unternehmen die Hauptauftragnehmer waren.

Im Jahr 2008 betrug der Anteil der privaten Unternehmen am Gesamtumsatz der Kriegsindustrie 36 Prozent, der Anteil der TSKGV-Unternehmen 33 Prozent und der Anteil der öffentlichen Unternehmen 31 Prozent.

Die wichtigste Säule der Kriegsindustrie bildeten Privatisierungen. Während Banken, petrochemische Anlagen, Kommunikation usw. durch umfangreiche Privatisierungen an in- und ausländisches Kapital übertragen

wurden, begann auch die Privatisierung der Kriegsindustrie. Die Banken wurden von Ausländern gekauft, während das einheimische Großkapital öffentliche Monopole übernahm. Die Kapitalgruppen, die die AKP unterstützten, konnten nur wenig Käufe tätigen, da sie noch klein waren. Als in den 2000er Jahren das Modell der öffentlich-privaten Zusammenarbeit eingeführt wurde, beschleunigte sich mit staatlicher Unterstützung die private Kapitalakkumulation. Dies ging natürlich mit einem Verteilungskampf und Wettbewerb einher. Die direkte Beteiligung der bürgerlichen Cliques, die hinter der AKP stehen, führte zu angespannten Beziehungen zum traditionellen Großkapital.

Die ersten beiden türkischen Projekte waren zur Produktion von Panzern und von „nationalen Schiffen“ (MİLGE). Beide, in der ersten Hälfte der 2000er Jahre abgeschlossenen Ausschreibungen waren an die Koç-Gruppe, einer der größten und traditionsreichsten Kapitalgruppen der Türkei, vergeben worden. Später wurden diese Ausschreibungen zurückgenommen. Erdoğan vergab keine Ausschreibungen an Kapitalgruppen, die er als politisch illoyal ansah. Er nahm die Ausschreibungen für gepanzerte Fahrzeuge und die nationalen Schiffe, die Otokar erhalten hatte, von Koç zurück und übergab sie an die Firma der Familie Kalkavan und BMC. Koç wurde natürlich kein „Opfer“; er exportierte die von ihm produzierten Fahrzeuge und nach Anpassung an den Prozess, wurde auch ihm der Weg geebnet. So eröffnete er beispielsweise Fabriken in Kasachstan und Katar. Die meisten gepanzerten Fahrzeuge verkaufte er in Afrika. Wo BMC verkauft, ist auch Koç vertreten.

Die AKP schanzt öffentliche Aufträge jenen Kapitalgruppen zu, die sie in organischen Beziehungen halten kann und stärken möchte. Die Kriegsindustrie machte eines der größten Anteile davon aus, sodass über ihre Aufteilung gestritten wurde. Während des Kampfes der AKP in den Jahren 2008-2009, das Militär an sich zu binden, setzte sich die Spannung mit Verhaftungen und großen Prozessen fort. Die militärische Industrie hatte einen wichtigen Platz unter den Gründen für die Anspannung. Die Vergabe der Panzerproduktion an eine Kapitalgruppe bedeutete zugleich, dass das Inventar der türkischen Armee für fast 50 Jahre von ihr abhängig gemacht wird. Denn nicht nur Panzer, sondern auch viele andere Militärfahrzeuge sollten an jenem Band produziert werden. Und die Produktion sollte auf einen großen und profitgesicherten Markt ausgerichtet werden. Deshalb wurde der Kampf im Bereich der Rüstungsindustrie härter geführt als andere Kämpfe um Aufträge und Privatisierung.

Nach Angaben des Präsidiums der Verteidigungsindustrie stieg der Anteil der inländischen Produktion im Jahr 2018 auf 65 %, während das Ziel für 2023 bei 70 % lag. Der Umsatz des Sektors lag 2004 bei 1,3 Mrd. Dollar und war 2021 auf 10,1 Mrd. Dollar angestiegen. Zusammen mit der Produktion und dem Umsatz nahmen auch die Exporte zu. Allerdings ist der Sektor immer noch von außen abhängig und importierte Hightechprodukte können nicht wieder ausgeführt werden.

Die Zahl der laufenden Projekte betrug im Jahr 2004 84, im Jahr 2018 667, aktuell sind es 800. Und fast alle von ihnen werden in öffentlich-privater Zusammenarbeit durchgeführt.

Im Jahr 2002 wurden Verträge im Wert von 5 Milliarden Dollar mit privaten Unternehmen geschlossen. Heute ist dieser Wert auf 65 Milliarden Dollar gestiegen. In den letzten 5 Jahren sprang das Unternehmen von Erdogans Schwiegersohn, der (Kampf-)Drohnenhersteller Baykar, mit 1,1 Milliarden Dollar direkt auf den ersten Platz und überholte dabei kurzerhand sogar die staatlichen Monopole.

Die Zahl der der Verteidigungsindustrie zurechenbaren Unternehmen lag 2002 bei 56, stieg bis 2020 auf 2086 und erreichte in diesem Jahr eine Zahl von 2300. Nicht eingeschlossen sind dabei die Unternehmen, die in Abhängigkeit von jenen arbeiten und flexibel produzieren. Ihre Gewinne sind garantiert.

In der Kriegsindustrie gibt es drei Bereiche: In der ersten Gruppe befinden sich Großunternehmen wie ASELSAN, TAİ, Roketsan, MKEK, HAVELSAN, Otokar und FNSS, die Großprojekte durchführen und die Hauptauftragnehmer bei der Beschaffung von Kampffahrzeugen sind. Innerhalb dieser Gruppe haben mit der TSKGV verbandelte Unternehmen nach wie vor erheblichen Einfluss. Öffentliche Unternehmen wie MKEK, STM und private Kapitalgruppen wie Otokar, FNSS, Nurol und BMC sind ebenfalls in dieser Gruppe vertreten.

Zur zweiten Gruppe gehören Firmen wie STM, SDT, Savronik, Alp Havacılık und HMS, die fähig sind, Hauptauftragnehmer in mittelgroßen Projekten zu sein, aber zumeist als Unterauftragnehmer bei großen Projekten tätig sind.

Die dritte Gruppe umfasst Unternehmen, die den Bedarf an kleinen Rüstungsgütern decken und direkt für die türkischen Streitkräfte oder für Unternehmen der ersten und zweiten Gruppe produzieren.

Diese Unternehmen breiten sich von oben nach unten

aus, hin zu kleinen und mittleren Unternehmen. 2015-2016 war in dieser Hinsicht ein Wendepunkt. Outsourcing gab es schon immer. Aselsan wurde auf diese Weise organisiert. Anfangs war der Anteil kleiner. Große staatliche Luftfahrtunternehmen wie TUSAŞ und TAI, die mit dem Ausland zusammenarbeiteten und Patente erwarben, begannen, Projekte unter privaten Subunternehmen aufzuteilen. Dies wird insbesondere von ASELSAN und MKEK umgesetzt. Nach 2017 hat sich die Organisation der Produktion nach unten beschleunigt. Im Vergleich zu 2017 ist die Zahl der kleinen und mittleren Unternehmen um 280 %, die Zahl der Großunternehmen um 242 % gestiegen.

Ein Beispiel: Die Inlandsanteil an der Fregatte F-515 TCG Istanbul liegt bei 75 %. Mehr als 150 Waffen, Maschinen, Ausrüstung für den Lebensunterhalt und Schiffsausrüstung, mehr als 400 Baumaterialien, 245 km elektrische Kabel und 2.675 Beleuchtungskörper kamen zum Einsatz. 220 Unternehmen waren direkt an dem Projekt beteiligt und 80 indirekt als Subunternehmen. Erdoğan nahm die Kriegsindustrie aus dem Einflussbereich der Militärbürokratie heraus und übernahm die Kontrolle über sie. Durch die Umwandlung des Staatssekretariats in das Präsidium der Verteidigungsindustrie, brachte er es damit ebenfalls unter seine Kontrolle. So wurde die Rüstungsindustrie zentralisiert. Es wurden Satelliten-, Software- und Technologieunternehmen gegründet.

Aselsan wandte zum Beispiel das System der Zulieferbetriebe auf die Kriegsindustrie an. In Istanbul, Eskişehir, İzmir und Ankara wurden Luftfahrt- und Militärindustriezonen und -cluster eingerichtet. Große und kleine Unternehmen, wurden für die Zusammenarbeit mit der Rüstungsindustrie aufgefordert, sich in diesen Regionen zu sammeln. Das Kriegsmonopol breitete sich in Anatolien aus. Der Hauptmonopolist Aselsan überträgt sein Know-how an Subunternehmen, die ihrerseits die Teile herstellen. Die als Flugzeugträger für die gemeinsam produzierten F-35 konzipierte TCG Anadolu, die nach dem Ausschluss der Türkei aus dem Projekt aufgrund des Kaufs von S-400-Raketen aus Russland zum „Hubschrauberträger“ umetikettiert wurde, wurde mithilfe von 200 Hauptfirmen und 600 Subunternehmen produziert.

Im Jahr 2020 waren 70 Prozent der Unternehmen, mit denen Roketsan zusammenarbeitete, kleine und mittlere Unternehmen. Das Unternehmen arbeitet mit bis zu 1710 Zulieferern in 37 verschiedenen Provinzen zusammen. Das von BMC hergestellte gepanzerte Fahrzeug „Kirpi“ besteht aus 6000 verschiedenen Teilen; das Unternehmen hat Partnerschaften mit 1200 verschiedenen

Unternehmen geschlossen und kauft Teile von 5200 verschiedenen kleinen Unternehmen.

Militärische Monopole wie Aselsan, MKE und Roketsan stehen in ständigem Kontakt mit kleinen Unternehmen, und auch diese Unternehmen haben Subunternehmer. Auch sie vergeben die unteren Bereiche ihrer Arbeit an Subunternehmer, sodass sich die Produktion nach unten hin ausbreitet. In der Krise ist dieses Netz von Subunternehmern einer der Gründe, warum es zu keinen Konkursen kam. Denn den Subunternehmen werden kontinuierliche und garantierte Aufträge erteilt.

Die wichtigsten Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes erhalten Ausschreibungen vom Staat, schließen Verträge und sorgen für Käufe und Lieferungen. Diese Industrie verfügt auch über Technoparks an Universitäten, insbesondere an jenen mit Ingenieurschwerpunkt. Dieser Komplex nährt die Kapitalfraktionen, die Bürokratie und zieht Kopf- und Handarbeit an. Die Kriegsindustrie hat nur einen Markt, nämlich den Krieg. Dieser Sektor ist ständig auf Krieg angewiesen.

In der „unipolaren“ Welt der 80er und 90er Jahre unter der Hegemonie der USA war die Rolle und der Anteil der Türkei an der Waffenindustrie sehr gering. Unter den heutigen Bedingungen der Multipolarität können mittelgroße kapitalistische Länder wie die Türkei im militärischen Bereich mit einer gewissen Autonomie agieren, indem sie die „Lücken“ nutzen, die durch den Aufstieg Chinas und Russlands entstanden sind. Die Türkei hat sich mit den Kampfdrohnen, die sie an die Ukraine und ihre östlichen Nachbarn, insbesondere Aserbaidschan, vermarktet hat, einen solchen Raum geschaffen. Sie sind billiger in der Herstellung als israelische Drohnen und haben sich zu einem Instrument der Außenpolitik entwickelt.

Die für den türkischen Kapitalismus notwendige Expansion auf ausländische Märkte geht einher mit der Entwicklung zur Militärmacht und setzt diese voraus. Der Export von Kriegsgerät durch die Türkei beschränkt sich nicht nur auf Drohnen.

Andererseits ist die Türkei aufgrund der Beschränkungen ihrer Militärindustrie sowohl technologisch als auch bezogen auf ihre Hauptluftwaffen, wie das Beispiel des auf den Kauf der S-400 von Russland folgenden Ausschluss der Türkei von der F-35-Produktion durch die USA zeigt, ein abhängiges Land. Sie hat keine Chance, den Kampfflugzeugbedarf ihrer Streitkräfte durch die heimische Produktion zu decken. Da seine Grundlage

kleine und mittlere Unternehmen mit billiger Arbeitskraft bilden, schafft die Kriegsindustrie den Sprung zur Produktion einheimischer High-Tech-Produkte nicht.

Der internationale Wettbewerb gibt der Türkei und ähnlichen Staaten eine gewisse Autonomie und Handlungsfreiheit, um ihre „besonderen“ Interessen zu verwirklichen, setzt aber auch gewisse Grenzen. Auch die NATO stellt so manche Bedingung.

Die NATO – und natürlich auch die USA – mischt sich unter bestimmten Voraussetzungen nicht darin ein, was ihre Mitgliedsstaaten produzieren oder nicht produzieren. In die Beziehungen ihrer Mitglieder – in diesem Fall der Türkei – zu Ländern außerhalb des Blocks mischen sie sich schon ein. Beispielsweise würde ein Panzerabkommen mit Russland zu Problemen führen.

Einen weiteren Aspekt des Problems bilden die blockinternen Beziehungen der türkischen Kriegsindustrie und die Rolle dieser Beziehungen, nicht nur den Sektor, sondern auch das Land an den Block zu binden. Die türkische Kriegsindustrie, die über die NATO in die Lieferkette der USA und ihrer Verbündeten eingebunden ist, und das Zulieferernetz dieses Sektors sind nicht nur nützlich für die Türkei, sondern auch eine einzigartige Gelegenheit für internationales Kapital. Durch dieses Netz werden billige Arbeitskräfte qualifiziert, kleine Unternehmen durch Spezialisierung in das Netz aufgenommen. Deutschland hat zum Beispiel darüber nachgedacht, die Produktion von Kampfdrohnen in die Türkei auszulagern. Denn es ist kostengünstig und die Arbeitersparnis kommt ihnen gelegen. Am meisten exportieren die Unternehmen des Zulieferernetzes in die USA. Zwar verkaufen sie keine Endprodukte, aber Zwischenprodukte. Daher kann von einem Konfliktpotential mit der NATO keine Rede sein.

Die sich verschärfenden Widersprüche und die Konkurrenz zwischen den großen imperialistischen Staaten eröffnet für den türkischen Kapitalismus eine Reihe von Chancen. Im Zeitraum von 2002-2013 öffnete sich Erdoğan dem Nahen Osten, Asien und Afrika, wobei er seine Schritte im Einklang mit der US-Strategie setzte. Mit dem Aufstieg Chinas und Russlands gaben der „Arabische Frühling“ und der Stellvertreterkrieg in Syrien nach 2013 der Türkei die Gelegenheit, eine – wenn auch beschränkte – autonome Politik zu verfolgen. Erdoğan nutzte mit seiner neo-osmanischen Ausrichtung und einem Expansionismus in der Region die Widersprüche allen voran zwischen den USA und Russland, den beiden großen imperialistischen Staaten aus, die auch militärisch in der Region präsent sind.

Nicht nur die Bedürfnisse der Kriegsindustrie, sondern auch die Engpässe in der Kapitalakkumulation drängen die türkische Bourgeoisie mehr und mehr auf ausländische Märkte. Die Kriegsindustrie fungiert als Rammbock für die expansionistische Ausrichtung.

Auch in den 90er Jahren hatte die Türkei das Ziel, eine Regionalmacht zu werden. Sie war bestrebt, auf den Balkan und in die asiatischen Turkrepubliken zu expandieren. Dies war jedoch erst nach den 2000er Jahren möglich. Interventionen im Irak, in Syrien, Aserbaidschan, der Ukraine und Libyen kamen in den 2010er Jahren auf die Tagesordnung.

„Das beste Exportprodukt der Türkei ist ihre Armee“, sagte Soros. Im ersten Jahrzehnt der 2000er Jahre übernahm die Türkei Aufgaben in NATO-Einsätzen auf dem Balkan, in Somalia, in Afghanistan. Heute ist das Militär wieder ein wirksames Instrument der Außenpolitischen Intervention, doch während man in der Vergangenheit im Rahmen von NATO-Missionen agierte, werden heute entstehende Lücken ausgenutzt. Im besetzten Afrin in Nordsyrien wird ein Gouverneur eingesetzt, im Irak und in Syrien werden grenzüberschreitende Operationen durchgeführt, in Aserbaidschan und Libyen wird militärisch interveniert. Neue Kriegstechnologien wie (Kampf-)Drohnen werden eingesetzt und vermarktet. Die Außenpolitik wird zunehmend militarisiert.

Der Aufstieg von Baykar Makina ist ein Beispiel dafür. Im Jahr 2007 kaufte die Türkei (Kampf-)Drohnen von Israel. Im Nordirak, wo die PKK sich mit Zentrum in Qandil niedergelassen hatte, stellten sich diese Drohnen jedoch als nutzlos heraus. Zudem machte man sich abhängig von Israel.

Während in der Türkei große Summen in die staatlichen Unternehmen TAİ und TUSAŞ investiert wurden, die Ingenieurarbeiten und die Produktion in diesem Bereich übernommen hatten, war das Unternehmen Baykar, das dem Schwiegersohn von Erdoğan gehört, zuvor in diesem Bereich nicht tätig. Baykar, dem Erdoğan direkt die Technologie, die Ressourcen und das technische Know-how der öffentlichen Hand transferierte, wurde außerdem eine spezielle Industriezone zugewiesen. Wie sich Baykar zu einem milliardenschweren Monopol entwickelte, wurden die von ihr produzierten Waffen zum diplomatischen Trumpf. Erdoğan macht die Kampfdrohnen zu einer Bedingung für seine Beziehungen und den Handel mit den Kapitalen der Golfstaaten und Zentralasiens. Nach den im Krieg gegen die PKK erzielten Ergebnissen und ihrem Einsatz in der Ukraine und im Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien

erregten die Kampfdrohnen Aufmerksamkeit, sodass sich ausländische Märkte für diese Waffen öffneten.

Kein Unternehmen in der Türkei hat sich je in so kurzer Zeit entwickelt. Baykar macht jetzt Exporte im Wert von 1,1 Milliarden Dollar, und Schwiegersohn Bayraktar gab bekannt, dass der Vertrag mit den Saudis dreimal so hoch ausfalle.

Baykars „Erfolge“ haben zweifelsohne soziale Folgen. Es entsteht ein Nacheifern nach dem Erfolg, was dem Regime nützt.

Bei den letzten Präsidentschaftswahlen wurden Posen Erdogans im Pilotenanzug und mit Sonnenbrille auf Wahlplakaten genutzt. Sie finden noch immer Verwendung. Auch bei dieser Wahl wurde die TCG Anadolu, begleitet von nationalistischer Propaganda, die die „nationale Produktion“ und „nationale Waffen“ pries, in Istanbul von Hafen zu Hafen, von Küste zu Küste gefahren und für Besucher geöffnet.

Schwiegersohn Bayraktar, der Techfestivals organisiert, wird mit Eigenschaften wie seinem Kleidungsstil und seiner Ausbildung in den USA ebenfalls als „heimischer und nationaler“ Prototyp, als junges und zukünftiges Gesicht des Regimes dargestellt.

Es ist auch sicher, dass die Tycoons der Kriegsindustrie und des Typs Bayraktar eine neue Fraktion gebildet und Einfluss auf das politische Leben haben. Es kann jedoch noch nicht gesagt werden, dass dies in einem Ausmaß geschieht, das es das gesamte Regime der Kapitalakkumulation in der Türkei bestimmen wird. Der Prozess ist jedoch ergebnisoffen. Der türkische Kapitalismus steht in der Weltrangliste unter den ersten zwanzig und die Kriegsindustrie ist sein sich am schnellsten entwickelnder Sektor. Es gewinnt immer mehr an Gewicht und die Entwicklungen in der Welt insbesondere die Zunahme des Bedarfs an Armeen und Waffen durch die Intensivierung der Umverteilungskämpfe deuten darauf hin, dass dieses Gewicht noch weiter zunehmen wird.

Außerdem lassen nicht nur die Schritte in der Kriegsindustrie, sondern auch die im allgemeinen Interesse des türkischen Kapitalismus unternommenen, die Militarisierung der Außenpolitik und der wachsende Bedarf an Aufrüstung die Kriegsindustrie wachsen, wodurch diese ihrerseits die Außenpolitik militarisiert. Dies spielt zweifelsohne besonders im Nahen Osten eine eskalie-

rende Rolle, aber an Spannungen mangelt es in der Region ohnehin nicht.

Die Entwicklungen in dieser Richtung beschleunigen zudem den Prozess der Professionalisierung der Kampfeinheiten der Armee.

Während sich die Armee professionalisiert, wächst der Polizeiapparat durch mehr zunehmende Militarisierung. Dies steht im Einklang mit dem weltweiten Trend. Während die Armee professionalisiert wird, werden auch die Polizeiorgane militarisiert und zu einem Kriegsinstrument weiterentwickelt. Beide Instrumente der Staatsgewalt werden neu aufgestellt.

Durch Gesetzesänderung wurde dem zentralen Geheimdienst MİT die Befugnis zur Durchführung von Operationen erteilt. Der MİT verfügt nun auch über eine Armee. Erdogan hat den MİT in eine operative Kraft verwandelt und ihn zu einer Säule seiner Macht gemacht. Das Fundament der Erdogan-Regierung ist die Armee, die politische Bürokratie und der Geheimdienst, und ihr weitaus fortgeschritteneres Modell ist in den USA zu finden. In den USA wurden die Truppenkommandos abgeschafft und das Pentagon gegründet. Erdogan ist ebenfalls bestrebt, sein eigenes Pentagon zu schaffen. Anstelle einer von Truppenkommandeuren geführten Armee baut er eine Struktur auf, der die Kommandeure untergeordnet sind, die mit der Kriegsindustrie verflochten ist und an dessen Spitze Erdogan und seine Gruppe steht. Die Gendarmerie wurde dem Innenminister unterstellt. Die Kommandeure der Streitkräfte haben nichts mehr zu melden. Nach einem von ihm erlassenen Gesetzesdekret kann der Präsident allen Truppenkommandanten und ihren Untergebenen direkte Befehle erteilen.

Die Türkei ist zu einem „präsidialen“ System ohne jegliche Kontroll- und Ausgleichsmechanismen übergegangen. Während das Parlament seine Bedeutung verloren hat, ist die Justiz nun vollständig unter der Kontrolle der Exekutive. So wie sich Verbote ausbreiten und verallgemeinert werden, wird gesellschaftliche Opposition kriminalisiert und das Einfordern von Rechten sowie Proteste gewaltsam unterdrückt. Erdogan hat sich der Errichtung einer faschistischen Diktatur zugewandt, deren Mittel und Grundlagen zum einen die extreme Zentralisierung der Exekutive und zum anderen die Errichtung eines militärisch-industriellen Komplexes sind.

ARBEIT ZUKUNFT

ORGANISATION FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

VERLAGSPROGRAMM

Grundsatzerklärung der Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

Diese Grundsatzerklärung ist die Richtschnur für die gesamte Arbeit der „Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands“. Sie gibt unsere politischen Ziele vor und erläutert sie. Es ist der Kompass für alle unsere Genoss/innen und zugleich grundlegend für alle, die sich mit unserer Organisation beschäftigen und für sie interessieren.

Sie enthält eine Einschätzung der aktuellen Situation, der tiefen Krise dieser Gesellschaft. Damit verbunden werden Rassismus und Faschismus sowie die wachsende Kriegsgefahr grundsätzlich betrachtet. Es folgt ein Abschnitt über der Lage der Arbeiterklasse und ihre Aufgaben sowie unsere Anschauungen, wie das Fehlen einer Kommunistischen Arbeiterpartei überwunden werden kann.

Broschüre, 24 Seiten, 1 Euro zuzüglich 1,70 Euro Porto und Verpackung (Bei Mehrfachbestellungen wird nur einmal Porto berechnet)

**Grundsatzerklärung
der Organisation
für den Aufbau einer
Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands**

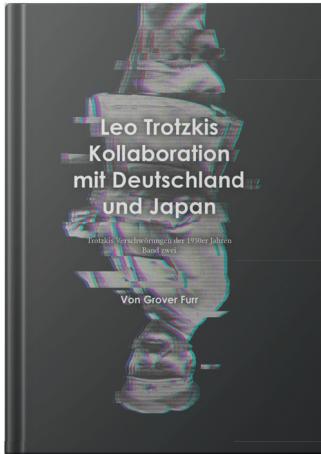
Januar 2020

ARBEIT ZUKUNFT
FRIEDEM! ARBEIT, WOHNUNG, AUSKOMMEN UND GLEICHE RECHTE FÜR ALLE!

**Antiquarische Bücher
von Marx, Engels,
Lenin, Stalin, Enver Hoxha
haben wir vorrätig.
Bitte anfragen!**

Bestellungen an:

Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart
oder an info@arbeit-zukunft.de



Grover Furr „Leo Trotzkis Kollaboration mit Deutschland und Japan / Trotzkis Verschwörungen der 1930er Jahren“

Das Buch von Grover Furr „Leo Trotzkis Kollaboration mit Deutschland und Japan

/ Trotzkis Verschwörungen der 1930er Jahren“ ist äußerst bedeutsam für das Verständnis der schwierigen Entwicklung in der UdSSR in den 1930er Jahren und den Kampf um den weiteren Aufbau des Sozialismus.

**ISBN: 978-3-9824512-0-6,
348 Seiten, 15 Euro, zuzüglich Porto**



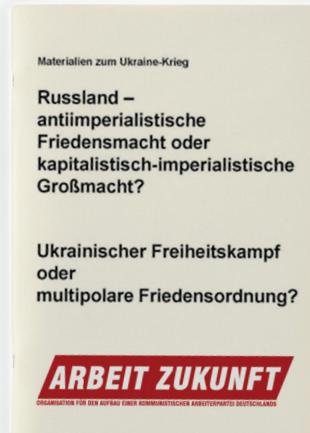
Klaus Riis, Dänemark Die trotzkistische Weltbewegung

In dieser Broschüre gibt Genosse Klaus Riis einen Überblick über die trotzkistischen Strömungen, ihren negativen Einfluss auf die Arbeiterbewegung,

ihre ideologischen und politischen Abweichungen und Verwirrungen.

In Arbeit Zukunft erschien dieser Beitrag in vier Folgen. Um besser damit arbeiten zu können, haben wir ihn als Broschüre veröffentlicht.

**ISBN 978-3-9824512-5-1
28 Seiten, 2,50 € zuzüglich 1,80 Porto.
Bei Mehrfachbestellungen wird nur
einmal Porto berechnet.**



Materialien zum Ukraine-Krieg

Darin enthalten sind „Russland antiimperialistische Friedensmacht oder kapitalistisch-imperialistische Großmacht?“ und „Ukrainischer Freiheitskampf oder multipolare Friedensordnung?“

Diese Broschüre beschäftigt sich mit „linken Theorien“ aus den Reihen der Freidenker, der DKP, die es ablehnen das heutige Russland als kapitalistisch oder imperialistisch einzurordnen. Diese Position geht sogar so weit, Russland als Friedensmacht darzustellen. In der Broschüre werden dagegen die ökonomischen Verhältnisse, die Existenz von Monopolkapital und Finanzkapital und deren Herrschaft über den russischen Staat aufgezeigt. Ebenso wird die Rolle Russlands im Konkurrenzkampf der Großmächte um die Weltherrschaft, die Kontrolle von Märkten und Rohstoffen eingeordnet.

**ISBN 978-3-9824512-2-0
24 Seiten, 2,50 Euro zuzüglich Porto,
1. Auflage, Juli 2022**



Materialien der Internationalen Konferenz marxistisch- leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO)

Die Broschüre enthält wichtige Dokumente der IKMLPO:

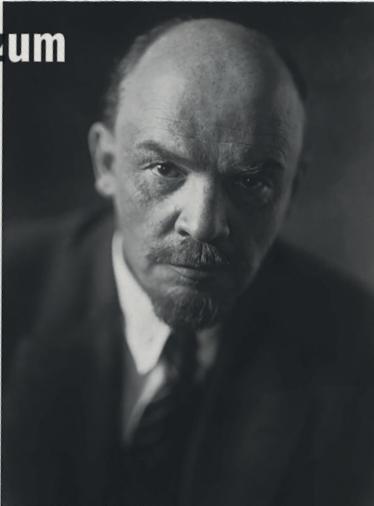
- Über den Kapitalismus, die Arbeiterklasse und den Kampf für den Kommunismus
- Über die Partei des Proletariats
- Die tägliche, systematische und kontinuierliche Arbeit der Partei der Arbeiterklasse unter den Massen

**ISBN 978-3-9824512-3-7
104 Seiten, Paperback, 5 Euro zuzüglich Porto**

Dokumente zum Parteiaufbau

W.I. Lenin

Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben



Enver Hoxha

Allein unter Führung einer wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei können die Ziele erreicht werden
Aus einem Gespräch mit Ernst Aust, Vorsitzender der KPD



Dokumente zum Parteiaufbau

Der kleine Band enthält zwei wichtige Schriften, die beide grundlegend für den Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei sind.

Lenins „Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben“ befasst sich mit dem Aufbau der Partei, ihrer Verankerung in der Arbeiterklasse und den Massen, dem demokratischen Zentralismus und der Verbindung zwischen legaler und illegaler Arbeit.

Enver Hoxhas Gespräch mit Ernst Aust, dem damaligen Vorsitzenden der KPD/ML, ist vor allem für die Auswertung der geschichtlichen Erfahrungen und die konkrete Arbeit in Deutschland von großer Bedeutung. Immer wieder macht Enver Hoxha dabei indirekt auf Mängel in der Arbeit der KPD/ML aufmerksam.

ISBN: 978-3-9824512-4-4
52 Seiten, 5 Euro zuzüglich Porto

MATERIALIEN DER INTERNATIONALEN KONFERENZ MARXISTISCH-LENINISTISCHER PARTEIEN UND ORGANISATIONEN (IKMLPO)

ÜBER DEN KAPITALISMUS,
DIE ARBEITERKLASSE UND DEN
KAMPF FÜR DEN KOMMUNISMUS

ÜBER DIE PARTEI
DES PROLETARIATS

Die tägliche, systematische
und kontinuierliche Arbeit der Partei
der Arbeiterklasse unter den Massen

Ernst Thälmann: Die Lehren des Hamburger Aufstandes

In dieser Schrift zeigt Ernst Thälmann die tieferen Ursachen des Hamburger Aufstandes vor 100 Jahren auf. Er analysiert die Ursachen seines Scheiterns und zieht daraus wichtige Lehren, die auch heute bedeutsam sind.

ISBN 978-3-9824512-6-8
Jetzt neu aufgelegt: 12 Seiten, , September 2023, 1.- € zuzüglich 1.- € Porto und Verpackung.



ABO ODER KONTAKT?

Normales Abo

Ich bestelle die Zeitung für **ein Jahr (12 Ausgaben) zum Preis von 24,- Euro**. Wird das Abo nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt, verlängert es sich um ein Jahr.

Soli-Abo

Ich bestelle die Zeitung für **ein Jahr (12 Ausgaben) zum Soli-Preis von 40,- Euro**. Wird das Abo nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt, verlängert es sich um ein Jahr.

Probe-Abo

Ich möchte die Zeitung **zweimal kostenlos** zur Probe.

Schreib uns

Du hast Probleme in Deinem Betrieb? Du möchtest über Rassismus, Frauenfeindlichkeit, Unterdrückung berichten? Du möchtest, dass die Kämpfe in Deinem Betrieb, Deiner Institution öffentlich bekannt werden? Dann schreib uns! Wir veröffentlichen auch Beiträge von Leser/innen. Einfach per Mail: webmaster@arbeit-zukunft.de

Unity & Struggle

Unité et Lutte

Birlik ve Mücadele

Unidad y Lucha



Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!